

Erhard Crome (Hrsg.)

Deutsche Außenpolitik.

Werte und Interessen im Widerstreit



Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2023

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

WeltTrends, Potsdam 2023

Herausgeber:

WeltTrends e.V., Potsdam

Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.

Erscheint bei WeltTrends – Potsdamer Wissenschaftsverlag

Verlag: (print) klaus.schmidt@welttrends.de

(digital) kai.kleinwaechter@welttrends.de

E-Mail: verlag@welttrends.de

Verein:

Lutz Kleinwächter, Tel. (AB): 0331 600 88 77

kleinwaechter.institut@welttrends.de

Erhard Crome (Hrsg.)

Deutsche Außenpolitik.

Werte und Interessen im Widerstreit

Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2023, ausgerichtet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. und WeltTrends e.V.

Satz/Gestaltung: printlayout & webdesign, Potsdam

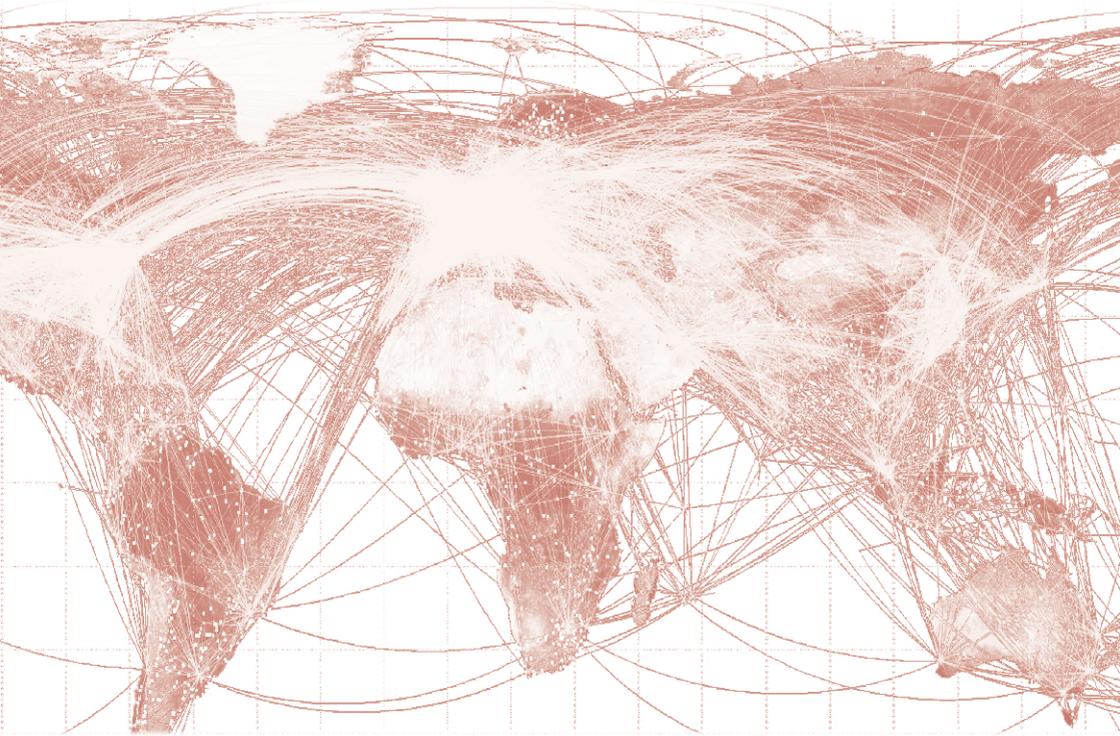
© WeltTrends, Potsdam 2023

ISBN 978-3-949887-37-6

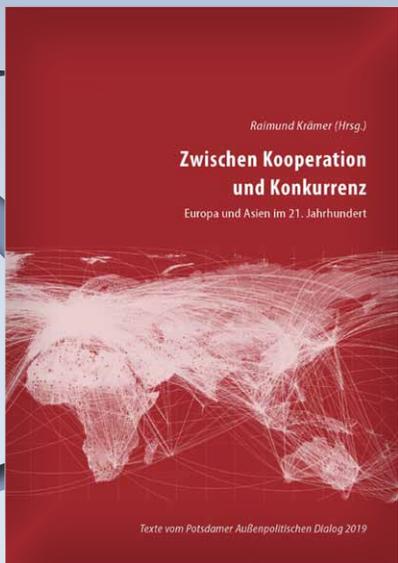
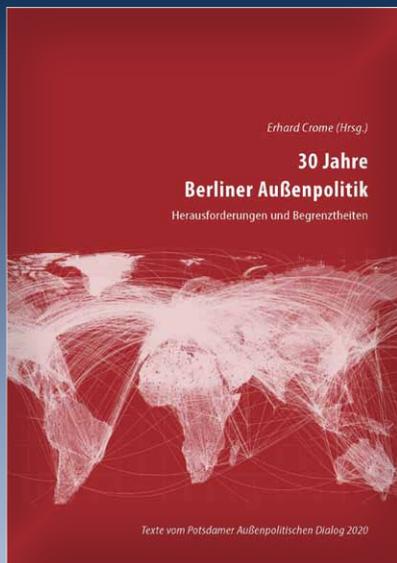
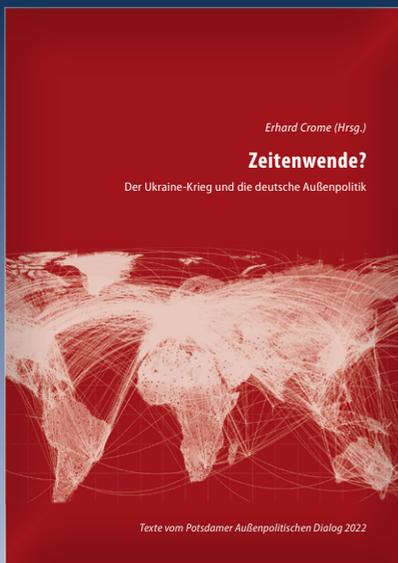
Erhard Crome (Hrsg.)

Deutsche Außenpolitik.

Werte und Interessen im Widerstreit



Texte vom Potsdamer Außenpolitischen Dialog 2023



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Vorwort | 4 |
| <i>Dr. Julia Bär, Prof. Dr. Lutz Kleinwächter</i> | |
| Zeitenwende in der Außenpolitik | 7 |
| <i>Petra Erler</i> | |
| Neue Eskalationsstufe im Nahost-Konflikt. Außenpolitische Konsequenzen | 12 |
| <i>Karin Kulow</i> | |
| Der Ukrainekrieg und seine Folgen für Russland | 25 |
| <i>Kerstin Kaiser</i> | |
| Anforderungen an eine Friedensordnung in Europa | 38 |
| <i>Alexander Neu</i> | |
| Lateinamerika in einer künftigen Weltordnung und die deutsche Zeitenwende | 51 |
| <i>Raina Zimmering</i> | |
| Globaler Wirtschaftskrieg und Deutschlands Regierungsschwäche | 67 |
| <i>Kai Kleinwächter und Lutz Kleinwächter</i> | |
| Globalstrategische Veränderungen | 83 |
| <i>Erhard Crome</i> | |
| Autorenverzeichnis | 98 |

Vorwort

„Deutsche Außenpolitik. Werte und Interessen im Widerstreit.“

Unter diesem Titel fand am 4. November 2023 der Potsdamer Außenpolitische Dialog statt. Dieser Dialog ist eine seit vielen Jahren jährlich stattfindende Außenpolitische Tagung des Vereins WeltTrends e.V., der auch die gleichnamige außenpolitische Zeitschrift herausgibt, und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Beiträge der Tagung.

Im vorherigen Jahr fand die Tagung am 30. April statt, also gut zwei Monate nach Beginn des Krieges gegen die Ukraine. Trotz damals düsterer Prognosen eines langanhaltenden Ermattungskrieges hatten die Veranstalter*innen zunächst die stille Hoffnung, dass die Tagung im Jahr 2023 unter dem Titel „Eine neue Friedensordnung für Europa“ stehen könnte. Angesichts des nach wie vor andauernden Krieges in der Ukraine verschob sich der Schwerpunkt von der Analyse deutscher Außenpolitik – wie es noch der Titel der Tagung verkündete – in Richtung Betrachtung internationaler Politik.

Mit der ungeheuerlichen Eskalation des Nahost-Konflikts wurde jedoch klar, dass die Tagung auf den Bedarf an Analyse der Zuspitzung der internationalen Lage reagieren musste. Insofern erhielt die Konferenz einen weiteren Schwerpunkt, der mit diesem zweiten blutigen Krieg zusammenhängt. Prof. Dr. Karin Kulow, Arabistin und Politikwissenschaftlerin, die sich seit langem mit dem Nahen Osten und insbesondere auch mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt beschäftigt, erklärte sich kurzfristig bereit, einen entsprechenden Beitrag zu halten.

Im ersten Panel sprachen Dr. Petra Erler über die Entwicklungen in der deutschen Außenpolitik seit der Verkündung der „Zeitenwende“ und Prof. Dr. Karin Kulow über die Hintergründe und die Konfliktkonstellationen des aktuellen Nahost-Krieges. Kai Kleinwächter charakterisierte die widersprüchlichen Ergebnisse des globalen Wirtschaftskrieges.

Im zweiten Panel problematisierte Kerstin Kaiser die Folgen des Ukrainekriegs für Russland. Dr. Alexander Neu formulierte Anforderungen an eine neue Friedensordnung für Europa. Prof. Dr. Raina Zimmering kontrastierte die deutsche „Zeitenwende“ mit den Machtverschiebungen vom Norden in den Osten und Süden und analysierte die Hintergründe des Platzes Lateinamerikas in einer künftigen Weltordnung. Die

globalstrategischen Veränderungen in der Gegenwart skizzierte zusammenfassend Dr. Erhard Crome.

Ihre Beiträge sind in dieser Broschüre in einer zumeist überarbeiteten und ergänzten Fassung dokumentiert. Wir hoffen, dass wir mit dieser Veröffentlichung die Suche nach Friedenslösungen durch Analyse und Kritik unterstützen können.

Dr. Julia Bär
Geschäftsführerin
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter
Vorsitzender
WeltTrends e. V.

ANZEIGE



Dorothea Nerlich, Klaus Büstrin (Hrsg.)

Werner Nerlich – Ein Potsdamer Künstlerleben

Werner Nerlich war in der Nachkriegszeit eine der einflussreichsten Persönlichkeiten im Kulturleben der Stadt Potsdam. 1970 ist er zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden. Trotzdem fehlt bisher eine angemessene und umfassende Würdigung seines Werdegangs und Schaffens. Deshalb hat sich die Künstlerin Dorothea Nerlich, seine Frau, entschlossen – gestützt auf reichhaltiges und eindrucksvolles Material aus dem Nachlass ihres Mannes und das Familienarchiv – seine Biografie zu schreiben.

WeltTrends, Potsdam 2023 | ISBN 978-3-949887-30-7 | 39,95 € | Bestellung: <https://welttrends.de/shop/>

Linkssein ist kompliziert. Wir behalten den Überblick.



nd

**JOURNALISMUS
VON LINKS**

Mit unserem Digital-Aktionsabo
alle Ausgaben digital in der App
oder als E-Paper überall lesen.

Jetzt Abomodell auswählen:
nd-aktuell.de/linkssein-abo



Zeitenwende in der Außenpolitik

Petra Erler

In einem Bürgerdialog wurde der Bundeskanzler von einem Rentner aus Baden-Württemberg gefragt, ob es nun so sei, dass wir in Deutschland die dümmste Regierung auf der Welt hätten. Der Gedanke gefiel dem Fragesteller nicht. Er hatte zwei Grünen-Politiker auf dem Kieker. Haben diese nicht gearbeitet? Wissen die nicht, was sie tun? Er wollte daher erfahren, was der Kanzler zu tun gedenke: Rauswurf, Nachhilfe? Der Kanzler bescheinigte beiden Grünen-Politikern eine „gute Arbeit“, aber nahm die ganze Wortmeldung als die eines Menschen, der Frust ablassen musste, also mehr oder weniger sportlich gelassen.

Möglicherweise lag das daran, dass die eigentliche Frage nicht gestellt wurde. Dummheit ist nicht das Problem. Das Problem liegt darin, dass wir in Deutschland es nunmehr mit der vollen Übernahme neokonservativer Ideologie zu tun haben, ausgerechnet unter einer rot-grün-gelben Regierung. Diese neokonservative Ideologie hat zwei fundamentale Aspekte. Sie ist aggressiv nach außen und innen, aber gleichzeitig geht sie mit einem Verlust an Realitätsbezug einher. Man könnte letzteren als einen Gehirnvirus ansehen, der die Synapsen neu programmiert: Die USA-Hegemonie ist die zu verteidigende Ordnung der Welt, also die sogenannte regelbasierte Ordnung. Sie wird als alternativlos angesehen. Denn sonst, so der Glaube, drohe der Untergang der Demokratie. Dieses Glaubensprojekt beruht auf starken Feindbildern und der Auffassung, man müsse jederzeit und an jedem Ort auf dem Sprung sein vor dem buchstäblichen „Untergang des Abendlandes“. Das paart sich mit der Selbstermächtigung, überall auf der Welt für Ordnung sorgen zu müssen, durch Einmischung, *regime change*, Krieg.

Dieses Denken hat keine modernen europäischen Wurzeln. Aber es kommt einer Ideologie sehr nahe, die sich auf Auserwähltheit gründet und überall nur Feinde wittert. Die Kreuzzügler haben womöglich so gedacht, die Heilige Inquisition – also etwa diese Preislage.

Wenn solches Denken erst einmal eine Gesellschaft ergreift, gibt es immer noch extremere Positionen. Man kann es auch so formulieren: die volle Übernahme der neokonservativen Ideologie durch die aktuellen Regierungsparteien treibt ihr ideologisches Gegenstück, das nicht links

sondern rechts verortet ist, sehr weit nach rechts. In der Folge schwindet der Diskussionsraum für Moderate, ob sie nun links, in der Mitte oder Mitte-Rechts verortet sind.

Das Problem mit der vorherrschenden Weltsicht besteht darin, dass sie auf westlichem Überlegenheitsdenken und auf der völligen Ausblendung anderer Sichtweisen beruht. Sie repräsentiert keine Einsicht in die Welt, sondern eine Draufsicht auf die Welt, die alles ausspart, was nicht ins eigene Weltbild passt. Das alles wird gestützt durch eine seltene Allianz von staatlichem Tun und medialer Kommentierung, die immer mehr zur kritiklosen Machtabsicherung verkommt. Die Demokratiegefährdung, die dadurch entsteht, hat am treffendsten der ungarische Ministerpräsident formuliert, der sich dieser Ideologie mit den Worten verweigerte, dass er nicht 1989 die ungarische Freiheit und Demokratie gesucht hätte, um im Jahr „1984“ bei Orwell zu landen. Auch wenn man, wie ich, Orbán nicht ideologisch nahesteht, der gemachte Punkt ist in Anbetracht der deutschen „Zeitenwende“ des Nachdenkens wert. Denn diese ist begleitet von der Auffassung, eine versöhnliche Politik gegenüber Russland sei gescheitert, und nun müsse eine Politik der „harten Hand“ regieren. Das entspricht einer Umschreibung der bisherigen maßgeblichen westlichen Politik gegenüber Russland, einer Wendung um exakt 180 Grad. Das versprochene Reichen der Hand im Zuge der deutschen Einheit 1990, das sich prominent in der *Charta von Paris* 1990 dokumentiert, ist nie erfolgt. Gemeint war eine Versöhnung zwischen Russland und dem Westen auf Augenhöhe und die gemeinsame Arbeit an einem *Haus Europa*, in dem jede Nation ihren Platz hat, in Sicherheit und freibestimmt. Hintertrieben haben es die USA und die Nato. Jede deutsche Regierung, ab der späten Kohl-Regierung war daran beteiligt. Gemeint ist die gezielte Erweiterung der Nato, immer näher an die russischen Grenzen heran – entgegen den politischen Versprechen im Zuge des deutschen Einigungsprozesses und gegen russische Proteste. Das hat direkt in den Ukraine-Krieg geführt.

Die Nato-Osterweiterung fußt auf der Nichtberücksichtigung der russischen Sicherheitsinteressen, also auf einer willentlichen politischen und militärischen Konfrontation, die begleitet wurde von einer anschwellenden Propagierung des Bildes von einem aggressiven Russland, das nach Unterwanderung und Zerstörung der demokratischen Gesellschaften des Westens trachte. Es gab sehr begrenzte Versuche der Schröder-, aber auch der Merkel-Regierung, dem aus den USA stammenden neokonservativen Kurs etwas Eigenes entgegenzusetzen. Ich denke etwa an das Treffen

von Merkel und Medwedjew 2010 in Meseberg. Die Idee bestand damals darin, ein eigenes außenpolitisches Gesprächsformat zwischen der EU und Russland aufzubauen.

Auch die Entscheidungen für Nord Stream 1 und 2 gehören in diesen Kontext. Denn ein solches Projekt schafft wechselseitige Abhängigkeit, ein auf lange Zeit ausgerichtetes stabiles wirtschaftliches und politisches Band. Für beide Seiten bestehen Vorteile: für die russische Seite die Sicherheit langfristiger Exporterlöse, für Deutschland die Sicherheit langfristig preisgünstiger Energielieferungen. In der Diskussion um Nord Stream 2, aber ganz besonders mit der Entscheidung, Nord Stream 2 auf Eis zu legen, es also zum Sanktionsbestandteil gegen Russland zu machen, wurde deutlich, dass das ganze Denken nunmehr völlig verquer lief: Der russische Lieferant wurde nun als der Feind gesehen, der Deutschland erpressen werde, und der eigene deutsche Vorteil im Projekt kleingeredet, wenn nicht völlig ausgeblendet. Wirtschaftliche deutsche Interessen spielten keine Rolle mehr. Das Ergebnis kennen wir: Es ist die Deindustrialisierung Deutschlands, weil so das ganze deutsche Wirtschaftsmodell auf den Kopf gestellt wurde. Wir wissen heute nicht, wie tief die Deindustrialisierung reichen wird oder ob es unserem Land überhaupt gelingen wird, dem Sog nach unten zu entkommen.

So verquer wie die deutsche Diskussion um Nord Stream 2 lief, liest sich rückwirkend die Rede des deutschen Kanzlers von der Zeitenwende am 27. Februar 2022, die drei Tage nach der russischen Aggression gegen die Ukraine gehalten wurde. Damit wurde eine völlig neue Kursbestimmung für Deutschland verkündet. Das Parteiprogramm der SPD, ihr Wählerauftrag, wurde zur Vergangenheit erklärt, an den Parteigremien vorbei, ohne solide öffentliche Diskussion im Land. Man schlug sich auf die Brust, und behauptete, zu friedlich und naiv gewesen zu sein, Russland vertraut zu haben, das nun die angeblich singuläre Sünde begangen hätte, einen völkerrechtswidrigen Krieg vom Zaun zu brechen, völlig unproviziert.

Selbstverständlich beherrschten in unserem Land die schrecklichen Kriegsbilder die Emotionen. Diese wurden absichtlich benutzt und weiter geschürt, während es eigentliche Aufgabe der Politik gewesen wäre, nachzudenken und abzuwägen, wie man aus dieser fürchterlichen Situation schnellstmöglich wieder herauskommt. Aber da hatte die Politik im transatlantischen Schulterchluss schon entschieden, was zu tun wäre: Zur Vergeltung waren Wirtschaftssanktionen beschlossen worden, die nach

der selbstbewussten Ansage der deutschen Außenministerin Russland „ruinieren“ würden. Knapp einen Monat später sollte der US-Präsident dann in Warschau erklären, dass diese Sanktionen in ihrer Wirkung einer militärischen Vergeltung gleichkämen. Der Stellvertreter-Krieg war längst beschlossen. Nun musste er nur noch ans deutsche Wahlvolk gebracht werden, denn auch ein Stellvertreterkrieg bedarf der öffentlichen Unterstützung.

Eine der Botschaften des Kanzlers an das deutsche Volk lautete damals, dass unser Land für den Frieden eintreten würde und sich für die friedliche Lösung von Konflikten einsetze. Aber einen Monat zuvor hatte die Nato von Russland geforderte Verhandlungen um eine neue europäische Sicherheitsarchitektur zurückgewiesen. Mit dem Argument, Russland gingen die Angelegenheiten der Nato nichts an. Darin liegt der eigentliche Vertrauensbruch der Zusagen an die Sowjetunion im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses. Damals hieß es, man werde gemeinsam an einer europäischen Sicherheitsordnung bauen, die USA und die Sowjetunion. Die Einlösung dieses Versprechens haben seit Gorbatschow alle russischen Machthaber eingefordert, nicht, um auf dem versprochenen Wort zu beharren, sondern weil es der einzige Weg zu einer stabilen Friedensordnung in Europa und im transatlantischen Raum ist – sie kann nur inklusiv sein, oder sie existiert nicht.

Das alles wird inzwischen geaugnet. Damit wird auch die entscheidende Lehre der europäischen Integration geaugnet, die am Anfang von allem stand: Europa ist nur dort friedlich, wo es sich vereint. Politisch scheint die Überzeugung weiter zu dominieren, dass auf dem europäischen Kontinent ein tiefer Graben gezogen werden muss – zwischen dem aggressiven Russland und dem Rest der europäischen Völker, die nun zu „Wehrhaftigkeit“ finden müssten, um dem Feind im Osten die Stirn zu bieten. Wie formulierte der deutsche Verteidigungsminister: „Wir brauchen einen Mentalitätswechsel. [...] Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, und das heißt, wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

Der deutsche Traum scheint es wieder, sich in dieser Militarisierungsbewegung an die Spitze der konventionellen Krieger zu setzen – aber wer weiß, womöglich reicht es bald auch bis zum Griff nach Atomwaffen. Schließlich war es sehr merkwürdig, dass entsprechende Überlegungen aus Kiew nicht sofort mit großer Konsequenz zurückgewiesen wurden. Das

wäre das Ende des Nichtweiterverbreitungsregimes. Ohnehin sind fast alle rüstungsbegrenzenden Abkommen und Maßnahmen gefallen. Im Ergebnis haben wir nur noch das Prinzip der „verrückten“ Welt – die garantierte gegenseitige Vernichtung, die in der englischen Kurzfassung „MAD“ heißt.

Kommen wir aus dieser Politik wieder heraus? Ich vermute, die vorherrschende Politik wird den Einbruch der Realität nicht überleben. Damit meine ich den realen Kriegsverlauf in der Ukraine. So wie es aussieht, ist das Ziel des Westens, einen *regime change* in Russland herbeizuführen, Russland nachhaltig militärisch zu schwächen und auf militärischem Weg, mittels der Ukraine, die Krim und alle übrigen eroberten ukrainischen Gebiete Russland wieder abzugeben, gescheitert. Tatsächlich ist Russland heute stärker als je und dominiert inzwischen die militärische Arena. Wenn es keinen Strategiewechsel im Westen gibt, wenn „Siegfrieden“ das Ziel bleibt, dann führt das über kurz oder lang dazu, dass die Ukraine kapitulieren muss, nicht, weil sie nicht weiterkämpfen will, sondern weil sie nicht weiterkämpfen kann. Sie hat nicht mehr das notwendige erfahrene Militär, um sich verlässlich einem in jeder Weise überlegenen Gegner zu widersetzen. Heute sprechen Schätzungen bereits von hunderttausenden Toten und noch viel mehr Schwerverwundeten. Dieser Verlust ganzer Generationen Ukrainer ist nicht wiedergutzumachen. Hinzu kommen die Millionen, die flüchteten, und die Frage, was der Ukraine bleibt, wenn sie die Waffen strecken muss.

Meine These ist, dass in dem Augenblick, in dem das ganze verheerende Ausmaß dieses Stellvertreterkriegs die Öffentlichkeit erreicht, sie sich angewidert abwenden wird von denen, die den Krieg mit Russland suchten und bereit waren, dafür ein europäisches Volk zur Schlachtbank zu führen. Denn Frieden wäre möglich gewesen, durch Minsk, durch eine neue Sicherheitsarchitektur, auch durch zügige Verhandlungen nach Kriegsausbruch. Die Aktenlage ist eindeutig. Die Russen sind schuld an einer völkerrechtswidrigen Aggression, aber die Nato ist schuld, dass Frieden nie auf ihrer Tagesordnung stand.

Neue Eskalationsstufe im Nahost-Konflikt.

Außenpolitische Konsequenzen

Karin Kulow

Der die Region des Nahen und Mittleren Ostens wegen der Ungelöstheit des Israel-Palästina-Konflikts seit Jahrzehnten beherrschende Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt hat mit den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 eine neue Eskalationsstufe erreicht. Zugleich wurde damit eine tiefe Zäsur nicht nur im israelisch-palästinensischen Verhältnis, sondern für die Entwicklung der gesamten Region gesetzt. Bei der es um nicht weniger, als die Entscheidung darüber geht, inwieweit es gelingen kann, die bisherige Spirale sich wechselseitig aufschaukelnder Gewalt zu durchbrechen und endlich den Pfad zu einer stabilen Regionalordnung auf der Basis der friedlichen Koexistenz zu beschreiten. Oder aber, ob sich das Risiko für die Region noch weiter erhöhte, in einem Flächenbrand bis hin zu einem Krieg zwischen den Religionen zu versinken; von dem bliebe auch Israel keinesfalls verschont.

Viel wird davon abhängen, in welchem Maße bei allen maßgeblichen Seiten, auch auswärtigen Mächten, die Erkenntnis reift, dass ein weiteres Setzen auf militärische Übermacht und bloße Gewalt letztlich doch mehr zum Schaden als zum Nutzen für die eigenen Interessen ist und es auf lange Sicht viel dienlicher wäre, sich um einen fairen Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern zu bemühen, da stabile Sicherheit nur gemeinsam zu erreichen ist. Was aber auch hieße, ehrliche Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen und beiden Völkern gleichermaßen ein Recht auf eine sichere Existenz zuzugestehen und statt des Rechts des Stärkeren die Stärke des Rechts entsprechend den einschlägigen völkerrechtlichen Festlegungen zur Geltung kommen zu lassen.

Fatale Zuspitzung im Hamas-Israel-Verhältnis im Vorfeld des 7. Oktober

Natürlich ist das exzessive Vorgehen von Hamas-Milizionären und anderer militanter Gruppierungen am 7. Oktober insbesondere gegenüber Frauen, Kindern, Älteren und jungen Musikfestival-Teilnehmenden auf israelischem Staatsgebiet als völkerrechtswidrig und inhuman entschieden zu verurteilen.

Aber ebensowenig kann akzeptiert werden, dass Israel mit seinem, am Tag danach ausgerufenen Anti-Hamas-Krieg das ihm zustehende Recht auf Selbstverteidigung – ungeachtet aller Forderungen selbst seiner westlichen Unterstützer nach Respektierung des humanitären Völkerrechts – als eine Art Blankoscheck für sich betrachtet hat, um die Zivilbevölkerung des Gaza-Streifens in Kollektivhaftung zu nehmen und sie ihrer lebensnotwendigen Grundbedürfnisse zu berauben. Allein schon der außergewöhnlich hohe Blutzoll unter den Zivilisten, darunter weit über die Hälfte Frauen und Kinder, ist hinreichender Beleg für diese Unverhältnismäßigkeit. Gar nicht zu reden von den großflächigen Bombardements von Wohngebäuden, anderen zivilen Objekten, darunter von Krankenhäusern, Flüchtlingslagern, Moscheen, Kirchen, UN-Einrichtungen, sowie von Infrastruktur, die gemäß humanitärem Völkerrecht sowie der UN-Menschenrechtskonvention gleichfalls strikt untersagt sind. Das ist durch solche menschenverachtenden Verlautbarungen amtierender israelischer Politiker zusätzlich auf die Spitze getrieben worden, wie, „einen Krieg gegen menschliche Tiere“ zu führen oder „den Bevölkerungstransfer als ‚moralischen Akt‘“ anzustreben. Etliche Völkerrechtler wie auch Politiker von Ländern des globalen Südens sehen daher den Tatbestand des Völkermordes erfüllt. So führte der südafrikanische Präsident in seiner Eröffnungsansprache auf dem Außerordentlichen Gemeinsamen Treffen von BRICS-Führern und eingeladenen BRICS-Neu-Mitgliedern zur Lage im Nahen und Mittleren Osten am 21. November 2023 aus: „Die bewusste Verweigerung von Medizin, Treibstoff, Nahrung und Wasser für die Gaza-Einwohner ist gleichbedeutend mit Genozid.“ (<https://www.thepresidency.gov.za>.)

Umso fragwürdiger ist angesichts dessen die von Bundeskanzler Scholz geäußerte Beteuerung, die israelische Regierung würde sich ihrer Verantwortung gegenüber dem humanitären Völkerrecht sicherlich bewusst sein. Das Recht auf Selbstverteidigung Israels ist im konkreten Falle strittig; es handelt sich bei Israel um eine unter Bruch des Völkerrechts aufrechterhaltene Besatzungsmacht gegenüber den palästinensischen Gebieten. Mit seiner seit 1967 ausgeübten Vormachtstellung über die im Juni-Krieg 1967 besetzten palästinensischen Gebiete – Westbank und Gaza-Streifen sowie Ost-Jerusalem – widersetzt sich Israel der völkerrechtlich bindenden Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967, mit der die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern, sowie die Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, festgeschrieben und Israel expressis verbis aufgefordert worden ist, seine

Streitkräfte aus den während dieses Krieges besetzten Gebieten zurückzuführen.

Von verschiedenen Experten, darunter dem früheren Oberst der Schweizer Armee Jacques Baud, wird insbesondere darauf verwiesen, dass daher der Widerstand dagegen legal sei (Baud 2023). Selbst, wenn sich Israel formal 2005 aus dem Gaza-Streifen zurückgezogen hatte, so hat es dennoch mit der seit 2007 verhängten Blockade seinen Status als Besatzungsmacht aufrechterhalten. Dessen Unzulässigkeit von der UNO beispielsweise 2017 damit begründet worden war, dass viele der im Zusammenhang mit dieser Blockade stehenden Maßnahmen gegen das Völkerrecht verstießen, da sie die gesamte Bevölkerung von Gaza ohne Rücksicht auf die individuelle Verantwortung trafen und einer kollektiven Bestrafung unter Missachtung grundlegender Menschenrechte unterworfen haben. Wie angespannt sich das Verhältnis Israels gegenüber dem Gaza-Streifen seit Verhängung dieser Blockade gestaltet hat, belegen nicht zuletzt seine zuvor schon geführten vier Kriege (2008, 2011, 2014, 2016). Was übrigens die renommierte US-Denkfabrik Rand Corporation veranlasst hat, diese bisherige, von Israel gegenüber dem Gaza-Streifen verfolgte Militärstrategie – nämlich den Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt als Mittel zur Kontrolle und Aufrechterhaltung der seit 2007 bestehenden Blockade bewusst einzukalkulieren – als verfehlt und gescheitert zu betrachten (Cohen 2023).

Das lässt sich gleichfalls in Bezug auf die insbesondere unter den Ministerpräsidentenschaften von Benjamin Netanyahu verfolgte politische Strategie gegenüber dem Gaza-Streifen konstatieren. Deren Kern bestand darin, Hamas gezielt als Gegengewicht zur PLO zu instrumentalisieren, um so die ungewollte Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern. Was wiederum Hamas dazu zu nutzen vermochte, die dadurch geschwächte PLO innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung an den Rand zu drängen und für sich selbst – unter Betonung ihres Namens „Harakat al-Muqawama al-Islamiya (Bewegung des islamischen Widerstandes)“ – die Vorreiterrolle eines entschlossenen Kampfes gegen die israelische Okkupations- und Blockadepraxis zu beanspruchen.

Sich zwingend stellende Herausforderungen für die deutsche Nahost-Politik

In Anbetracht der neuerlichen Eskalationsstufe im Israel-Palästina-Konflikt und daraus zwangsläufig zu ziehender Schlussfolgerungen und

Lehren wird die Bundesregierung nicht umhinkommen, ihre bisherige Nahost- und Mittelostpolitik kritisch zu hinterfragen. Dabei muss es vor allem auch darum gehen, der aus der historischen antisemitischen Last resultierenden besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel in einer Weise gerecht zu werden, die nicht gleichzeitig zu Lasten der legitimen Rechte und Sicherheitsbedürfnisse des palästinensischen Volkes geht. Damit nicht, wie von dem Ex-Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Peter Vonnahme, unterstrichen, „einer großen historischen Schuld eine weitere hinzugefügt [würde]“ (Vonnahme 2023).

Immerhin bildete das noch unter Kanzlerin Merkel 2008 undifferenziert verkündete Diktum, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson, erklärtermaßen auch die Grundlage für das sofortige Bekenntnis der jetzigen Bundesregierung zur uneingeschränkten Solidarität mit der israelischen Regierung. Von Bundeskanzler Scholz am 12. Oktober noch ausdrücklich damit begründet, wonach unsere eigene Geschichte, unsere aus dem Holocaust resultierende Verantwortung es für uns zu einer ewig währenden Aufgabe machten, für die Existenz und Sicherheit des Staates Israel einzustehen. Also ohne das Schicksal der Palästinenser überhaupt nur in den Blick zu nehmen. Deshalb dürfte es den Bundeskanzler nicht verwundern, nähme er dies zur Kenntnis, wenn die israelische Journalistin und Tochter eines Holocaust-Überlebenden, Amira Hass, darauf Bezug nehmend den Vorwurf erhebt, eben dieser aus dem Holocaust resultierenden Verantwortung nicht gerecht zu werden. Und zwar wegen der, wie sie es formuliert, „uneingeschränkten Unterstützung für ein Israel, welches okkupiert, kolonisiert, Menschen des Wassers beraubt, Land stiehlt, zwei Millionen Gazaer in einem überfüllten Käfig einsperrt, Häuser zerstört, ganze Gemeinden aus ihren Häusern vertreibt und Siedlergewalt fördert“. Statt dessen hätte es gerade für Deutschland darum gehen sollen, „die gegenwärtige Kampagne des Todes und der Zerstörung zu stoppen“ (Hass 2023).

Die Bundesregierung muss sich fragen lassen, inwieweit sie mit ihrer einseitigen Haltung einer solchen israelischen Politik der Unterminierung legitimer palästinensischer Interessen zusätzlich Vorschub leistet und sich damit selbst unglaublich macht, da sie doch in offiziellen Verlautbarungen vorgibt, für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einzutreten. Genauso, wie sie sich einerseits zur Zwei-Staaten-Lösung bekennt, aber andererseits die von Israel zu deren gezielter Verhinderung immer intensiver betriebene Siedlungspolitik wie andere Verletzungen des

Völkerrechts bis heute hinzunehmen bereit ist. Zwar wird von ihr die sich aktuell im Schatten des Krieges im Gaza-Streifen verstärkende Siedlergewalt in der palästinensischen Westbank kritisiert. Nicht aber die unter der jetzigen israelischen Regierung im Rahmen ihrer umstrittenen Justizreform am 23. Februar 2023 getroffene Entscheidung, wonach wesentliche Zuständigkeiten für die palästinensische Westbank nunmehr ziviler Verwaltung unterliegen – was auf eine De facto-Annexion deren weiterer Teile hinausläuft und den Siedlungsbau und die damit einhergehenden Vertreibungen von palästinensischen Einheimischen erheblich stimuliert.

Wünschenswert wäre, von der Bundesregierung zu hören, welchen Wert sie dem Tatbestand zumisst, dass der israelische Ministerpräsident in seiner Rede im September 2023 vor der UN-Vollversammlung den Anspruch auf das gesamte ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina erhebt: er präsentierte dort eine Landkarte des „Neuen Nahen und Mittleren Ostens“, auf der jedenfalls für einen Palästina-Staat an der Seite Israels kein Platz ist. Wörtlich formulierte er, es sei für den Frieden erforderlich, dass die Palästinenser ihren Hass „nicht nur gegenüber der Existenz des jüdischen Staates [aufgeben], sondern auch gegenüber dem Recht des jüdischen Volkes, einen Staat auf ihrem eigenen historischen Heimatland – dem Land Israel – zu haben“ (Netanyahu 2023). Sprich, einen Staat Israel in dessen biblischen Grenzen. Womit nicht nur das Existenzrecht eines Palästina-Staates generell negiert wird, sondern was zugleich den Verdacht nährt, den jetzigen Krieg gegen die Hamas nutzen zu wollen, um weiteres palästinensisches Territorium unter die eigene Kontrolle zu bringen.

Wichtige Schlussfolgerungen und Lehren

Angesichts der gegenwärtigen Eskalationsstufe zeichnen sich folgende Schlussfolgerungen und Lehren ab. Sie wären bei einer Neukalibrierung der deutschen Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Ost gewiss zu berücksichtigen.

Die Sicherheit Israels und eine tragfähige Lösung der Palästina-Frage bedingen einander

Jenseits der scharf zu verurteilenden Vorgänge vom 7. Oktober auf israelischem Boden muss es deutscher wie anderer westlicher Politik zu denken geben, wenn sogenannte nichtstaatliche Akteure – quasi milizartige

bewaffnete Formationen – in der Lage sind, nicht nur die eigentlich als angriffsresistent geltenden Sicherungsanlagen entlang des Gaza-Streifens zu durchbrechen und Militärposten der militärisch weit überlegenen israelischen Armee (IDF) auszuschalten, Morde zu begehen, Geiseln zu nehmen sowie die ansonsten als besonders gut informiert geltenden Geheimdienste nachgerade vorzuführen. Und die gesamte israelische Gesellschaft in einen traumatischen Schockzustand zu versetzen. Das kann nur zu dem Schluss führen, dass Israel, allein gestützt auf seine militärische Übermacht, nicht davor gefeit ist, auf seinem eigenen Territorium angegriffen zu werden. Nämlich dann, wenn auf der Gegenseite nicht nur vereinzelte Aktionen erfolgen, die wie in den vorangegangenen vier israelischen Gaza-Kriegen mit mehr oder weniger heftigen Gegenschlägen zurückgewiesen werden. Sondern wenn es sich, wie im aktuellen Falle, um einen offensichtlich längerfristig strategisch vorbereiteten und breit gefächerten Ansturm handelt.

Daraus ist zu schließen, dass der von Israel bislang angestrebte Status quo in der Palästina-Frage und deren Verdrängung von der politischen Agenda mit militärischen Mitteln nicht dauerhaft zu garantieren ist. Anders gesagt: Die Sicherheit Israels ist auf Dauer nur zu gewährleisten, wenn auch das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes gebührende Berücksichtigung findet. Dementsprechend geht es nicht nur um das Verhältnis zwischen der bislang im Gaza-Streifen regierenden Hamas und Israel, sondern um den Stellenwert der Palästina-Frage für die regionale Stabilität und Sicherheit sowie die von Israel verfolgte Palästina-Politik. Deshalb sollte auch deutsche Politik darauf orientiert sein, der vom israelischen Ministerpräsidenten entsprechend dem Prinzip des *Divide et Impera* gezielt betriebenen Spaltung zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen entgegenzuwirken und die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung unter Beteiligung aller maßgeblichen politischen Akteure zu unterstützen mit dem Ziel einer dauerhaften Konflikt-Lösung.

Auch wenn es westlicherseits schwerlich zugegeben wird, so bleibt es ein hervorstechendes Faktum: Die von Iran auf den Weg gebrachte – und vom Westen als Ausdruck dessen Aggressivität getadelte – Widerstandsfrent, in die neben den palästinensischen islamistischen Hamas und Jihad Islami, die libanesische Hizbullah, die Damaszener Machthaber, die irakische Haschd asch-Schaabi sowie die jemenitische Ansar Allah einbezogen sind, haben, wenngleich leider auch nur mit den Konsequenzen dieser fürchterlichen Gewaltexzesse, dazu geführt, dass der von Israel in Bezug auf die Palästina-Frage verfolgte Status quo aufgebrochen worden

ist. Jenes Status quo, mit dem nicht nur die 16-jährige Blockade des Gaza-Streifens verbunden ist, sondern vor allem auch die seit mittlerweile 56 Jahren andauernde völkerrechtswidrige Okkupation der palästinensischen Westbank mit allen damit verbundenen Schikanen und Demütigungen, die sich ihrerseits wiederum in mehr oder weniger gewaltsamen Gegenreaktionen, so in Gestalt der Intifada 2000 entluden. Auch das vom israelischen Ministerpräsidenten wie dem US-Präsidenten bis zuletzt forcierte Projekt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien lief letztlich darauf hinaus, die Palästina-Frage noch weiter an den Rand zu drängen. Eine Angelegenheit, die nun wohl erst einmal vom Tisch scheint. Deshalb darf man auch nicht darüber erstaunt sein, wenn sich im Verständnis des iranischen Obersten Revolutionsführers Ali Khamenei dieser 7. Oktober als irreparable Schlappe für Israel darstellt.

Die Palästina-Frage als Schlüssel zu einer friedlichen Regionalordnung

Der Westen kann nicht daran vorbeigehen, dass sich seine als Demonstration der Stärke gedachte uneingeschränkte Unterstützung für Israel als kontraproduktiv erweist. Nicht nur für sich selbst, sondern auch mit sich bereits abzeichnenden nachteiligen Folgen für Israels Stellung in der Region. Einschlägige Analysten, so der Israeli Zvi Bar'el, sehen für die USA die Gefahr, dass sie mit dieser einseitigen Positionsbestimmung ihr jahrzehntelanges Bemühen um die regionale und globale Integration Israels durch dessen jetzigen Krieg gegen den Gaza-Streifen wieder verspielen (Bar'el 2023).

Vor allem jene arabischen Staaten, die enge Beziehungen zu den USA wie dem Westen insgesamt unterhalten, mussten erkennen, dass ihnen gegenüber weiterhin mit zweierlei Maß gemessen wird. Was vor allem seitens Ägyptens und Jordaniens auf dem am 21. Oktober in Kairo veranstalteten „Gipfel für Frieden“ unmissverständlich zum Ausdruck gebracht wurde. Mit seiner uneingeschränkten Solidaritätsbekundung für Israel vermittelte der Westen, so der jordanische König, die eindeutige Botschaft an die arabische Welt, wonach in seinem Verständnis das Leben von Palästinensern weniger zähle als das der Israelis und folglich Menschenrechte nicht für alle in gleicher Weise zu gelten hätten. Obwohl es doch für alle nur darum gehen könne, eine Zukunft des Friedens und der Sicherheit sowohl für Israelis als auch für Palästinenser zu ermöglichen.

Arabische wie andere Staaten des Nahen und Mittleren Ostens positionieren sich entschlossener denn je gegen diese westliche Einseitigkeit.

Genau genommen stellt die, von dem Außerordentlichen Arabisch-Islamischen Gipfel der Solidarität mit Palästina – einer gemeinsamen Zusammenkunft von Arabischer Liga und Organisation Islamischer Kooperation (OIC) – am 11. November in der saudischen Hauptstadt Riad verabschiedete Resolution das Gegengewicht zur uneingeschränkten Solidaritätserklärung des Westens mit Israel dar. Nicht nur wird hier die von 120 Staaten befürwortete UN-Resolution vom 26. Oktober zur Linderung der humanitären Katastrophe im Gaza-Streifen begrüßt. Vielmehr werden die zentrale Stellung der Palästina-Frage bekräftigt sowie der Wille bekundet, dem palästinensischen Volk beizustehen in dessen legitimen Kampf für die Befreiung seiner okkupierten Territorien und die Verwirklichung seiner unveräußerlichen Rechte. Insbesondere seines Rechts auf Selbstbestimmung in einem unabhängigen und souveränen Staat innerhalb der völkerrechtlich determinierten Grenzen von 1967. Was für manche Staaten durchaus einschließt, Israel mit diesem Krieg nicht schadlos durchkommen zu lassen. So werden seitens der Türkei Anstrengungen unternommen, um eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zur Untersuchung israelischer Kriegsverbrechen auf den Weg zu bringen. Auch Jordanien erwägt offensichtlich einen derartigen Schritt; zumindest will es alle seine bisherigen Verträge mit Israel, darunter auch den seit 1994 bestehenden Freundschaftsvertrag, überprüfen sowie im Falle eines im Raume stehenden palästinensischen Bevölkerungstransfers die diplomatischen Beziehungen mit Israel gänzlich aufkündigen.

Nicht zu reden von der sich regional wie weltweit entfaltenden gewaltigen Solidaritätsbewegung vor allem mit der extrem leidenden Bevölkerung im Gaza-Streifen wie dem palästinensischen Volk insgesamt. Damit erhöht sich nochmals der Druck auf die jeweiligen Regierungen, sie sind immer weniger in der Lage, sich gegenüber der Palästina-Frage weiterhin gleichgültig zu verhalten.

Die USA und der Westen sehen sich mit weiteren Prestigeverlusten konfrontiert

Wenn US-Präsident Joe Biden – wie die Außenminister der G7-Staaten auf ihrem Treffen Anfang November 2023 in Tokio oder auch die Europäische Kommission – die Zwei-Staaten-Lösung als den nach dem Krieg „einzigsten Weg zu einem gerechten, dauerhaften und sicheren Frieden“ thematisieren, so dürften sie nicht erstaunt sein, dass eine solche Ankündigung auf vielerlei Skepsis stößt. Fragwürdig genug ist schon, dass eine

solche Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt in den Raum gestellt wird, ohne sich auch nur im Ansatz dem bisherigen eigenen Versagen zu stellen. Das hat nicht unwesentlich zu der sich ständig steigenden Eskalationsdynamik beigetragen.

Dementsprechend kritisch fällt das Urteil palästinensischer Analysten aus, so des Dozenten für Internationale Studien an der Birzeit Universität, Ghassan Khatib, wenn er konstatiert: Der Tag nach dem Krieg werde keinen Platz für die Zwei-Staaten-Lösung haben; allein schon aufgrund des radikalisierenden Kriegseffekts auf beide, die israelische wie die palästinensische Gesellschaft und Politik. Der plötzliche Fokus amerikanischer und europäischer Politiker auf die Wiederbelebung der Zwei-Staaten-Gespräche sei lächerlich und komme viel zu spät. Über die Jahre hätten sie zugesehen, wie Israel diese Vision durch die Ausweitung des Siedlungswezens untergraben und die nach einem Staat an der Seite Israels strebenden Palästinenser kleingemacht habe. Die USA wie europäische Staaten trügen eine wesentliche Mitverantwortung für die gegenwärtige Zuspitzung; sie müssten Israel zuvörderst daran hindern, sich weiterhin über das Völkerrecht zu stellen (Khatib 2023).

Abgesehen davon, dass die USA wie die übrige westliche Welt sich anmaßen, trotz all dieses Versagens über die Region weiterhin allein bestimmen zu wollen. Der von Biden als Ausdruck US-amerikanischen Führungsanspruchs für die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts vorgegebene Orientierungsrahmen ist lediglich in einem Punkte konkret, nämlich, dass „Gaza nie wieder als Plattform für Terrorismus benutzt werden [darf]“. Gleichzeitig erhobene Forderungen, wie die, es dürfe „keine gewaltsame Vertreibung der Palästinenser aus Gaza geben, keine Wiederbesetzung, keine Belagerung oder Blockade und keine Reduzierung des Territoriums“ (Biden 2023), hingegen lassen schon insofern Zweifel aufkommen, als die USA und übrige G7-Staaten mit Rücksicht auf Israel nicht einmal für einen sofortigen Waffenstillstand eingetreten sind. Das jetzige Werben für eine Zwei-Staaten-Lösung läuft eher auf eine bloße Rückkehr zu der alten Rhetorik einer sogenannten „verhandelten Zwei-Staaten-Lösung“ hinaus. Bei der Israel – unter Vermittlung der USA – weiterhin zugestanden würde, als die stärkere Partei deren Prämissen und Inhalte zu bestimmen.

Den USA geht es bei ihrer uneingeschränkten Solidarität mit Israel in erster Linie um eigene Interessen; Israel fungiert als wichtiger Vorposten bei der Durchsetzung ihres Anspruchs auf Hegemonie in der Region

wie weltweit. Auch deshalb wird von Biden ausdrücklich die Gemeinsamkeit zwischen Israel und der Ukraine herausgestellt. Beide Länder seien von entscheidender Bedeutung für die nationale Sicherheit Amerikas und verkörperten „Wendepunkte in der Geschichte“. Während Israel von Terroristen bedroht sei, sähe sich die Ukraine Tyrannen gegenüber, denen gemeinsam sei, „eine benachbarte Demokratie vollständig auslöschen zu wollen“. Wobei dem US-Präsidenten vor allem im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in erster Linie daran gelegen scheint, es nicht zu einer direkten militärischen US-Beteiligung und schon gar nicht zur Ausweitung des Krieges zu einem regionalen Flächenbrand kommen zu lassen.

Nichtsdestoweniger müsste sich die Biden-Administration jedoch eingestehen, dass ihre Einflussmöglichkeiten allein schon gegenüber der jetzigen israelischen Regierung deutlich begrenzt sind; deren Disziplinierung bereitet erhebliche Mühe. Nicht zu reden davon, dass auch ihre arabischen Verbündeten in der Region desillusioniert sind.

Die BRICS-Staaten als ein neuer Akteur

So es den USA und ihren transatlantischen Alliierten, darunter Deutschland, tatsächlich ernst sein sollte mit ihrer Forderung nach einer tragfähigen Lösung der Palästina-Frage, fänden sie in den BRICS-Staaten Verbündete, die dabei sind, ein maßgeblicher, auf Ausgewogenheit orientierender Akteur in der Region zu werden. Schon auf ihrem XV. Gipfel in Johannesburg im August 2023 – also noch vor Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen – hatten die BRICS-Staaten die Beilegung des Israel-Palästina-Konflikts, der schon in der Vergangenheit so viele menschliche Opfer forderte, als einen Schwerpunkt ihres außenpolitischen Wirkens definiert.

Mit dem am 21. November virtuell durchgeführten Sondergipfel zum Israel-Palästina-Konflikt, an dem neben den ursprünglichen fünf BRICS-Staaten auch die ab 2024 dazugehörigen fünf Neumitglieder, darunter die vier in der Region beheimateten Staaten – Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, VAE – sowie UN-Generalsekretär António Guterres teilgenommen haben, wurde sowohl auf die Beendigung des Krieges als auch auf die Zeit danach orientiert. Ausgehend von der Forderung a) nach einem sofortigen und umfassenden Waffenstillstand; b) der Öffnung humanitärer Korridore, um die dringend notwendige Hilfe für die Grundbedürfnisse zu gewährleisten sowie c) der Freilassung aller zivilen Geiseln wurden überdies die

Wiederaufnahme eines umfassenden Dialogs zwischen Palästinensern und Israelis unter Schirmherrschaft der UNO, die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe der UNO in Palästina zur Überwachung der Feindseligkeiten und zum Schutz der Zivilisten sowie die Untersuchung von Kriegsverbrechen durch den IStGH gefordert.

Als einzig gangbarer Weg, um den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, wird von den BRICS-Staaten gleichfalls die Zwei-Staaten-Lösung angesehen und speziell von China auf die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz orientiert. Wobei durchaus Klarheit darüber besteht, dass eine solche Zwei-Staaten-Lösung eines längerfristig angelegten und exakt zu kontrollierenden Fahrplans bedürfte, bei dem gesichert sein müsste, dass den legitimen palästinensischen Interessen Rechnung getragen würde. Sicherlich wäre China, das sich bereits als fairer Vermittler bei dem Aussöhnungsprozess zwischen Iran und Saudi-Arabien bewährt hat, auch prädestiniert für eine derartige Rolle im Israel-Palästina-Konflikt. Generell wäre jedoch erst einmal zu eruieren, auf welchen Grundlagen sich eine tragfähige Lösung der Palästina-Frage unter Beteiligung aller maßgeblichen Akteure tatsächlich herbeiführen ließe.

* * *

Kurz zusammengefasst wäre noch einmal zu unterstreichen: Vor allem auch deutsche wie übrige westliche Politik sollte sich – statt egoistischer Interessendurchsetzung – um ein ausgewogenes Herangehen bemühen. Eben weil sich dieser 7. Oktober, wie der UN-Generalsekretär völlig zu Recht festgestellt hat, nicht in einem Vakuum vollzogen hat, und weil die ideologische Triebfeder von Hamas, die sich aus einer Kombination von religiöser Überzeugung und dem Willen zum bewaffneten Widerstand gegen die Okkupation speist, in dem Maße noch an Einfluss zu gewinnen vermag, wie die legitimen nationalen Rechte der Palästinenser weiterhin mit Füßen getreten werden. Weil es, um zu dauerhafter Sicherheit und einem stabilen Frieden in der Region zu gelangen eines, wenn auch nur schwierig zu erreichenden fairen Interessenausgleichs zwischen Israelis und Palästinensern auf der Basis der friedlichen Koexistenz bedarf. Und zwar getragen von der Erkenntnis, nicht gegeneinander, sondern nur miteinander eine friedliche Zukunft zu haben. Sowie von der Entschlossenheit, die tiefen Gräben des gegenseitigen Hasses tatsächlich überwinden zu wollen, und nicht zuletzt von der ehrlichen Bereitschaft vor allem der

auswärtigen Mächte, die Region nicht weiterhin als Austragungsort globaler Auseinandersetzungen zu benutzen.

Literatur

- Bar’el, Zvi (2023): Damage to Israel’s Relations With Its Regional Neighbor’s Will Affect Plans for the ‘Day After’ in Gaza, in: Haaretz vom 29. November 2023.
- Baud, Jacques (2023): Eine Besatzungsmacht hat kein Recht auf Selbstverteidigung gegen die Besetzten. Das Vorgehen Israels verstößt gegen das Kriegsrecht (Interview), in: Zeitgeschehen im Fokus, Nr. 16/17 vom 17. November 2023. <https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-16-17-vom-17-november-2023.html>.
- Biden, Joe (2023): The U.S. won’t back down from the Challenge of Putin and Hamas. Meinungsartikel des Präsidenten der USA, in: Washington Post vom 18. November 2023.
- Cohen, Raphael S. (2023): The Inevitable, Ongoing Failure of Israel’s Gaza Strategy (Kommentar), in: The RANDBlog vom 19. Oktober 2023. <https://www.rand.org/pubs/commentary/2023/10/the-inevitable-ongoing-failure-of-israels-gaza-strategy.html>.
- Hass, Amira (2023): Germany, You Have Long Since Betrayed Your Responsibility, in: Haaretz vom 16. Oktober 2023.
- Khatib, Ghassan (2023): The cost of this war will not only be felt in Gaza, in: ArabNews vom 8. November 2023. <https://www.arabnews.com/node/2405556>.
- Netanyahu, Benjamin (2023): Prime Minister Benjamin Netanyahu’s 2023 UN General Assembly Speech. Full Text, in: Haaretz vom 22. September 2023.
- Vonnahme, Peter (2023): Gaza, Völkerrecht und Staatsraison: Deutschland steht tief im Abseits, in: Globalbridge vom 12. November 2023. <https://globalbridge.ch/gaza-voelkerrecht-und-staatsraison-deutschland-steht-tief-im-abseits/>

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für
Politik, Kunst und Wirtschaft.

In der Tradition der Weltbühne
von Siegfried Jacobsohn, Kurt
Tucholsky und Carl von Ossietzky.

Jeden zweiten Montag auf
www.das-blaettchen.de

Jetzt erhältlich: Ausgaben V und VI/2023



**Eine unabhängige und kritische Stimme
zur österreichischen Außenpolitik**

Kostenlose Probehefte: office@international.or.at und auf www.international.or.at
Wöchentliche aktuelle Kommentare, auf dem INTERNATIONAL YouTube-Kanal

Der Ukrainekrieg und seine Folgen für Russland

Kerstin Kaiser

Bald nach Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 war klar, dass keines seiner tatsächlichen oder vorgeblichen Kriegsziele militärisch erreicht werden kann: Weder wurde die NATO-Ausdehnung gestoppt, noch wurde der ukrainische Nationalismus geschwächt und sein Einfluss auf die Politik der Ukraine beendet. Offiziell wollte man in der Ostukraine ethnische Russen schützen und deren Territorien und die Krim endgültig eingliedern. Längst steht fest: Russland verlor diesen Krieg am Tag seines Beginns. Nach über sechshundert Tagen Dauer belasten Hunderttausende getötete ukrainische wie russländische Soldaten und Zivilisten und völlig zerstörte Gebiete mit allen ökonomischen und ökologischen Folgen das Schuld-Konto der Russländischen Föderation, deren Führung zudem ihr eigenes Land und dessen Ansehen ramponiert hat.

Realistisch ist ein Szenario, bei dem Russland nach einem Ende der Kämpfe aus dem Krieg geschwächt herauskommt: politisch instabiler und autoritärer, sozial und regional tiefer gespalten, militärisch enger umstellt, mit weniger internationalem Einfluss.

Um diese These zu erörtern und zu belegen, werden gesellschaftliche Innenansichten und politische Suchbewegungen aus Russland ausgewählt und als Momentaufnahme dargestellt. Mit einigen Schlussfolgerungen aus linker Perspektive soll der Artikel der weiteren Diskussion dienen.

Innen-Ansichten als Momentaufnahmen

Die *Bevölkerung*, die Familien bezahlen diesen Krieg mit dem Leben der Soldaten. Wie schon in den acht Jahren des so genannten Bürgerkrieges in der Ostukraine sind dessen Ereignisse und Spuren von Anfang an auch in den grenznahen Gebieten im Westen Russlands erlebbar und sichtbar. Wie hoch Verluste und Brüche im Land noch werden und Widersprüche sich vertiefen und vervielfältigen, hängt von der Dauer des Krieges ab. Dennoch: Im Oktober 2023 behaupteten bei Umfragen des regierungsunabhängigen Lewada-Zentrums noch 83% der Befragten in Russland, dass sie in „guter bis normaler Stimmung“ leben, nur 17% verspüren „Unruhe und Ängste“. Dabei sind junge Leute unter 24 Jahren mit 13% weniger

besorgt, als die Älteren über 55 Jahren mit 27%. Gutsituierte sind zu 84% zufrieden und nur zu 12% beunruhigt. Bei Menschen, die sich mit ihrem Einkommen gerade so Essen und Kleidung leisten können, ändert die Kriegssituation für 83% nichts, 14% fühlen sich beunruhigt. Die Zahlen halten sich seit einem Jahr auf diesem Niveau. Dass der Konsum wieder steigt, mag belegen, dass der Zustand des Landes im Krieg inzwischen als Normalität empfunden wird und die Bevölkerung sich dem angepasst hat.

Widersprüche und Unterschiede sind dennoch unübersehbar. Walerij Fjodorow, Chef von Russlands führendem Meinungsforschungsinstitut WZIOM, machte in einem viel beachteten Artikel der Zeitung RBK vier Bevölkerungsgruppen aus, die das Maß an Betroffenheit durch die Folgen der „militärischen Spezialoperation“ unterscheidet: Gruppe eins ist „das kämpfende Russland“. Hierzu zählt er die Familien der Armeeingehörigen, Soldaten, Mobilisierten und Freiwilligen, die Bevölkerung in Westrussland, ethnisch russische Kriegsflüchtlinge oder Übersiedler aus der Ukraine seit 2014, aber auch die Anhänger/Befürworter einer starken Rolle des Militärs im Staat. Letztere sollen jetzt etwa 15% der Bevölkerung ausmachen. Zweitens beschreibt Fjodorow das „hauptstädtische Russland“ als Mischung vergleichsweise komfortabel und privilegiert lebender Leute in Millionenstädten, die trotz des Wegfalls globalisierter Jobs und Geldquellen weiter versuchen, Lebensstandard und Normalität zu erhalten. Zu ihnen zählt er auch die Moskauer und Petersburger Mittelklasse, Kleinbourgeoisie und Intelligenzija. Als dritte Gruppe wird „das tiefe Russland“ benannt. Hier sind Menschen in Gebieten abseits großer Zentren in der fernerer Provinz gemeint, wo Versorgungs- und Lebensbedingungen immer vergleichsweise schwierig waren und sich der Alltag deshalb kaum geändert hat: Man muss irgendwie zurechtkommen. In dieser Gruppe sehen die Älteren besorgter auf den Krieg. Als das „ausgereiste Russland“ werden, viertens, die Emigranten ausgemacht, die nach Beginn des Krieges und der Teilmobilisierung im August 2022 ins Ausland gingen. Neben politisch kritischen, bedrohten und verfolgten Personen und Kriegsdienstverweigerern, zählen hierzu auch Leute, die wegen internationaler Sanktionen ihre Erwerbsarbeit auf dem Territorium der Russischen Föderation (RF) nicht weiter ausüben können. Man findet keine verlässlichen Zahlen, es dürften aber über eine Million Menschen sein, die mittlerweile in postsowjetische Länder, die EU, die Türkei und andere Länder ausgereist sind.

Umfrageergebnisse von Lewada und WZIOM zur sogenannten öffentlichen Meinung – zum Krieg, zur allgemeinen Entwicklung sowie dem Handeln von

Präsident und Regierung – lesen sich im Sinne der herrschenden Macht relativ positiv, aber widersprüchlich. Bei Befragungen im Oktober 2023 sichern 76% der Armee ihre Unterstützung zu, nur 16% sagen Nein. Aber nur 62% meinen, die Armee kämpfe erfolgreich. Gleichzeitig befürworten inzwischen 55% der russländischen Bürger_innen, sofortige Friedensverhandlungen, das sind 4% mehr als im Vormonat. Nur 38% setzen weiter auf Kampfhandlungen allein. Kriegs-Euphorie unter der Bevölkerung sähe anders aus. Zwei Drittel aller Befragten meinen, Russland entwickelt sich in die richtige Richtung, ein Plus von 6% seit dem Sommer. Selbst wenn Lewada kürzlich eine ausführliche Untersuchung und kritische Auswertung zur Glaubwürdigkeit eigener Befragungsergebnisse veröffentlicht hat und auch WZIOM-Chef Fjodorow vorsichtig bleibt, belegt der Vergleich von Statistiken aus über zehn Jahren, dass weder von blinder Kriegs-Gefolgschaft noch von Umsturz-Stimmung unter der Bevölkerung die Rede sein kann. Es gab und gibt in Russland auch nach dem Kriegsbeginn noch gesellschaftliche Debatten jenseits der Kreml-Propaganda und mediale Alternativen, was z.B. Analyse und Erfahrungen von Anna Rebel aus Moskau zeigen. Sie fand in der russländischen Bevölkerung eine grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber Medien im In- und Ausland vor, einschließlich gegenüber dem staatlichen TV und seiner Propaganda. Die Menschen nutzen durchaus digitale und unabhängige, alternative Medienangebote für die Meinungsbildung, die wesentlich durch den Austausch im persönlichen Umfeld stattfindet. Das gilt unabhängig von Wohnort oder privaten Präferenzen und lässt sich ebenso aus Lewada-Umfragen schlussfolgern.

November 2023: Laut Sonntagsfrage zu den Duma-Wahlen hätte die Regierungspartei „Einiges Russland“ (ER) mit erstaunlich guten 58% rechnen können, die linkspatriotischen Kommunisten (KPRF) mit 12%, die konservativ-nationalistischen Liberalen mit 11% und die sozialpatriotische Partei „Gerechtes Russland“ (GR) mit 6%. Nimmt man Fjodorows „hauptstädtisches Russland“, steht dies am ehesten hinter der ER. Die Kommunisten können sich in Teilen auf Zuspruch aus dem „tiefen Russland“ verlassen. Das „kämpfende Russland“ kritisiert Staatsmacht und Armeeführung eher von rechts: Man will konsequenteren Kampf, mehr Mittel, bessere Ausrüstung und Absicherung, Macht und Freiheiten für die Armee insgesamt. Alle Fraktionen in der Staatsduma unterstützen den außenpolitischen und Kriegskurs von Präsident Putin und glauben, dass ihnen daraus nach dem Krieg eigene politische Chancen erwachsen. Die Autokratie als Realität dürfte dem schon heute widersprechen, mehr Demokratie ist nicht zu erwarten.

Das Verhängnis ist da: der „*Ausnahmezustand auf Dauer*“. Mit Kriegsbeginn wurden in der Russländischen Föderation offiziell weder der Kriegszustand noch ein Ausnahmezustand erklärt. Der sprichwörtliche „Drucker im Kreml“ musste pausenlos arbeiten, um Hunderte von Gesetzen auszuspucken, die die Duma allein im ersten halben Jahr durchwinkte. Diese schränken politische Grundrechte und Freiheiten ein, fesseln Presse und Medien, genauso wie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft. Je länger die Kämpfe dauern, je größer die Probleme im Land werden, umso eifriger sind Abgeordnete verschiedener Fraktionen beim Ausmachen von Gegnern im eigenen Land und in patriotischer Rhetorik. Die Folgen dieser Entwicklung sind komplex und langfristig. Alle politischen, demokratischen, grundrechtlichen und zivilgesellschaftlich-emanzipatorischen Räume sind und werden radikal verengt, Opposition und kritischer Kunst bleiben als Alternative nur private „Reservate“ und Küchen. Staatliche Einschränkung und Verfolgung individueller und oppositionell organisierter Meinungsfreiheit, politischer Betätigung gegen den Krieg – bis hin zu Willkür – ist Alltag. Und der fatale Trick: Das wird mit dem Ende der Kampfhandlungen und des Krieges genauso bleiben. Niemand erwartet, dass diese Gesetzesänderungen, Regelungen oder politischen Urteile mit einer Waffenruhe oder dem erklärten Ende der „Spezialoperation“ zurückgenommen werden. Das System rutscht weiter in Richtung Diktatur.

Bei alledem ist und bleibt das „*Phänomen Putin*“ offensichtlich genauso wirkmächtig wie das „russländische Narrativ“ akzeptiert wird und identitätsbildend wirkt. Mit dem Handeln des Präsidenten zeigen sich 2023 im November 85% der durch Lewada am Telefon befragten Menschen in Russland zufrieden, das sind 5% plus im Vergleich zum September, als noch 17% gegen ihn sprachen. Das tun im November nur noch 13%. Selbst bei allem Misstrauen in die Ergebnisse von Umfragen und Wahlen in Russland muss man davon ausgehen, dass Wladimir Putin seit seiner Wiederwahl 2012 zu keinem Zeitpunkt das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit verloren hat. Langfristig belegen die Umfragen, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist: die Erhöhung des Rentenalters 2018 quittierte die Bevölkerung als Verrat Putins mit Protesten und Umfragewerten zwischen 60 und 70%, die sich durch die Covid-Pandemie hielten. Das „Phänomen Putin“ ist aber durchaus erklärbar. Es basiert zuerst auf sozialen Erfahrungen der als traumatisch erlebten „Ära Jelzin“ nach dem Ende der UdSSR 1991 und dem daraus folgenden Zusammenbruch von Staat und Ökonomie. Danach gelang es der Macht im Kreml mit Putin, das Land zu stabilisieren und die Lebensverhältnisse für die breite Bevölkerung zeitweise zu verbessern, mehr

oder weniger zu sichern, auch wenn die Korruption blieb. So entstand und blieb der Wunsch nach „Stabilität“ durch einen starken Staat. Das Bewusstsein für den entrichteten Blutzoll nach dem Überfall und dem Sieg über Hitlerdeutschland einerseits und der Verliererstatus nach dem Kalten Krieg andererseits begründen die Zustimmung zu Putins Außen- und Sicherheitspolitik. Und nach wie vor herrscht in der Gesellschaft die Illusion, der Präsident würde über den politischen Lagern stehen. Jenseits von Autorität, Repression und Populismus hinaus fußt Putins Popularität heute jedoch vor allem darauf, dass er in jeder Generation und jeder gesellschaftlichen Schicht seine Anhänger hat. Für alle relevanten politischen Parteien und Richtungen fungiert er als „Sicherheitsgarant“ und somit als eine Art kleiner gemeinsamer Nenner, je nachdem: Für Liberale, Neoliberale und russische Nationalisten ist er der Garant gegen die befürchtete Rückkehr von Kommunismus und Stalinismus. Für die KPRF garantiert er ein Minimum an Sozialstaat und das Fernhalten der Ultranationalisten von der Macht. Sein System bindet die Oligarchen ein und sichert ihre Profite, scheint sie jedoch irgendwie in Schach zu halten. Und fast alle schätzen Putin dafür, dass er Russlands Rolle international gestärkt hat und nicht – wie Jelzin – eine westliche Demokratie propagiert, die dem Land nur Verachtung, Unterwerfung und den Ausverkauf einbrachte.

Opposition, Protest und Gegenkultur existieren „unter dem Radar“ oder im Exil. Spaltungen zur Kriegsfrage gehen dramatisch durch alle Gruppen und Schichten der Intelligenzija, der Künstler_innen. Es gibt Abgeordnete wie Oleg Smolin (KPRF), Oleg Scheijn (GR) oder Wissenschaftler wie Alexej Gromyko, Chef des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften Russlands, die widersprechen und sich halten. Es gibt aber auch Boris Kagarlitzki, der seit Monaten ohne Anklage in Untersuchungshaft gehalten wird, aufgrund des Universal-Vorwurfs: „Verleumdung der russländischen Streitkräfte“. Und wieviele willkürlich Verhaftete sind unbekannt? Tatsächlich gibt es in der und um die KPRF noch Linke, die im Ergebnis des Krieges auf bessere Bedingungen für sozialistische Veränderungen oder mindestens bessere Sozialpolitik hoffen, aber derzeit abwarten. Ins Ausland emigrierte Menschen hoffen auf „Russland ohne Putin“ und „Russland wird frei sein!“. Haben aber – nach eigener Aussage – im Westen oft genug ihr Publikum, ihre gesellschaftliche Funktion verloren. Wer außerhalb Russlands nicht in den dort jeweils herrschenden Diskurs passt, wird auch dort ignoriert oder abgelehnt. In vielen persönlichen Gesprächen mit Emigrant_innen beschrieben sie mir gegenüber

ihre Situation als russländische Oppositionelle auch im Ausland als widersprüchlich, materiell schwierig und politisch aussichtslos. Sie möchten weder als Verräter der eigenen Familien und Leute noch als Repräsentant_innen „des Verbrecherstaates“ dastehen. Unabhängig arbeitende Wissenschaftler_innen, die in Russland geblieben sind, beklagen den Abbruch der direkten und digitalen Kommunikation durch Partner im Westen, besonders in Deutschland.

Kapitalismus im Krieg: Seit 2014 haben Sanktionen und Wirtschaftskrieg gegen Russland ihr Ziel, den Staat zu ruinieren und zu schwächen, nicht erreicht. Sie wirken widersprüchlich. Natürlich trug die Bevölkerung die Folgen: Teuerung, Inflation, Engpässe bei Computertechnik und Arzneimitteln zum Beispiel. Landwirtschaft und Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus eigener Produktion konnten dagegen stabilisiert und gesichert werden. Abgesehen vom ökonomischen Bumerang für die EU-Sanktions-Staaten inklusive Deutschland ist aber damit auch ein Umbau der russländischen Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit oder Gerechtigkeit ferner denn je. Ebenso Erfolg im Kampf gegen Korruption. Wenn Russland auf kapitalistischem Weg in der globalen Konkurrenz um Machtdominanz nicht mithalten kann, verliert es durch die jetzige Politik mögliche Träger einer nachhaltigen, sozialen, humaneren Entwicklung „danach“, sowohl von innen als auch von außen.

Und russländische Alternativen von innen? Je länger der Krieg dauert und die Opfer zunehmen, wenn militärische und wirtschaftliche Geländegewinne ausbleiben, wird das offizielle russländische Narrativ zerbröseln. Derzeit spielt die Politik des sogenannten Westens der Macht in Moskau noch in die Hände, man kann sich als Opfer der Anderen darstellen, als betrogen und umstellt, und die eigene Verantwortung für falsche Politik verdrängen. Solange die politische Depression der Linken weiter anhält, marschiert der patriotisch- bis nationalistisch gefärbte Konservatismus in Russland weiter ungebremst. Er dringt selbst in bisher progressive gesellschaftliche, international orientierte Schichten ein, durchaus spiegelbildlich zu Entwicklungen hierzulande.

Die Kombination aus autoritärer Politik und aggressiv propagierten national-konservativen Werte mit der staatlichen Konzeption „*Russkij Mir*“ steht und wirkt inzwischen der multiethnischen russländischen Realität und Identität der Menschen entgegen. Möglicherweise werden sie den Vielvölkerstaat „Rossija“, also die Russländische Föderation, nicht davor bewahren können, sich in Richtung eines russischen Nationalstaates zu

entwickeln. Dies könnte in autonomen Republiken und Gebieten jeweils eigene ethnische Konflikte und nationalistische Tendenzen hervorbringen oder verstärken.

Suchbewegungen in der Sackgasse

Im Frühjahr 2023 wurde die *neue Außenpolitische Strategie Russlands* offiziell vorgestellt und beschlossen. Damit ist die Abwendung vom sogenannten westlichen Entwicklungsmodell vollzogen und Russlands Selbst-Zuordnung als stabiler Partner der EU obsolet. Die Priorität der eigenen Entwicklung mit Ausrichtung auf China, Indien, Lateinamerika wurde manifestiert. Der einstige Plan B (Eurasien und BRICS plus) wurde zur alleinigen strategischen Grundlage. Russland stellt das als Folge des Verrats durch den transatlantischen Westen dar, mit dem dieser darauf abzielt, „Russland auf jede erdenkliche Weise zu schwächen, seine schöpferische zivilisatorische Rolle, seine Macht, seine wirtschaftlichen und technologischen Fähigkeiten zu unterminieren, seine Souveränität in der Außen- und Innenpolitik einzuschränken und seine territoriale Integrität zu zerstören. Dieser westliche Kurs ist inzwischen allumfassend und auf der Ebene der Doktrin verankert. Die Russische Föderation hat ihn nicht gewählt. Russland betrachtet sich nicht als Feind des Westens, isoliert sich nicht von ihm, hegt keine feindlichen Absichten ihm gegenüber und erwartet, dass die Staaten der westlichen Gemeinschaft in Zukunft die Sinnlosigkeit ihrer Konfrontationspolitik und ihrer hegemonialen Ambitionen erkennen, die komplexen Realitäten einer multipolaren Welt berücksichtigen und zu einer pragmatischen Interaktion mit Russland zurückkehren.“

Die Vision vom gemeinsamen Wirtschaftsraum „von Lissabon bis Wladiwostok“ ist damit genauso krachend gescheitert, wie sich die bis vor kurzem noch unerschütterliche Hoffnung Russlands auf die privilegierte wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit der Bundesrepublik Deutschland als ökonomische Vormacht Europas als Illusion erwies. Diese vorerst endgültige Entscheidung und relevante Weichenstellung verdient es, an anderer Stelle im Hinblick auf mögliche Entwicklungen *nach* einer Waffenruhe in der Ukraine genauer analysiert zu werden. Die Darstellung Putins hierzu als irrational oder sprichwörtlich als „Fuchs, dem die Trauben zu hoch hängen“ und der sie – den Westen - deshalb als zu sauer verschmäht, wird der Tragweite der Strategie nicht gerecht. Erste Argumente dafür liefert die Ausarbeitung von Wladimir Pawlenko „Was ist falsch am zivilisatorischen

Ansatz in der neuen Version der Konzeption der Außenpolitik Russlands?“, im dazu veröffentlichte Kommentar empfehlen Rainer Böhme und Wilfried Schreiber (beide WeltTrends) nachdrücklich, dass politische und diplomatische Akteure die Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit Russland in einer zunehmend multipolaren Welt suchen mögen.

Russland ist an der Seite Chinas nicht ebenbürtiger, sondern ökonomisch schwächerer Partner und davon abhängig, seine Rolle als Rohstofflieferant und Markt spielen zu können. Solange seine strategische Neuorientierung nicht einhergeht mit der kritischen Analyse der eigenen Politik und Wirtschaft der letzten Jahrzehnte, kann es nur mehr vom Falschen geben. Dem Macht-System in Russland ist es über zwanzig Jahre nicht gelungen, den Reichtum an Ressourcen und die Gewinne aus deren Verkauf dazu zu nutzen, die Wirtschaft nachhaltig zu modernisieren, um internationale Macht nicht nur auf Abhängigkeiten durch Handel und militärischer Stärke aufzubauen. Das durch die Kriegswirtschaft forcierte „Weiter so“ ist tatsächlich keine Umkehr, sondern führt ökonomisch und außenpolitisch tiefer in die Sackgasse.

Die Suche nach neuen Wegen, Auswegen oder Alternativen für Russland würde einen Realitäts-Check von innen und außen und eine Debatte voraussetzen, die öffentlich während des Krieges dort kaum geführt werden wird.

Und so musste auch das Papier *„Reifeprüfung – oder: Eine (Welt)Ordnung, die es noch nie gab. – Phantasie über eine Zukunft ohne Hierarchien“* mehrerer Autoren ausdrücklich als „Utopie“ erscheinen. Es war zur 20. Tagung des konservativen Waldai-Klubs im Oktober 2023 in Sotschi mit gewisser Spannung erwartet worden, da Waldai-Macher Fjodor Lukjanow und seine Kollegen weltweit als in Russland einflussreiche Experten gelten, er selbst sich aber eine gewisse Unabhängigkeit von der „Macht im Kreml“ bewahren konnte und nicht zu Extremen neigt. Die Utopie-Ausarbeitung von Sotschi taugte dennoch nur fürs Schaufenster. Aus der Darstellung „einer Welt ohne Sieger und Besiegte“ folgt wenig, wenn reale Politik und der eigene Präsident trotz Atomkriegsgefahr die Welt nicht *anders* sehen, denken und wahrnehmen wollen. Im Papier wird die internationale Ordnung als Hierarchie dargestellt, deren Strukturen und Polarisierung als Ergebnis der heute existierenden Hierarchie der Mächte. Die Autoren definieren diese Hierarchie zu Recht als auslaufende, überholte Beziehungsart und -struktur und suchen ein neues Verständnis von Abhängigkeit und Offenheit. Ausgesuchte Wirtschaftszahlen sollen als

Argumente dienen. Auf den Punkt gebracht werben Lukjanow und Co. damit für eine polyzentrische Welt, in die Russland wiederum nur mit seinen Bodenschätzen und Potentialen viel einzubringen hat.

Der tiefe Griff in die Geschichte zur Absicherung ihres Plädoyers für Koexistenz auf Grundlage einer Definition Russlands als eigener Zivilisation überzeugt nicht. Ja, Länder und Regionen heute lassen sich nicht nach einer Schablone entwickeln oder in ein Prokrustesbett legen, das allein der Mächtigste für sie gezimmert hat. Das „Ende der Geschichte“ ersetzen die Autoren durch das „Ende der Hierarchien“: Alle Staaten kooperieren zum gegenseitigen Nutzen, schreiben sich gegenseitig keine Ordnungen vor und konkurrieren nicht um Territorien und Machtbereiche. Militärisch sei die Welt längst schon polyzentrisch, der Mächtige – gemeint sind die USA – müsse einsehen, dass er das Machtspiel auf die Spitze getrieben hat. Den 24. Februar 2022 benennen die Autoren als Wendepunkt und stellen fest, dass man beim Ukraine-Konflikt um die globale Militärübermacht ringt. Russland hat – aus ihrer langfristigen Perspektive – mit seinem Angriff nur reagiert.

Im Stil des russländischen Positivismus wird hier eine Utopie im Rahmen des heutigen globalisierten Kapitalismus geliefert, die vermutlich nicht einmal als ironische Provokation *der eigenen und fremden Mächte* gelesen werden kann. Sie ist der Versuch, aus der Defensive heraus der realen Politik Russlands eine nichtreligiöse ideologische Hülle zu verpassen. Mit der Grundannahme, Traditionen seien unveränderbar, landen die Autoren in der national-konservativen Ecke: die Dominanzmächte der Zivilisationen sollen den jeweils anderen eine „eigenständige Entwicklung“ garantieren. Präsident Putin reichte es dann in Sotschi auch, sinngemäß zu sagen: *Uns geht es um die Prinzipien der internationalen Weltordnung, von der mehr als nur die USA / NATO-EU-Staaten profitieren sollen. Und Wir in Russland – multikulturell und multireligiös – zeigen schon lange, wie das geht und lassen uns nichts mehr vorschreiben, schon gar keine Doppelstandards.*

Der Waldai-Klub in Sotschi liefert keine realitätstüchtigen Auswege aus der Sackgasse, in die sich Russland gesellschaftlich, ökonomisch und militärisch manövriert hat. Sie zeichnen ideologische Landschaften, in denen sich ein geschwächtes Russland in neuen geopolitischen Bündnissen verorten und Stärke demonstrieren kann, ohne die historischen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen anzupacken, über denen zudem ein permanentes Welt-Kriegsregime droht.

Nach einem Jahr Krieg setzte *Boris Kagarlitzkij* mit seiner Einschätzung der Kriegsgründe eine zu Recht deutliche Gegenposition: „Als der Kreml 2022 seine Spezialoperation begann, ließ er sich weder von den imperialen Ambitionen leiten, noch zeigte er Bestrebungen, die UdSSR wiederherzustellen. Selbst wenn solche Ideen in einigen Köpfen reifen mögen, waren sie nicht ausschlaggebend – es handelt sich bei derlei Gedankenspielen eher um eine Methode der ideologischen Rechtfertigung der bereits getroffenen Entscheidungen.[...] Die Hauptursachen für den Beginn der Kriegshandlungen sind innenpolitischer Natur. Russland erlebt derzeit seine schärfste politische und ökonomische Krise. Darüber hinaus beginnt der Kampf um die Thronfolge.“ Und weiter: „Kriegshandlungen gestatten es, ein Notstandsregime einzuführen. [...] Der Kreml wollte das alte Rezept vom ‚kleinen siegreichen Krieg‘ nutzen, der dazu berufen ist, alle inneren Probleme auf einmal zu lösen und das Ansehen der Staatsführung zu erhöhen.“ (Kagarlitzki 2022: 64f.) – Die Methode ist bekannt und führte in Sackgasse. Weiter sind die mächtigen Männer im Moskauer Kreml bisher nicht gekommen.

Schluss-Folgerungen von links

Der Krieg in der Ukraine wird zu Ende sein, wenn er zu Ende ist: wenn einmal die Ergebnisse von Verhandlungen umgesetzt und in den Gesellschaften als Konsens akzeptiert werden können. Die nationale, ethnische Karte dabei weiter zu spielen, um den Konflikt um Gewinner und Verlierer weiter zu befeuern, bleibt ein gefährlicher und hinderlicher Irrweg.

Solange die Waffen nicht schweigen, können die Menschen weder in der Ukraine noch in Russland über ihre Interessen, politische Kompromisse oder Konsense nachdenken. Kriegsgeschehen schließt Demokratie und Menschenrechte auf allen Seiten aus.

Derzeit würde wohl die Mehrheit der russländischen Politik und Gesellschaft es nicht akzeptieren, im Ergebnis von Verhandlungen die östlichen Gebiete der Ukraine und die Krim vollständig „aufzugeben“. Das aber kann und darf nicht die Weigerung von Politiker_innen weltweit rechtfertigen, offensiv, ununterbrochen und gewaltfrei mit allen am Krieg beteiligten und unterstützenden Seiten die Bedingungen für einen Waffenstillstand und das Danach auszuloten. Für uns in Deutschland und der EU heißt das, uns kompromisslos und radikal gegen die Kriegspolitik aller Regierungsparteien und der CDU/CSU zu stellen.

Folgen wir Rosa Luxemburgs Gedanken: „Es ist eben der Krieg als solcher und bei jedem militärischen Ausgang, der die denkbar größte Niederlage für das europäische Proletariat bedeutet“ (Luxemburg 1974: 158). Der Krieg selbst ist das Kriegs-Verbrechen. Wer ihn vorbereitet oder nicht verhindert, trägt dafür Verantwortung. Nicht erst seit dem Outing von Ex-Kanzlerin Merkel wissen wir, dass deutsche Regierungspolitik die Vorbereitung dieses Krieges nicht verhindert, sondern politisch befördert hat. Verletzt wurde das Gebot der Friedenspflicht im Grundgesetz. Die geforderte „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands hat intellektuelle, psychologische und materielle Seiten. Waffenlieferungen in einen laufenden Krieg und ihre schrille Begleitmusik, die Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger für den direkten Fronteinsatz überschreiten die rote Linie der Kriegsbeteiligung und sind ein Teil deutscher Kriegstüchtigkeit.

Das Versagen der Partei DIE LINKE und großer Teile der gesellschaftlichen Linken auf diesem Feld war nicht zufällig der letzte Anstoß für das Fortdauern ihrer existenziellen Krise.

Aktuelle Entwicklungen und Ereignisse müssen als Folge des Zerfalls der UdSSR nach dem Ende des Kalten Krieges gesehen und analysiert werden. Über Jahrzehnte ist es den linken Kräften in Europa nicht gelungen, *internationalistisch* – gemeinsam und solidarisch – um Aufklärung zu ringen, was die Geschichte der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages hinterlassen hat und wie ein neues Europa zu gestalten sein könnte. Linke Kräfte in Ost und West konnten der NATO-Osterweiterung, der EU-Außenpolitik und der Militarisierung von Denken und Politik auf der einen Seite genauso wenig entgegensetzen, wie dem Anspruch Russlands als Machtakteur im postsowjetischen Raum auf der anderen. Es lag auch am subjektiven Faktor: Es fehlten Interesse, Wissen und Kommunikation. Die Folgen der EU- und NATO-Politik erleichterten es Russlands Regierenden, „ihre“ Bevölkerung mehrheitlich vom neuen Konfrontationskurs zu überzeugen.

Linke Politik muss eigenständig den Grundsätzen von Humanismus und Menschenrechten, von Aufklärung und Gewaltfreiheit, von Emanzipation und Solidarität folgen. Machtkritik und Dissidenz gegenüber den Herrschenden im jeweiligen Land erfordern eine *eigene* analytische Perspektive, die herrschende Meinungen und Narrative immer infrage zu stellen hat und das Kielwasser der Herrschenden verlässt. Will die internationale Linke in dem sich herausbildenden globalen Kriegsregime überhaupt noch eine Rolle spielen, muss sie mit Hochdruck an der Bildung tragfähiger und wirkungsmächtiger internationalistischer Beziehungen

arbeiten. Sie darf sich nicht für die neue Blockbildung vereinnahmen lassen. Nicht erst der Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, dass Eskalationen oft jahrzehntelange Vorspiele haben, in denen der Krieg als Option immer präsent ist. Eine Linke, die sich im nationalen Rahmen bewegt, bleibt ohne Einfluss am Rand des Geschehens. Sie dann im Kriegsfall mehr oder weniger aggressiv im Namen der Menschenrechte, des Rechts auf (Selbst-)Verteidigung, der Werte und der Demokratie oder des Kampfes gegen Autokratien auf die Seite des „Vaterlandes“ zu schlagen, ist ein Irrweg, der an den Rand linker Theorie und Praxis geführt hat.

Literatur

- <https://www.levada.ru/2023/10/31/konflikt-s-ukrainoj-otsenki-oktyabrya2023-goda/>
- <https://www.levada.ru/2023/11/14/obshhestvennye-nastroeniya-oktyabr-2023-goda/>
- <https://www.levada.ru/2023/11/17/potrebitelskie-nastroeniya-v-oktyabre-2023-goda/>

Schwerpunkt

**40 Jahre W&F
Wissenschaft
für den Frieden**

- Déjà-vu nach 40 Jahren: Sozialabbau und Aufrüstung
- Frieden durch Dekarbonisierung? Schattenseiten der Energiewende
- In dystopischen Zeiten: Migration als demokratische Chance

**40 Jahre W&F
Wissenschaft für den Frieden**

- Déjà-vu nach 40 Jahren: Sozialabbau und Aufrüstung
- Frieden durch Dekarbonisierung? Schattenseiten der Energiewende
- In dystopischen Zeiten: Migration als demokratische Chance

64 Seiten | 12 € (druck) / 9 € (ePUB/PDF) bestellen unter: wissenschaft-und-frieden.de

- <https://www.levada.ru/2023/11/22/doverie-oprosam-obshhestvennogomneniya-i-gotovnost-uchastvovat-v-nih/>
- <https://www.levada.ru/2023/11/30/odobrenie-institutov-dela-v-stranerejtingi-politikov-i-partij-noyabr-2023-goda/>
- https://germany.mid.ru/de/rusger/russia/konzept_der_aussenpolitik_der_russischen_foederation/
- Barabanow, Oleg/ Bordatschow, Timofej/ Lukjanow, Fjodor / Suschenzow, Andrej/ Timofeejew, Iwan (2023): Reifeprüfung – oder: Eine (Welt)Ordnung, die es noch nie gab. Eine Utopie?– Phantasie über eine Zukunft ohne Hierarchien. (Russ.). <https://ru.valdaiclub.com/a/reports/attestat-zrelosti-2023/>
- Kagarlitzki, Boris (2022): Die Hauptursachen für den Beginn der Kriegshandlungen sind innenpolitischer Natur. Interview, in: Kasakow, Ewgeniy (Hrsg.) (2022): Spezialoperation und Frieden. Die russische Linke gegen den Krieg, Münster: Unrast Verlag.
- Luxemburg, Rosa (1974): Die Krise der Sozialdemokratie, in: Dies.: Werke, Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag.
- Pawlenko, Wladimir (2023): Was ist falsch am zivilisatorischen Ansatz in der neuen Version der Konzeption der Außenpolitik Russlands? In: Dresdener Gesammelte Kommentare zur Sicherheitspolitik (dgksp). Nr. 32, April 2023.
- Rebel, Anna (2022): Jenseits der Kreml-Propaganda, in: Z.- Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr.131, September 2022.



Welt Trends

Potsdamer Wissenschaftsverlag

verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

Wieder erhältlich! Die klassische Analyse diktatorischer Herrschaftssysteme von Juan J. Linz:

Totalitäre und autoritäre Regime



ISBN 978-3-947802-55-5 | 316 Seiten | 24,90 Euro

Anforderungen an eine Friedensordnung in Europa

Alexander Neu

Wenn man sich den desaströsen Status quo in Europa und weltweit anschaut, kommt man zu dem Schluss, dass die Welt und insbesondere das Alte Europa einen Tanz auf dem Vulkan vollführt. Und wenn man Auswege aus dieser höchst gefährlichen Situation suchen möchte, muss es darum gehen, Konzepte für eine neue Friedensordnung in Europa zu entwerfen. Der erste Schritt dorthin ist ein selbstreflektierender Blick zurück, um die gemachten Fehler zu identifizieren und die daraus notwendigen Lehren zu ziehen. Als Zeitpunkt ließen sich diverse Daten nennen. Ich denke, die eindeutigste Zäsur war das Ende des Kalten Krieges und die Teilung Europas 1989/91. Was waren die großen Ziele, was waren die hehren Versprechungen, was waren die wirklichen politischen Interessen und damit einhergehend die Wegmarken, die uns in die heutige Katastrophe geführt haben? Was lernen wir daraus? Und wie realistisch ist eine neue europäische Friedensordnung in welchem Zeitraum?

Viele Fragen, die es zu beantworten gilt, und gleichwohl nicht wirklich zufriedenstellend beantwortet werden können. Wohl aber sollen Antworten hinsichtlich der gemachten Fehler und Empfehlungen für die Zukunft skizziert werden.

Retrospektive: Friedensordnung Europa – mutwillig zerschlagene Chance

Ich habe überlegt, ob ich die Überschrift im ersten Kapitel „vertane Chance“ oder „verpasste Chancen“ nennen soll. Ich konnte mich für keines der beiden Adjektive entscheiden. „Verpasst“ wäre der Sache nicht angemessen. Ich verpasse meinen Bus oder meine Bahn, weil ich verschlafen oder getrödelt habe. „Verpasst“ spricht eher für eine Nachlässigkeit meines Handelns. Aber selbst das Adjektiv „vertan“ ist zu schwach, um das Handeln respektive das Nicht-Handeln des Westens zu umschreiben. Die heutige katastrophale Situation in Europa und der Welt ist nicht das Ergebnis einer Nachlässigkeit und auch nicht das Ergebnis eines Versagens. Es ist das Ergebnis eines gezielten Unterlaufens einer vernünftigen, auf Ausgleich und Kooperation zielenden Außen- und Sicherheitspolitik,

westlicher – auch und besonders europäischer – Politikentscheider angesichts einer Hybris nach dem Sieg über den Osten im Kalten Krieg. Daher trifft die Formulierung mutwillig zerschlagene Chance das Verhalten wohl adäquat.

Europäische Politikentscheider setze ich deshalb in das Zentrum meiner Kritik, weil letztlich Europa die Verantwortung für Europa trägt und tragen muss. Was denn sonst? Aber das Selbstverständliche ist leider nicht selbstverständlich. Mehr noch, das Selbstverständliche wird sogar als illusorisch oder antiamerikanisch diffamiert.

Auf globaler Ebene ist die gegenwärtige äußerst gefährliche Situation das Ergebnis einer egoistischen und auf die Aufrechterhaltung, ja sogar den Ausbau der westlichen, genauer US-Globaldominanz gerichteten Vorgehensweise. Die unipolare US-Weltordnung sollte auf ewig festgeschrieben werden. Und die Europäer bieten sich ohne Not als Handlanger US-amerikanischer Interessen an – selbst unter dem Aspekt, die eigenen Interessen Europas zu opfern. Ganz nach dem Muster: US-amerikanische Interessen sind auch primär europäische Interessen, denn wir leben ja in einer transatlantisch-liberalen Wertegemeinschaft. Wie man darauf kommt, dass die Interessen weitgehend identisch seien, entzieht sich meiner Analysefähigkeit. Ob die USA überhaupt die Beitrittskriterien für die EU erfüllen würden, wäre interessant zu prüfen (Stichwort: Todesstrafe).

Und in Europa hatten die westeuropäischen Entscheider nach dem Ende der Bipolarität die einmalige Chance, Europa unter Einschluss der Ukraine, Weißrusslands, Russlands und Jugoslawiens nach gesamteuropäischen Vorstellungen zu formen. Ein Europa des Friedens, ein Europa, das das Völkerrecht uneingeschränkt respektiert und lebt und ein Europa des Wohlstandes – kurzum ein Europa als Leuchtturm für den Rest der Welt. Westeuropa hätte sich ohne weiteres seine Souveränität zurückholen können, nachdem die Blockdisziplin weggefallen war. So, wie die osteuropäischen Länder sich ihre Souveränität von der UdSSR zurückgeholt hatten. Bedauerlicherweise aber nicht für eine gemeinsame europäische Souveränität, sondern, um sie dann wieder an eine andere Großmacht, die USA buchstäblich zu verschenken. Die politisch infantile Position, sich als Europäer – sowohl West- als auch Osteuropäer - einer Großmacht freiwillig zu unterwerfen, statt als eigenständiger Akteur die Regeln der internationalen Politik entscheidend mitzubestimmen, ist beachtlich. Mit dieser Selbstverzwergung wurde das gesamte Europa – mit Ausnahme der Russischen Föderation, Weißrusslands und Serbiens – in den Machtorbit

der USA integriert. Die friedliche und kooperative Herrschaft Europas über Europa hätte das Ziel sein müssen – wurde es aber selbstverschuldet nicht. Und das nicht, obschon noch 1991 ein vielversprechendes multilaterales Dokument für ein gemeinsames, zumindest kooperatives sicherheitspolitisches Europa erarbeitet wurde.

Charta von Paris vs. NATO-Osterweiterung

Noch im November 1991 wurde die „Charta von Paris“ verabschiedet. Diese Charta formalisierte eigentlich das Ende des Kalten Krieges und ein neues gemeinsames auf Kooperation aufbauendes Europa – sie stellte tatsächlich einen Quantensprung in der internationalen Politik, insbesondere für Europa dar. Die zentrale Aussage der Charta war: *„Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“*

Diese Aussage fordert ein kollektives, mindestens aber ein kooperatives Sicherheitsverständnis aller Staaten im KSZE/OSZE-Raum. Auch stand und steht diese Aussage und das Versprechen des Westens Moskau gegenüber, die Nato nicht zu erweitern, in Übereinstimmung mit dem Konzept der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit. Und selbst, wenn es seinerzeit und bis heute keinerlei Initiativen gegeben hat, diese Forderung institutionell und strukturell in Form einer tatsächlichen sicherheitskollektiven OSZE auszubauen, so ist diese Festlegung zumindest dahingehend zu respektieren, dass keinerlei unilaterale Maßnahmen ergriffen werden, die eine geteilte Sicherheit zugunsten der einen und zu Lasten der anderen Seite darstellen, und somit früher oder später in der Entstehung eines Kalten Krieges 2.0 münden – inklusive Rüstungswettlauf und Eskalationen, wie wir sie derzeit erleben. Aber bereits in dieser Charta wurde ein rhetorisch verquarntes Hintertürchen, ich behaupte „hineingemogelt“, der den kollektiven, mindestens kooperativen Ansatz untergraben sollte und tatsächlich untergräbt. Es ist der Satz, auf den sich westliche Politik und Medien immer wieder berufen: *„In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zum Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen.“*

Das heißt nichts anderes, als die freie sicherheitspolitische Bündniswahl. Hier also der Beitritt osteuropäischer Staaten zur NATO – mithin geteilte Sicherheit statt sicherheitskollektiver Strukturen. Warum die russischen Delegationsteilnehmer diesen Sargnagel in der „Charta von Paris“ nicht kapiert hatten, erschließt sich mir nicht.

Denn, beide Aussagen stehen konzeptionell und faktisch konträr zueinander: Entweder eine gemeinsame oder abgespeckt kooperative Sicherheit, mindestens jedoch ein entsprechendes Verständnis, oder aber Militärbündnis, was jedoch – in der Natur der Sache begründet – geteilte Sicherheit bedeutet. Denn, wer nicht drin ist in der NATO, der ist draußen. Und wer draußen ist, gegen den richtet sich potentiell ein Militärbündnis. Diese Widersprüchlichkeit zwischen Sicherheitskollektiv (gemeinsame Sicherheit) und Militärbündnis (geteilte Sicherheit) ist nur dann identifizierbar, wenn man die konträren Konzeptionen zwischen Sicherheitskollektiv und Militärbündnis kennt. Da in den westlichen Regierungen und Mainstream-Medien diesem Satz entgegen dem Geist und den allermeisten Buchstaben der „Charta von Paris“ Priorität eingeräumt wird, ist die „Charta von Paris“ als formalisiertes multilaterale Dokument eines europäischen Neuanfangs aufgrund der exklusiven euro-atlantischen Ausrichtung faktisch zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Weigerung, die NATO zugunsten einer kollektiven Sicherheitsstruktur aufzulösen, wie auch der Warschauer Pakt aufgelöst wurde, hat dieses Dokument und somit seinen progressiven Geist zur Makulatur werden lassen. Mit der Erweiterung der NATO um die ersten drei Post-Warschauer-Pakt-Staaten (Polen, Tschechien und Ungarn) mitten im völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 wurde der „Charta von Paris“ der finale Todesstoß versetzt.

NATO-Osterweiterung. Der Grund für die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage Europas

Die NATO rechtfertigt ihre „open door“-Politik, also ihre Erweiterung, mit den Wünschen osteuropäischer Staaten, dem Bündnis beitreten zu wollen, und dies ausgerechnet mit Verweis auf die „Charta von Paris“. Aber, das ist nur ein Teil der Wahrheit. Ein weiterer Teil der Wahrheit ist, dass in den osteuropäischen Ländern, die nicht unbedingt der NATO oder den sogenannten euro-atlantischen Strukturen beitreten wollen, gerne auch nachgeholfen wird, Teil des politischen Westens zu werden: Der Putsch in der Ukraine zugunsten eines prowestlichen Regimes, die massive Unterstützung prowestlicher Politakteure in Moldawien, Georgien, im ehemaligen Jugoslawien oder auch Weißrussland bis hin zum „betreuten Regieren“ durch Anwesenheit westlicher Botschafter, insbesondere US-Botschafter, in den Kabinetts- und Parlamentssitzungen dieser Ländern.

Und der dritte Teil der Wahrheit ist, dass die NATO selbstverständlich nicht gezwungen ist, weitere Staaten in ihr Bündnis aufzunehmen. Sie kann Aufnahmebegehren auch ohne „Wenn und Aber“ ablehnen. Wenn es der NATO um Sicherheit und Stabilität in Europa gegangen wäre, hätte sie nicht nur ihre Erweiterung stoppen, sondern, wie bereits erwähnt, sich sogar zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitsraums auflösen müssen. Aber, die von den USA geführte NATO will weiter existieren und dominieren. Man erinnere sich, wie die NATO in den 1990er Jahren händeringend nach einer Legitimation für ihre Existenz nach dem Wegfall der Systemkonfrontation rang. Jugoslawien kam da als NATO-Betätigungsfeld schon recht. Und die Europäer waren und sind ganz dabei. Dabei ist die NATO nicht einmal ein Bündnis auf Augenhöhe ihrer Mitglieder. Im Gegenteil: Die NATO ist das Machtvehikel der USA in Europa. Mit Hilfe der NATO kontrollieren die USA nahezu den gesamten europäischen Kontinent – unter außen-, sicherheits-, geopolitischen und geoökonomischen Gesichtspunkten. Der unmittelbare Krieg Russlands gegen die Ukraine und der Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen hat die Europäer und auch die EU sogar noch tiefer in die selbstverschuldete Abhängigkeit gegenüber den USA via NATO geführt. Eine eigene Interessen verfolgende, souveräne EU-Außen- und Sicherheitspolitik ist heute weniger als in den 1990er und 2000er Jahren zu erkennen.

Ohne jegliche Selbstreflexion beteiligen sich unsere europäischen Regierungen entgegen den objektiven Interessen Europas an dessen außen- und sicherheitspolitischer Degradierung und Entmündigung. Man muss der Geschicklichkeit Washingtons schon Respekt zollen. Und die europäischen Politikentscheider oder besser gesagt Politikexekutoren? Entweder verstehen sie die Tragweite ihres Handelns nicht, oder aber sie beteiligen sich bewusst und gezielt an der Formierung Europas zum Wurmfortsatz der USA. Jedenfalls hat sich Europa gegenwärtig selbstverschuldet entmündigt. Selbstachtung und Würde? Fehlanzeige. Europäische (Un-)Sicherheit wird von einer raumfremden Macht organisiert, statt von den Europäern selbst. Vorstellungen von einem Europa als eigenständiger Akteur mit eigenen Interessen und als Mitgestalter der künftigen Weltordnung sind auf absehbare Zeit realitätsfern. Allein schon die freiwillige Aufgabe der energiepolitischen Souveränität Europas/Deutschlands und die Schaffung eines quasi-energiepolitischen Monopols Washingtons hat die Abhängigkeit von den USA erheblich

gefestigt. Wer die energiepolitische Abhängigkeit Europas mit Blick auf Russland kritisiert, diese aber hinsichtlich der USA nicht zu erkennen vermag, der sollte dringend noch mal die Schulbank drücken, um Zahlen richtig bewerten zu können.

Kurzum: Wenn die politischen Entscheider in Europa nicht nur nicht in der Lage, sondern auch nicht willens sind, für die eigene Sicherheit zu sorgen, eigene Ordnungskonzeptionen für das Wohl und die Stabilität des gesamten Kontinents zu entwerfen und nicht gewillt sind, daran effektiv zu arbeiten, sondern sich freiwillig und fortwährend in ein Abhängigkeitsverhältnis begeben, dann wird Europa in der Weltpolitik immer weniger ernstgenommen. Warum mit EU-Hänschen reden, wenn der US-Hans ohnehin das Sagen hat?

Neuanfang „nur“ nach Katastrophen? Erarbeitung erster Grundlinien für eine Friedensordnung von Europäern für Europa jetzt

Einen politischen Neustart in der jüngeren Geschichte hat es stets nach Katastrophen gegeben. Der erste und der zweite Weltkrieg stellten mehrdimensionale Katastrophen dar, an deren Ende ein Neustart in Europa, insbesondere in Deutschland stand. Der Umstand der Katastrophe als Veränderungsmotor ist im Atomzeitalter selbstredend problematisch. Denn im Zweifel endet die Katastrophe nicht im Neustart, sondern im nuklearen Armageddon. Angesichts dessen ist ein Neustart auch ohne vorherige – zumindest ohne nukleare – Katastrophe wünschenswert. Der Ukraine-Krieg stellt unstrittig eine solche Katastrophe dar. Es empfiehlt sich, einen nüchternen Blick auf die Welt- und Europakarte zu werfen. Denn dann stellt man objektiv fest, dass Russland – zumindest westlich des Urals – ein Teil Europas ist, war und immer sein wird – im Gegensatz zu den USA. Dementsprechend empfiehlt es sich, eine Friedens- und Sicherheitsordnung zu konzipieren, in der auch Russland, Weißrussland, die Ukraine und Serbien einen festen Platz haben, gleichberechtigt sind und legitime Sicherheitsinteressen im Geiste mindestens kooperativer Sicherheit verfolgen können. Und genau an dieser Notwendigkeit konzeptioneller Überlegungen zu einer Post-Ukraine-Kriegs-Ordnung für Europa arbeitet wohl niemand – zumindest nicht öffentlich. Bislang sind alle Seiten auf ihre Maximalziele, des Sieges über die Gegenseite fixiert. Abweichungen vom Idealbild des absoluten Sieges wären indessen für eine

gerechte Friedensordnung unvermeidbar. Abweichungen von der jeweiligen Siegesposition werden jedoch noch als Hochverrat – auch im Westen – interpretiert. Ein verantwortungsvolles, also kein gesinnungsethisches, Verständnis von Politik müsste jedoch damit beginnen, Umriss einer Friedensordnung zu zeichnen. Der Krieg kann noch Jahre dauern, aber er kann auch plötzlich beendet werden. Und ohne konzeptionelle Vorarbeiten für eine neue Friedensordnung stünde Europa blank dar. Es wäre eine europäische Sicherheitskonzeption ohne Europäer, die sich quasi selbstverschuldet erneut zu Zaungästen degradiert hätten. Ein US-amerikanisches „Friedenskonzept“ für Europa wäre im Zweifel ebensowenig den europäischen Interessen dienlich, wie ein US-amerikanisch-russischer Deal zur Beendigung oder zum Einfrieren des Krieges.

Darüber hinaus darf diese Friedensordnung nicht auf den Raum des direkten russisch-ukrainischen Krieges begrenzt bleiben. Dann wäre sie nur eine sub-regionale und nicht nachhaltige Friedensordnung, da sie die tieferliegenden Ursachen dieses Krieges ausblendete. Versteht man diesen unmittelbaren Krieg auch als Teil des Weltneuordnungsprozesses, mithin auch als Stellvertreterkrieg, dann erfordert dies eine umfassende gesamt-europäische Friedensordnung von Lissabon bis Wladiwostok. Die Grundlagen dafür könnte tatsächlich die „Charta von Paris“ stellen (minus der Formulierung für eine Militärallianz, also geteilter Sicherheit). Ein Neustart gewissermaßen. Dafür aber müssten die Europäer jedoch das eigenständige Denken – wieder - entdecken.

Anforderungen an eine Friedensordnung für Europa von Europa

Eigentlich könnte man den Beitrag angesichts des oben beschriebenen Zustandes europäischer und deutscher Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik genau hier beenden, da die Handlungsspielräume, aus dem US-dominierten Block auszubrechen, sich zu emanzipieren zunehmend geringer werden – wohlgemerkt selbstverschuldet.

Dennoch versuche ich eine mögliche Handlungsempfehlung zu geben. Zunächst stelle ich in gebotener Kürze die zwei möglichen Leitkonzepte für eine europäische Friedensordnung vor: Das idealtypische sicherheitskollektive und das realpolitische sicherheitskooperative Leitkonzept. Abschließend thematisiere ich das „Minenfeld“ der geistig-politischen Voraussetzungen für die Umsetzung einer europäischen Friedensordnung

im Rahmen der beiden Leitkonzepte. Meine Thesen erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, nicht einmal auf Richtigkeit. Sie sollen lediglich einen Denk- und Diskursanstoß befördern.

1. Sicherheitskollektives, mindestens sicherheitskooperatives Leitkonzept

Zwingend für eine Friedensordnung selbst ist ein sicherheitskollektives, zumindest aber sicherheitskooperatives Leitkonzept. Nämlich ein Konzept, das Sicherheit ausschließlich als ungeteilte Sicherheit begreift – und das ohne Hintertürchen. Im Folgenden möchte ich erstens die Wesensmerkmale einer sicherheitskollektiven und zweitens die Wesensmerkmale einer sicherheitskooperativen Architektur skizzieren:

Sicherheitskollektives Konzept: Begriff, Definition, Ziel und Methode

Der Begriff *System gegenseitiger kollektiver Sicherheit* (Sicherheitskollektiv) beschreibt ein Bündnissystem, das aus zwei oder mehreren Staaten, u. U. sogar allen Staaten der Welt besteht. Umfasst es nur zwei oder mehrere Staaten, so spricht man von einem regionalen Bündnis. Umfasst es die Mehrheit der Staatenwelt, so bezeichnet man es als globales bzw. universelles Bündnis.

Die UNO, wie auch zuvor der Völkerbund, verkörpern die Vorstellung eines globalen Sicherheitskollektivs – zumindest normativ und idealtypisch. Regionale Sicherheitskollektive mit adäquater Zweck- und Funktionszuschreibung hingegen existieren bis dato nicht.

Das Ziel eines Sicherheitskollektivs ist nicht die Sicherheit einzelner Staaten auf Kosten anderer Staaten, sondern die Sicherheit aller Staaten. Der Krieg muss als gemeinsame Gefahr für alle aufgefasst werden, der die legitimen Sicherheitsinteressen der gesamten Gemeinschaft berührt – Sicherheit wird als unteilbar betrachtet, d.h. nicht Sicherheit gegen andere Akteure zu organisieren, sondern Sicherheit gemeinsam zu gestalten.

Kollektiv ist auch die Methode. Kollektive Sicherheit betrifft nicht mehr allein das Verhältnis zwischen den Streitkräften eines Staates (und dessen Verbündeten) und seines eventuellen Gegners. Vielmehr geht es um die Etablierung einer internationalen Zusammenarbeit der Staaten im weitesten Sinne des Wortes (Deiseroth 2009). Entscheidendes Kriterium ist hier gegenseitiges Vertrauen und Empathie. Somit sind vertrauensbildende Maßnahmen, die die jeweiligen Bedrohungsperzeptionen in den Staaten und den Gesellschaften abbauen, von zentraler, ja konstitutiver

Bedeutung. Die stufenweise Entmilitarisierung des Vertragsraums stellt zunächst den zentralen Schlüssel dar. Hierzu gehören Abrüstungsverträge und Abrüstungskontrollverfahren, transparente Reduktion der Offensiv-Waffensysteme zugunsten von Defensiv-Waffensystemen. Am Ende des Prozesses muss/kann die Erkenntnis stehen, dass selbst defensive militärische Sicherheit keine substantielle Sicherheit bedeutet. Sogenannte *soft measures*, wie kultureller Austausch, müssen den Prozess komplementieren und letztlich dominieren, sie sind von wachsender Relevanz.

Sicherheitskooperatives Konzept – Lightversion des sicherheitskollektiven Konzepts

Wem das sicherheitskollektive Konzept zu visionär wirkt, dem ist zumindest das sicherheitskooperative System nahezubringen. Die Sicherheitskooperation geht ebenfalls davon aus, dass eine geteilte Sicherheit aufgrund des Sicherheitsdilemmas keine nachhaltige Sicherheit darzustellen vermag. Dieses Konzept berücksichtigt jedoch die Existenz von Militärblöcken und deren Beharrungsvermögen, weiter zu existieren. Es ist quasi der realpolitische Ansatz, trotz geteilter Sicherheit die Risiken einer Eskalation zwischen den konfligierenden Akteuren zu minimieren. Die Schlüsselbegriffe hierzu sind Empathie, gegenseitige Akzeptanz von Sicherheitsinteressen, multilaterale Rüstungskontrolle und Abrüstungsmaßnahmen, ggf. sicherheitspolitische und militärische Pufferzonen sowie die Respektierung der Souveränität aller beteiligten Staaten, d.h. eben auch Nichteinmischung in innere Angelegenheiten – kurzum die Respektierung der UN-Charta. Das Einmischungs- sprich in der UN-Charta fixierte Interventionsverbot hat seinen guten Grund: Es bildet eine zentrale Konfliktursache in der Staatenwelt. Eine zentrale Konfliktursache der Gegenwart ist der Universalisierungsanspruch westlicher Werte. Die friedenspolitische Notwendigkeit der Nichteinmischung hat bereits Immanuel Kant in seinem Werk „Vom ewigen Frieden“ im 5. Präliminarartikel des „ersten Abschnitt(s), welcher die Präliminarartikel zum ewigen Frieden unter Staaten enthält“ formuliert.

In der UdSSR wurde der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ angesichts der Erkenntnis, dass im Atomzeitalter Kriege zwischen Staaten, die über Atomwaffen verfügen, nicht mehr führbar seien, und der ideologische Antagonismus ausschließlich auf anderen Feldern als dem militärischem ausgefochten werden müsse. Eine entideologisierte, mithin rein pragmatische Neuauflage dieser friedlichen Ko-Existenz ist das konzeptionelle Minimum eines sicherheitskooperativen Leitkonzepts.

2. Essentielle Voraussetzungen einer nachhaltigen europäischen Friedensordnung

Meiner Meinung nach sind für eine echte und nachhaltige europäische Friedensordnung zwei Voraussetzungen unabdingbar.

Die erste Voraussetzung: Eine nachhaltige europäische Friedensordnung ist nur in einem Europa mit echter Souveränität möglich. Eine echte externe Souveränität bedeutet umfassende Handlungs- und Gestaltungsfreiheiten (in den Grenzen der UNO-Charta versteht sich) sowie erfolgreiche Abwehr externer politischer und militärischer Einmischung – sei es durch „Freunde“, sei es durch „Gegner“. Diese Handlungs- und Gestaltungsfreiheit beinhaltet eben auch die Konzeptionierung einer gesamteuropäischen Friedensordnung von Europäern für Europäer.

Dem geht notwendigerweise – zweite Voraussetzung – eine Entideologisierung der europäisch/deutsch-US-amerikanischen Beziehungen voraus.

Befreiung vom ideologischen Überbau des Transatlantismus

Die erste Anforderung wäre ein Erwachsenwerden der politischen Klasse in Europa und in Deutschland. Denn, wer eigenständiger Akteur in der Weltpolitik nicht nur rhetorisch, sondern auch operativ sein will, muss sich von seinem ideologisch basiertem Unterwürfigkeitsverhalten befreien. Ein überidealisiertes Bild von der deutsch-US-amerikanischen respektive europäisch-US-amerikanischen Partnerschaft bis hin zu einem ideologischen Transatlantismus macht blind und taub für die politische Wirklichkeit. Diese Blind-Taubheit erschwert es, die eigenen Interessen nüchtern und verstandesorientiert, mithin realpolitisch zu identifizieren und zu formulieren.

Zur Beschreibung der eigenen Interessen gehört sicherlich nicht die Identitätsbeschreibung US-amerikanischer Interessen mit den europäischen respektive deutschen Interessen. Dieses Identifizieren und selbstbewusste Formulieren eigener Interessen ist im globalen Interregnum, mithin des globalen Umbruchprozesses, besonders wichtig, um sich seinen Platz in der neuen Weltordnung zu sichern. Ist die neue Weltordnung erst einmal strukturiert, sind die Regeln gesetzt, ist faktisch geklärt, wer *Subjekt und wer Objekt in der Weltpolitik ist, dann ist es für Europa auf lange Sicht kaum mehr möglich, eigenständige, an eigenen Interessen orientierte Politik zu formulieren. Herfried Münkler sieht eine neue Pentarchie in der*

Welt und betonte: „Europa ist ein Sonderfall. Ich bin nicht sicher, ob sich die Europäische Union auf Dauer im besagten ‚Direktorium‘ wird halten können. [...] Eine Mitgliedschaft innerhalb der fünf globalen Führungsmächte ist aber kein Selbstläufer – eine Macht kann jederzeit herausfallen und durch eine andere ersetzt werden. Keine sonderlich angenehme Vorstellung, denn dann diktieren uns andere die Regeln.“ (Münkler 2023.)

Oder anders ausgedrückt: Vermögen es die USA, die Welt außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch zu entkoppeln, sie also aufzuteilen, ja geradezu zu bipolarisieren (vorzugsweise mit ideologischen und wertebasierten Argumenten – hier „gute“ Demokratien, dort „böse“ Autokratien/Diktaturen) und Europa darin an der Seite der USA als westlichen Block zu verpflichten, dann wäre Europa im Block der selbsternannten „Guten“ gefangen und sodann in seinen Handlungsspielräumen zum eigenen Schaden dauerhaft eingeschränkt bzw. vom Goodwill Washingtons abhängig. Die USA verstehen das Spiel der Realpolitik. Mehr noch, sie verstehen es auch hervorragend mit „Werten“ und der transatlantischen Ideologie zu spielen, um die naiven Europäer bei der Stange zu halten.

Europäische Souveränität

Außen-, wirtschafts- und handelspolitische Souveränität heißt, als Staat frei seine Kooperations- und Handelspartner gemäß der eigenen Interessenlage wählen und externe Einmischung erfolgreich abwehren zu können. Wie wenig souverän Europa in diesen Fragen ist, erweist sich auch im Verhältnis zu China. Es zeigt sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Das neue Zauberwort aus dem Munde der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hierfür ist „de-risking“ in wirtschafts- und handelspolitischen Fragen. Also, sämtliche handels- und wirtschaftspolitischen Beziehungen sollen auf eine Risikobehaftung überprüft und ggf. eingestellt werden, wie beispielsweise im Hochtechnologiebereich – siehe Huawei. Da ist zunächst einmal nichts gegen einzuwenden. „Zunächst“ deshalb, weil es nur selektiv auf China und ggf. andere nicht-westliche Staaten Anwendung finden soll. De-risking wäre indessen ein gutes Instrument, wenn es auf alle handels- und wirtschaftspolitischen Beziehungen Anwendung fände, losgelöst von der ideologischen und instrumentellen Komponente. Denn, dass die USA auch ihre Freunde beobachten, ist spätestens durch die Snowden-Enthüllungen nicht mehr zu bestreiten.

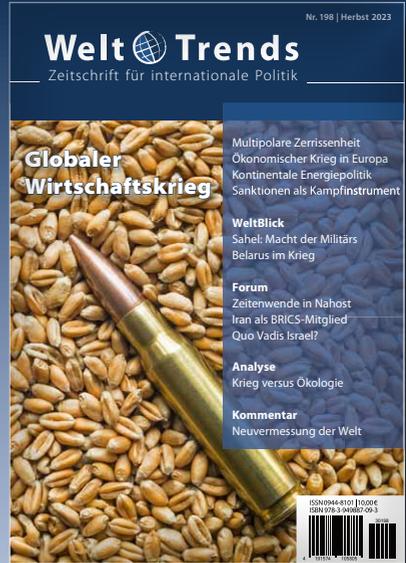
Nur dann wäre „de-risking“ ein Instrument der Demonstration von Stärke und Souveränität. Am Beispiel Huawei's kommt es noch besser: Laut Medienberichterstattung ist Huawei wohl auch auf US-amerikanischem Druck aus Europa abgezogen (Cerulus/ Wheaton 2022). Also eine direkte und erfolgreiche US-Einmischung in europäische Angelegenheiten. Dass zeigt, wie wenig Europa seine Souveränität selbst ernst nimmt.

Fazit

Eine Entideologisierung der europäisch-US-amerikanischen Beziehungen sowie eine Zurückholung europäischer und deutscher Souveränität heißt nicht, dass die Beziehungen zu den USA eingestellt werden sollten. Dafür gibt es keinen Grund – das wäre unpolitisch. Es heißt aber, dass diese Beziehungen, von einseitig romantischer Lyrik befreit, durch eine rationale und nüchterne Brille betrachtet sowie auf eine gesunde Stufe gestellt werden. Also Realpolitik, statt wertebasierte Romantik. Europa muss für sich selbst Verantwortung übernehmen. Und damit ist nicht nur EU-Europa, sondern tatsächlich der gesamte Kontinent gemeint, denn nur dann kann Europa eine eigene Souveränität ausstrahlen.

Literatur

- Cerulus, Laurens/ Wheaton, Sarah (2022): How Washington chased Huawei out of Europe, in: Politico vom 23. November 2022. <https://www.politico.eu/article/us-china-huawei-europe-market/>
- Deiseroth, Dieter (2009): Fundamentale Differenz. Ist die NATO ein Verteidigungsbündnis oder ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“? In: Wissenschaft und Frieden, Nr. 1/2009.
- Münkler, Herfried (2023): Fünf Mächte werden die neue Weltordnung bestimmen. Interview, in: T-Online vom 17. Oktober 2023. https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100251602/usa-china-russland-indien-eu-experte-ueber-die-neue-weltordnung.html.



Lateinamerika in einer künftigen Weltordnung und die deutsche Zeitenwende

Raina Zimmering

Das viel strapazierte Wort der „Zeitenwende“ sollte durch eine Gegenüberstellung mit anderen Regionen der Welt überprüft werden. Hat diese erst am 24. Februar 2022 begonnen? Oder vielleicht schon viel eher? Die „Zeitenwende“ wurde in Lateinamerika nicht abrupt, sondern eher allmählich durch die Machtverschiebungen in der Welt vom Norden nach Osten und Süden ausgelöst und hat diese umgekehrt mit verursacht.

Lateinamerika als Teil der globalen Machtverschiebungen

Der Kontinent, der bisher als „Hinterhof“ unumwunden zum Einflussgebiet der USA zählte und sich in einer asymmetrischen Abhängigkeit vom Westen befand, entdeckte für sich andere Prioritäten. Das nachlassende Interesse des Westens, der USA und EU-Europas, an der lateinamerikanischen Region und seine Interessenverschiebung in andere Gebiete wie den Nahen Osten, Osteuropa und Asien, führte zu dessen Einflussverlust (auch als „American Decline“ bezeichnet), der durch zwei sogen. „rosa Wellen“, die Machtübernahme von Mitte-Links-Regierungen mit einer auf Unabhängigkeit orientierten Außenpolitik, verstärkt wurde. In die „lateinamerikanische Zeitenwende“ fielen auch das wirtschaftliche Aufrücken Chinas, der wachsende Einfluss Russlands und anderer Mittelmächte wie des Irans, die den „leeren“ Raum ausfüllten, den USA und die EU hinterlassen hatten. Die lateinamerikanischen Länder überlebten vor allem mit chinesischer Hilfe die tiefe wirtschaftliche Krise, die als Folge der neoliberalen Entwicklung ausgebrochen war. Zwischen 2014 und 2019 ging die Wirtschaftsleistung Lateinamerikas um 70 Prozent zurück und nach der Coronakrise noch einmal um 25 Prozent. Chinesische und auch russische Investitionen und Kredite führten zu einer Entlastung der lateinamerikanischen Wirtschaften, wenn auch zu keiner vollständigen Erholung. Gleichzeitig verstärkten die lateinamerikanischen Länder die Süd-Süd-Zusammenarbeit, insbesondere innerhalb der BRICS, der G-20 und der G77 und bemühten sich um eine Renaissance

der regionalen Integration, die vor allem in der Gründung der CELAC¹ und in einer Wiederbelebung des Mercosur² zum Ausdruck kam. Durch eine Politik der Äquidistanz zu den Machtzentren und zu deren internationalen Organisationen wie der NATO, der G-7 und den Gipfeln von Davos und das globale Agieren im Sinne eines „Active Non-Aligment“ erwarben die lateinamerikanischen Länder mehr Autonomie gegenüber den westlichen Zentren und erhöhten ihr außenpolitisches Gewicht in der internationalen Politik. Die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen sind Teil dieses Prozesses und bewegen sich zwischen den Polen der Akzeptanz der gewachsenen Autonomie Lateinamerikas und des Strebens nach politischer und wirtschaftlicher Dominanz. In diesem Beitrag möchte ich die Frage behandeln, welche Chancen und Risiken für die Persistenz und Resilienz der Autonomie der lateinamerikanischen Länder in der Welt bestehen und, davon abgeleitet, ob Deutschland seine spezifischen Interessen in Lateinamerika durchsetzen kann.

1. Die Äquidistanzpolitik lateinamerikanischer Staaten

Die wachsende Autonomie der lateinamerikanischen Staaten in der Welt, durch die sie sich aus der westlichen Umklammerung ein Stück weit lösen konnten, wurde durch Diversifizierung und Multipolarismus erreicht. Die Intensivierung der Beziehungen zu China steht dabei an erster Stelle und Russland an zweiter. Gleichzeitig näherte sich Lateinamerika an andere Mittelmächte wie den Iran an, was in diesem Beitrag nicht berücksichtigt wird.

1.1. Chinesisches Vorrücken in Lateinamerika

Das Aufrücken Chinas in Lateinamerika kann man einerseits als wirtschaftliche „Vorwärtsverteidigung“ beider Partner in der Welt verstehen, die in zwei Bedürftigkeiten, einerseits dem Wunsch der lateinamerikanischen Staaten nach einer wirtschaftlichen Wiederbelebung und dem Interesse Chinas an seiner Versorgung mit Rohstoffen und der Erweiterung seiner Märkte und andererseits als gemeinsame politischen Strategie zur Stärkung von Autonomie, Multipolarität und der friedlichen Lösung von Konflikten, zusammenlaufen.

1 CELAC: Comunidad de America Latina y del Caribe, in dem alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten Mitglieder sind, und die USA und Kanada nicht. Die Organisation wurde 2011 gegründet und verfolgt das Ziel der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Kontinents.

2 Markt des Südens, dem Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay angehören.

China schwang sich um das Jahr 2010 zum zweiten Investor, Gläubiger und Handelspartner des Kontinents auf und überflügelte die USA in den Wachstumsraten auf allen drei Feldern. Chinas Handel mit Lateinamerika und der Karibik ist von 18 Milliarden Dollar 2002 auf 450 Milliarden im Jahr 2021 angestiegen, während der Handel mit den USA stagnierte. Bis 2035 wird ein Anstieg des Handels mit China auf 700 Milliarden US-Dollar erwartet (Grady 2023). In Brasilien, Chile, Uruguay und Peru ist China der größte Handelspartner. Nicht nur die Größenordnungen zählen hier, sondern auch die neuartige Struktur. Beim Handel gilt, dass nicht nur Rohstoffe, die niedrigere Einkünfte bringen, sondern auch verarbeitete und halbverarbeitete Produkte mit höheren Einnahmen für Lateinamerika nach China fließen. Das stellt für den Kontinent ein ertragreiches Geschäft dar. Damit im Zusammenhang steht die chinesische Investitions- und Kreditstrategie, die Infrastruktur und verarbeitende Industrie und Fertigungsketten ausbaut und nicht nur Extraktivismus betreibt. Zum Beispiel investierte China in den Lithiumabbau in Mexiko und gleichzeitig in chinesisch-mexikanischen E-Auto-Fabriken. Die E-Autos sättigen den nationalen mexikanischen Markt und fließen in den Export, was zu höheren Erträgen führt. Dasselbe geschah in Argentinien, dessen Lithium in Batteriefabriken verarbeitet wird. Diese wirtschaftlich vorteilhaften Kreisläufe werden durch ein besonderes chinesisches Kreditsystem gestützt. Wenn die lateinamerikanischen Staaten Zahlungsprobleme haben, profitieren sie von sog. Hilfs- oder Rettungskrediten mit langen Laufzeiten und niedrigen Zinsen. Außerdem zahlen die Länder in die „Belt & Road Bailouts“ ein, eine Art Versicherungssystem, aus dem die Schulden bei Zahlungsschwierigkeiten zurückgezahlt werden. Dieses Kreditsystem erfordert keine Neuverhandlungen mit dem Schuldner, wie das zum Beispiel beim Internationalen Währungsfonds (IWF) der Fall ist, und reduziert die Möglichkeit politischer Einflussnahme. Diese Praxis widerspricht den ständigen Behauptungen des Westens, China betreibe eine rigide Schuldenpraxis gegenüber Ländern des Globalen Südens im Sinne einer „Schuldenfalle“.

Für China bedeutete diese Art der Kreditvergabe oftmals ein finanzielles Verlustgeschäft, wie das Xi Jinping auf dem G-20-Gipfel in Indien 2023 erklärte. Der Nutzen für China besteht eher in dem strategischen Vorteil der Ausweitung seiner Märkte und wirtschaftlichen Wirkungsbereiche. Allerdings gingen auf Grund der Verluste der Handel, Kredite und Investitionen ab dem Jahr 2020 wieder zurück. Die uruguayischen

Exporte nach China reduzierten sich zum Beispiel im ersten Halbjahr 2023 um 46,2 Prozent (Goritti 2023). China agierte nun weniger breitflächig und orientierte sich mehr auf Schwerpunktländer bzw. strategische Schwerpunktgebiete. Anstatt der Dominanz staatlicher Unternehmen und Banken wächst nun der Anteil chinesischer Privatunternehmen und -banken, die staatlich kontrolliert werden. Hinzu kommt, dass die chinesische Wirtschaftskooperation in Übereinstimmung mit den BRICS und der G-77 nun stärker auf den Austausch in nationalen Währungen ausgerichtet ist. So wurde auf der Reise des brasilianischen Präsidenten Lula nach China im April 2023 ein Kredit von 6,5 Mrd. Yuan-Renminbi (rund 1 Mrd., 920 Mio. US-Dollar,) an Brasilien vergeben (Ramos 2023). In Brasilien können nun Bankguthaben in Yuan angelegt werden. Mit dieser Neuausrichtung der chinesisch-lateinamerikanischen Wirtschaftskooperation konnte bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Dollarabhängigkeit, besonders im Sinne der Verwendung des Dollars als politisches Druckmittel, zurückgefahren werden.

Für die lateinamerikanischen Staaten ist vorteilhaft, dass sie durch die staatliche Form der Regulierung nicht mit einer Vielzahl von Partnern verhandeln müssen, sondern es letztendlich mit dem chinesischen Staat zu tun zu haben. Mit Ausnahme der Forderung nach Akzeptanz des originellen chinesischen Interesses an der „Ein-China-Politik“, die völkerrechtlich in der UNO festgeschrieben ist, hat China im Gegensatz zu den westlichen Ländern und dem IWF bei der Umschuldung von Krediten keine politischen Forderungen an seine Wirtschaftspartner, wie Austeritätsprogramme oder die Änderung von inneren Wahlregimen. Eine Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder widerspricht der chinesischen Wirtschaftsstrategie und außenpolitischen Doktrin. Somit entwickelten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu China für Lateinamerika zu einer Win-Win-Situation.

Die Einbindung der lateinamerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen in ein festes, langfristig angelegtes, institutionell gut ausgebautes Organisationsregime besteht aus drei Elementen: der „Belt & Road Initiative“ (Neue Seidenstrasse), dem „China-Celac-Forum“ sowie den bilateralen Verträgen und Regierungsabkommen. Alle drei Ebenen greifen ineinander. Der Belt & Road-Initiative Chinas zur Bildung von Wirtschafts- und Entwicklungskorridoren in der Welt sind 22 von 33 lateinamerikanische Staaten beigetreten. Die Vertragsstaaten erlangen den Vorteil von Freihandelsverträgen, Vorzugskrediten und nicht

rückzahlpflichtigen Wirtschaftshilfen für in Not geratene und kleine Länder. So schloss Argentinien zehn Verträge über Rettungskredite ab. Die lateinamerikanischen Mitglieder der „Belt & Road Initiative“ gehören unterschiedlichen politischen Lagern an. Mit Uruguay und dessen neoliberaler Regierung unter Luis Lacalle Pou laufen seit 2020 Verhandlungen über ein uruguayisch-chinesisches Freihandelsabkommen, die während seiner Reise nach China im November 2023 intensiviert wurden.

Das 2015 gegründete „China-Celac-Forum“ ist eine weitere Institution, die die regionale Wirtschaftskooperation zwischen China und Lateinamerika und der Karibik regelt. Das Forum tagte ohne Unterbrechung, auch über die Corona-Zeit hinweg, und bietet eine solide institutionelle Basis aus institutionellen Betriebsregeln, Kooperationsschwerpunkten, Gemischten Kommissionen, Aktionsplänen, die im Fünf-Jahres-Rhythmus wechseln, und jährlichen Ministertreffen (Romero-Castillo/ Hamann 2015).

Regierungsabkommen zu verschiedenen Schwerpunkten legen die strategisch übergreifenden Hauptrichtlinien der Wirtschafts-Kooperation fest. Durch diesen netzwerkförmigen Mechanismus können die Partner auf die jeweiligen nationalen Bedürfnisse eingehen und gleichzeitig die praktische Umsetzung einvernehmlich regulieren. Dies bedingt auch die Wandlungsfähigkeit Chinas in Lateinamerika sowie den Wechsel von einem rein extraktivistischen Modell zu Fertigungsketten. Damit lässt China das westliche Investitions- und Kredit-Modell hinter sich, schafft neue Standards und erzeugt Druck zur Nachahmung.

Auch die durch den Westen immer wieder angemahnten umweltzerstörenden Praktiken Chinas bei der Erschließung von Megaprojekten in Lateinamerika wickeln sich mehr und mehr um die Umwelt bewahrenden Verhaltensweisen Chinas in Lateinamerika, was während der Besuche des brasilianischen Präsidenten im April 2023 und des kolumbianischen Präsidenten im September 2023 in China sichtbar wurde. Maßnahmen gegen die Entwaldung des Amazonasgebietes und der Ausstieg aus fossilen Energieträgern haben dabei Priorität, wie das an der Lieferung von chinesischen Beobachtungssatelliten zum Schutz des Amazonas sichtbar wird. Die lateinamerikanischen Staaten profitieren trotz Abhängigkeiten und asymmetrischer Wirtschaftsbeziehungen zu China von der anderen Art eines chinesischen Kapitalismus. Auch wenn die Wirtschafts- und Finanzkrise in China seinen Wachstumseffekt in Lateinamerika einschränkt, so wird das über zwanzig Jahre gewachsene Kooperationssystem längere Zeit

Bestand haben und ein entscheidender Faktor bei der Stärkung der lateinamerikanischen Autonomie gegenüber westlichen Staaten sein.

1.2. Intensivierung der Beziehungen zu Russland

Auch Russland ist innerhalb des Autonomie-Strebens Lateinamerikas zu einer strategischen Größe herangewachsen. Lagen die Beziehungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eher am Boden, so erholten sie sich ab Mitte der 2000er Jahre. Besonders nach der Krimbesetzung 2014 erlangte Lateinamerika Bedeutung als strategische Reserve und Markt für Russland. Es sieht Lateinamerika als Partner einer „Schicksalsgemeinschaft“, die sich dem Hegemonieanspruch der USA entgegenstellt. Auch für Lateinamerika ist Russland als strategischer Gegenspieler der USA und als wichtiger Handelspartner in volkswirtschaftlich relevanten Gebieten von wachsender Bedeutung.

So tätigt Brasilien 85 Prozent seiner Düngemittel-Importe und andere Staaten wie Mexiko und Argentinien einen beträchtlichen Teil aus Russland. Exportlinien nach Russland beeinflussen ganze Volkswirtschaften der lateinamerikanischen Länder. So exportieren Argentinien 35 Prozent seiner Mandarinen und 20 Prozent seiner Zitronen, Brasilien 37 Prozent des Sojas und 21 Prozent des Zuckers (Meneses 2022), Uruguay 70 Prozent seiner Milchprodukte (Serrichio 2022), Paraguay 40 Prozent seiner Fleischprodukte (Barrios 2022) und Ecuador 40 Prozent seiner Bananen nach Russland. Nach einem anfänglichen dramatischen Einbruch des Russlandhandels nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges wurden kurzfristig alternative Handelsruten gefunden. Die russischen Exporte nach Lateinamerika sind 2022 trotz des Ukraine-Krieges um 3,8 Prozent gewachsen, wodurch besonders die Düngemittel- und Erdölimporte aus Russland zunahm. Der Import russischen Weizens steigerte sich 2022 sogar um 48,8 Prozent (ebenda). Der Handel zwischen beiden Partnern hatte sich seit dem Ukraine-Krieg insgesamt um 25 Prozent erhöht. Russische Investitionen finden, ähnlich wie bei China, auch im Infrastrukturbereich statt. Ein Beispiel ist die Errichtung des bolivianischen Kernkraftwerkes in El Alto in Bolivien (Jofré Leal 2023).

Auch die politischen Beziehungen zu Russland intensivierten sich, was in gegenseitigen Staatsbesuchen und dem „Russland-Celac-Forum“ zum Ausdruck kommt. Seit 2014 waren Putin dreimal und Lawrow mehrfach in Lateinamerika. Kurz vor Ausbruch des Ukraine-Krieges besuchten der

linke argentinischen Präsident Alberto Fernandez und der rechte brasilianischen Präsident Jair Bolsonaro Russland. Der argentinische Präsident bot an, dass Argentinien „das Tor Russlands zu Lateinamerika“ sein möchte. Mit Bolsonaro wiederum vereinbarte Putin den Bau mehrerer Kernkraftwerke und eine technologische Zusammenarbeit in Spitzenbereichen wie Bio- und Nanotechnologie, künstliche Intelligenz und Informationstechnologie.

Die Aussagen Lawrows zu Lateinamerika nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges machen die Ziele dieser Kooperation deutlich: „Und jetzt entwickeln wir mit all unseren Freunden, mit all unseren Partnern neue Ansätze zum Aufbau von Lieferketten, neue Ansätze zur Finanzierung und zum Bankwesen, die in keiner Weise von den Launen der Vereinigten Staaten abhängen.“ (Cubadebatte 2023) Vor seinem Besuch in Brasilien, Venezuela, Kuba und Nikaragua im April 2023 äußerte der russische Außenminister: „Für uns haben Lateinamerika und die Karibik einen eigenen Stellenwert im Rahmen unserer Außenpolitik. Wir wollen nicht, dass ihre Region zu einem Schlachtfeld zwischen den Mächten wird.“ (Lawrow 2023)

2. Wachsendes Engagement Lateinamerikas auf globaler Ebene

Ausdruck der wachsenden Autonomie der lateinamerikanischen Staaten ist sowohl eine vom Westen unabhängige Haltung in den relevanten internationalen Konflikten wie dem Ukraine- und dem neuen Nahost-Krieg als auch das wachsende Gewicht bei der Süd-Süd-Kooperation innerhalb der BRICS, in der Gruppe der G-20, der G-77, der COP28 und in der Frage der Atomwaffenfreiheit.

2.1. Die Haltung zum Ukraine-Krieg

Alle lateinamerikanischen Staaten lehnten in der UNO die Invasion Russlands in die Ukraine ab. Keiner der lateinamerikanischen Staaten hatte gegen die UN-Resolution vom März 2022 votiert. Doch waren die lateinamerikanischen Staaten bei eben dieser Resolution und allen weiteren nicht zu einer „Verurteilung Russlands“ bereit. Die lateinamerikanischen Staaten erachten das „Recht der Staaten auf nationale Sicherheit“ und das „Recht auf nationale Souveränität und territoriale Integrität“ der UN-Charta als gleichwertig. In dem unentwegten Vorrücken der NATO an die Grenzen Russlands und dem Wunsch der Ukraine, der NATO beizutreten, erkannten die lateinamerikanischen Staaten eine

geostrategische Gefahr für Russland und beklagten den nicht vorhandenen Willen des Westens, mit Russland zur Konflikteindämmung und Kriegsvermeidung nicht verhandelt und auf einen neutralen Status der Ukraine hingewirkt zu haben. Somit sehen sie den Westen, die Ukraine und Russland als gleichermaßen schuldig am Krieg an (Polémicas declaraciones 2022).

Alle lateinamerikanischen Staaten verweigerten eine Beteiligung an Wirtschaftssanktionen gegen Russland und lieferten trotz westlicher Bitten keine Waffen und Munition an die Ukraine (Guzmán 2023). Lateinamerikanische Friedensvorschläge für den Ukraine-Krieg, die das erste Mal vom argentinischen Präsidenten Fernández 2022 vor dem EU-Parlament, 2022 vom mexikanischen Präsidenten López Obrador auf der 77. UN-Vollversammlung und 2023 von dem brasilianischen Präsidenten Lula auf der 78. UN-Vollversammlung vorgebracht wurden, zeigten das Bestreben, sich auf globaler Ebene als eigenes globales Gravitationszentrum einzubringen. Lula verhandelte mit verschiedenen Ländern, unter anderem mit den beiden Konfliktparteien Russland und der Ukraine, aber auch mit den USA, Frankreich und Deutschland (Zuppello 2023). Alle lateinamerikanischen Friedenspläne forderten einen sofortigen Waffenstillstand und in der Folge Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien über Kompromisse. Damit befanden sie sich in Widerspruch zum Westen, der auf einen „Sieg der Ukraine“ setzte. Bei zukünftigen Verhandlungen könnten die lateinamerikanischen Friedenspläne erneut an Bedeutung gewinnen.

2.2. Die Haltung zum Nahost-Krieg

Die meisten lateinamerikanischen Staaten unterstützten die UN-Resolution vom November 2023 zu Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Hamas. Sie stellten sich damit dem Votum der USA, Großbritanniens und Kanadas entgegen. Führende lateinamerikanische Politiker betonen nicht die Terrorakte der Hamas, sondern verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gaza-Streifen als „Völkermord“ und „unverhältnismäßig“. Sie folgten damit nicht dem westlichen Argument des „Selbstverteidigungsrechts Israels“. Damit trugen zahlreiche lateinamerikanische Regierungen auch den flächendeckenden Massen-Protesten in ganz Lateinamerika gegen das Vorgehen Israels im Gaza-Streifen und gegen die US-amerikanische Unterstützung Rechnung.

2.3. Lateinamerika als Friedens-Macht

Die lateinamerikanischen Haltungen im Ukraine- und Gaza-Krieg basieren auf der generellen Friedenspolitik des Kontinents, der im Vertrag von Tlatelolco von 1967 über die Bildung einer Atomwaffenfreien Zone, die endgültig 2002 von allen lateinamerikanischen Staaten und allen traditionellen Atommächten ratifiziert wurde. Die Produktion, Lagerung, der Handel und die Anwendung von Atomwaffen auf dem Territorium Lateinamerikas und der Karibik sind verboten. Auf der Grundlage dieses Vertrages entwickelten sich die lateinamerikanischen Staaten zu einem Zentrum der friedlichen Regelung von Konflikten und der Atomwaffenfreiheit auf internationaler Ebene. Sie erklärten sich 2014 zur „Internationalen Friedenszone“ und traten dem „Kernwaffenverbots-Vertrag“ (IFSH) bei, der 2021 in Kraft trat und dem bis heute über 63 Staaten angehören. Beim Zustandekommen des Verbots-Vertrages spielte Lateinamerika mit dem Ziel der Ausweitung des Vertrages von Tlatelolco auf die ganze Welt eine Initialrolle. Das Streben der Ukraine nach Atomwaffen und der Besitz Israels über diese Waffen beeinflusst die lateinamerikanischen Haltungen im Ukraine- und neuen Nahost-Krieg.

3. Wachsende Süd-Süd-Kooperation

Die wachsende Autonomie der lateinamerikanischen Staaten und die Zunahme ihres außenpolitischen Gewichts zeigen sich auch in ihrem Engagement in internationalen Organisationen, in denen Länder des „Globalen Südens“ agieren. Dazu zählen besonders die G-20, in der Argentinien, Mexiko und Brasilien als „Schwellenländer“ Mitglieder sind. Eine Reihe weiterer lateinamerikanischer Staaten wie Venezuela, Kolumbien und Chile haben Interesse, dieser Gruppe in Zukunft beizutreten. In der G-20, der auch die führenden Industrieländer angehören, stimmt Lateinamerika zusammen mit anderen Schwellenländern für ihre Positionen im Ukraine- und Nahost-Krieg und für eine friedliche Multipolarität in den internationalen Beziehungen. Da sie in diesen Fragen zusammen mit China und Russland und gegen die USA und europäische Staaten abstimmen, verhinderten sie mehrmals Abschlusserklärungen oder formulierten sie, wie beim letzten Treffen 2023, im Interesse des „Globalen Südens“.

Lateinamerika kann sowohl als Bindeglied als auch als „Dämmblock“ zwischen dem Westen, China, Russland und dem „Globalen Süden“ betrachtet werden. Lateinamerikanische Länder – und damit der

Kontinent – sind nicht nur Mitglied in der G-20, sondern auch in der BRICS und der G-77 vertreten. Sowohl die Gruppe der BRICS-Staaten als auch die G-77, der die Mehrzahl der Staaten des Globalen Südens angehört, sind in diesen Organisationen miteinander verknüpft und können so gemeinsame Interessen des „Globalen Südens“ bündeln. Gerade die G-77 erfuhr nach einem Bedeutungsverlust auf ihrer letzten Konferenz in Havanna 2023 einen Neustart.

4. Die Reaktion der USA und der EU auf die wachsende Autonomie der lateinamerikanischen Staaten

US-Präsident Joe Biden proklamierte eine „neue Lateinamerika-Politik auf Augenhöhe“, die das in die USA verloren gegangene Vertrauen der lateinamerikanischen Staaten zurückholen und den Einfluss von China und Russland zurückdrängen sollte. Zunächst kam das einer „freundlichen Umarmung“ gleich, die unter dem Label gemeinsamer Interessenlagen in der Frage von Migration, Klimaschutz und Verbrechensbekämpfung vollzogen werden sollte. Auch die EU und westliche Organisationen, wie die G-7, das Weltwirtschaftsforum von Davos, die NATO mit der Strategie der „Globalen NATO“ und schließlich das EU-Celac-Forum starteten eine Charmeoffensive gegenüber Lateinamerika mit finanzwirtschaftlichen „Lock-Angeboten“.

Doch mit dem unabhängigen Auftreten lateinamerikanischer Staaten und den wachsenden Konflikte des Westens mit China und Russland änderte sich die Lateinamerika-Politik der Biden-Administration in Richtung einer Bedeutungszunahme militärischer Abschreckung. Das Süd- und Nordkommando der USA erfuhren 2022 und 2023 eine bemerkenswerte Aufwertung. Die Oberkommandierende der US-Südstreitkräfte, Generalin Laura Richardson, bestand auf der gewaltsamen Absicherung der Ressourcen Lateinamerikas für die USA, die durch China als den größten „böartigen Gegner bedroht“ würden. Da die USA gegenüber China auf militärischem Gebiet in Lateinamerika überlegen seien, sieht Richardson den „Haupthebel“ gegen chinesische und russische Einflüsse in der Sicherheitszusammenarbeit mit Lateinamerika und in einer militärischen US-Präsenz. Das sei das „einzige, was die VR China nicht tun kann“ (Weber 2023), wobei Schulungen lateinamerikanischer Militärs vor Ort, gemeinsame Militärmanöver und die Absicherung des Panamakanals, der Magellanstraße und der Drake-Passage durch das US-Militär im Vordergrund stehen (Atlantic Council 2023). Die Abschreckungsstrategie gegenüber

Lateinamerika wurde durch die Wiederaufnahme des Arguments der „Bedrohung der Hemisphäre“ im Sinne der Monroe-Doktrin auch in beiden Kammern des US-Parlaments ergänzt.

Mit dem „Western Hemisphere Strategic Security Act“ vom Februar 2022 wurde das Abschreckungs-Konzept in die Praxis umgesetzt (Stünkel 2022). Erste Ergebnisse zeigten sich bei den Vereinbarungen mit Kolumbien, Honduras, Panama, Uruguay, Ekuador und Peru 2023 über die Entsendung von jeweils 1000 US-Militärs. Die Aufstockung des Budgets für NGOs und Farbenrevolutionen durch USAID zur Bekämpfung unliebsamer lateinamerikanischer Regierungen und zur Unterstützung von US-affinen Regierungen ergänzt die Abschreckungspolitik.

Die Beziehungen Europas zu Lateinamerika folgten, ebenso wie die der USA, dem Ziel, den chinesischen und russischen Einfluss zurückzudrängen und eigene Einflussgebiete wieder zurückzuerobern, das heißt den Kontinent als strategische Reserve in den Konflikten mit China und Russland und als Rohstoff- und Arbeitskräftepotential auszubauen. Die EU war 2020 hinter China und den USA im Handel mit Lateinamerika auf Platz drei zurückgefallen. Europa bewegt sich nun zwischen Arbeitsteilung mit und, weit davon zurückgesetzt, Konkurrenz zu den USA. Während die USA gegenüber Lateinamerika ein militarisiertes Konzept einer Neo-Hegemonie verfolgen, arbeitet die EU an einer wirtschaftspolitischen Renaissance. Allerdings stehen dieser Tendenz die politischen Bevormundung und ein asymmetrischer wirtschaftlicher Austausch von Seiten der EU lateinamerikanischen Interessen im Wege. Sie behindert das europäische Ziel der Prävention und Kompensation der wirtschaftlichen Nachteile, die Europa durch den Ukraine-Krieg und den Konflikt mit China erlitten hat. Dabei spielt die Lieferung von Kohlenwasserstoffen, Lithium, Gas- und Ölreserven aus Lateinamerika eine wichtige Rolle (Kronauer 2022).

Die EU definierte ab 2022 Lateinamerika als „verwandte Region“. Entsprechend des Planes „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ der G-7 stellte nun die EU auf dem „EU-Celac-Forum“ im Juli 2023 über die „Global Gateway-Initiative“ Investitionen von 45 Mrd. Euro bis 2027 für Lateinamerika in Aussicht (Maihold 2022). In der Abschlusserklärung verweigerten die lateinamerikanischen Staaten eine Verurteilung Russlands wegen des Krieges in der Ukraine und setzten stattdessen eine Anerkennung der lateinamerikanischen Bemühungen um Kernwaffenfreiheit durch. In einer eigenen Erklärung kritisierten sie die

Umverteilungsmechanismen, den Extraktivismus und „moralischen Projektionismus“ der EU. Das EU-Mercosur-Abkommen, das seit 20 Jahren verhandelt wird, kam nicht voran und wies vorerst mehr Hindernisse als Chancen auf.

5. Das deutsch-lateinamerikanische Verhältnis im Rahmen der veränderten Weltordnung

Die deutsche Lateinamerika-Politik bewegt sich hauptsächlich auf dem Boden der EU-Politik, wobei für Deutschland die Dringlichkeit einer Kompensation seiner Gasimporte aus Russland, eine Ergänzung des abnehmenden China-Geschäftes deutscher Unternehmen und der deutsche Arbeitskräftemangel im Vordergrund stehen. Politisch ist Deutschland die Unterstützung seiner außenpolitischen Position zum Ukraine- und Nahost-Krieg wichtig. Diese Ziele versuchte es in einer einzigartigen diplomatischen Initiative im Jahr 2023 voranzubringen, indem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Januar, Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar und vier deutsche Minister (Özdemir und Habeck im März, Baerbock und Heil im Juni) Lateinamerika besuchten. Doch die Erfolge der diplomatischen Offensive in Lateinamerika blieben hinter den deutschen Erwartungen zurück. Die Differenzen in den Haltungen zum Ukraine- und im neuen Nahost-Krieg sind zu groß und die Wirtschaftskooperation gestaltet sich schwieriger als mit China.

Der Durchbruch, der mit dem Besuch des brasilianischen Präsidenten Lula am 13./14. November 2023 in Berlin erwartet wurde, konnte nicht eintreten. Das lange verhandelte EU-Mercosur-Abkommen scheiterte am Widerstand von Umweltorganisationen, Bauernverbänden, Frankreich und Argentinien. Eine Veränderung trat nicht ein. Eventuell könnten die Aufspaltung des Abkommens oder das Lula-Projekt der Bildung einer G-4 aus Brasilien, Deutschland, Japan und Indien diesen Misserfolg ausgleichen. Dann müssten Deutschland und die EU durch die lateinamerikanischen Staaten jedoch stärker als von den USA unabhängiger Akteur wahrgenommen werden und sich von der Doppelmoral von Werteorientierung und Interventionsmechanismen verabschieden.

Fazit

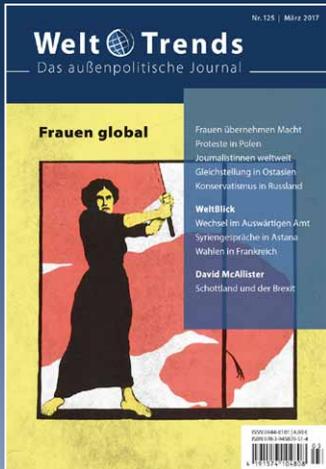
Die Fortführung der Autonomie lateinamerikanischer Staaten durch Äquidistanz zu den Weltmächten und eine Politik des „Aktive Non-Alignmet“

wird wesentlich von der Anpassungsfähigkeit der globalen Akteure, der Vertiefung der Süd-Süd-Beziehungen und letztendlich dem Willen der lateinamerikanischen Akteure abhängen. Dafür ist das Fortbestehen des Strebens nach Multipolarität einer unabhängigen und friedlichen Außenpolitik der lateinamerikanischen Staaten wichtig.

Literatur

- Atlantic Council (2023): A Conversation with the General Laura J. Richardson on Security across the Americas. Atlantic Council, 19.01.2023. <https://www.atlanticcouncil.org/event/a-conversation-with-general-laura-j-richardson-on-security-across-the-americas/>.
- Barrios, Lucia (2022): América Latina siguió acercándose a Rusia a pesar de las sanciones, in: El País, 22.12.2022. <https://www.elpais.cr/2022/12/27/america-latina-siguio-acercandose-a-rusia-a-pesar-de-las-sanciones/>.
- Cubadebate (2023): No tenemos otra opción. Dice canciller ruso sobre invasión a Ucrania, in: La Jornada, 03.04.2023. <https://www.jornada.com.mx/notas/2023/04/02/mundo/no-teniamos-otra-opcion-dice-canciller-ruso-sobre-invasion-a-ucrania/?from=page&block=mundo&opt=articleink>.
- Goritti, Micaela (2023): El TLC con China que nunca fue, in: La diaria, 22.11.2023. <https://ladiaria.com.uy/opinion/articulo/2023/11/el-tlc-con-china-que-nunca-fue/>.
- Grady, John (2023): Chinese Actions in South America Pose Risks to U.S. Safety, Senior Military Commanders Tell Congress, in: USNI News, 09.03.2023. <https://news.usni.org/2023/03/08/chinese-actions-in-south-america-pose-risks-to-u-s-safety-senior-military-commanders-tell-congress>.
- Guzmán, Vilma (2023): Keine Panzermunition für die Ukraine: Brasilien weist deutsches Gesuch für Ukraine zurück, in: Amerika21, 28.01.2023. <https://amerika21.de/2023/01/262444/brasilien-keine-munition-ukraine>.
- Jofré Leal, Pablo (2023): Washingtons Politik gegen Russland trifft auch Lateinamerika, in: amerika21, 29.07.2023. <https://amerika21.de/analyse/264967/us-politik-gegen-russland-lateinamerika>.
- Kronauer, Jörg (2022): EU verpasste Anschluss. Brüssel verliert an Einfluss in Lateinamerika und Karibik. Geplante „Offensive“ soll vor allem China zurückdrängen, in: Junge Welt, 27./28.08.2022.
- Lawrow, Sergej (2023): Cooperação da Rússia com América Latina baseia-se em abordagem desideologizada e não ameaça ninguém. Nossos amigos na região não aderiram às sanções antirussas, e estamos gratos por essa posição, in: Folha de S. Paulo, 13.05.2023. <https://www1.folha.uol.com.br/mundo/2023/04/cooperacao-da-russia-com-america-latina-baseia-se-em-abordagem-desideologizada-e-nao-ameaca-ninguem.shtml>.
- Lula in Berlin (2023): Lula in Berlin for first Brazil-Germany talks in eight years. The Times of India, 03.12.2023. <https://timesofindia.indiatimes.com/>

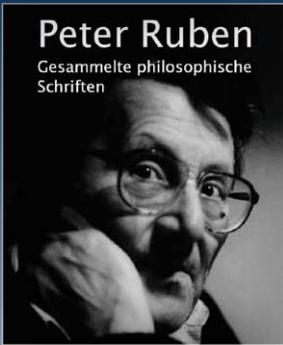
- world/rest-of-world/lula-in-berlin-for-first-brazil-germany-talks-in-eight-years/articleshow/105706519.cms?from=mdr.
- Maihold, Günter (2022): Amerika-Gipfel mit hemisphärischen Divergenzen. Warum Lateinamerika auf Unabhängigkeit setzt und was das für Europa bedeutet. SWP-Aktuell 2022/A 42, Berlin.
 - Meneses, Carlo (2022): Brasil refuerza su comercio con Rusia pese a la guerra en Ucrania y las sanciones de Occidente, in: El Clarin, 16.07.2022. https://www.clarin.com/mundo/brasil-refuerza-comercio-rusia-pese-guerra-ucrania-sanciones-occidente_0_neizpxRb7a.html.
 - Polémicas declaraciones (2022): Polémicas declaraciones de Lula da Silva: dijo que Zelensky „es tan culpable como Putin“ por la invasión a Ucrania, in: Infobae, 04.05.2022. <https://www.infobae.com/america/mundo/2022/05/04/lula-da-silva-dijo-que-zelensky-es-tan-culpable-como-putin-por-la-invasion-a-ucrania/>.
 - Ramos, Mauro (2023): Lula reaproxima Brasil da China e amplia cooperación ambiental, in: Brasil de Fato, 14.04.2023. <https://www.brasildefato.com.br/2023/04/14/lula-reaproxima-brasil-da-china-e-amplia-cooperacao-ambiental>.
 - Romero-Castillo, Evan/ Hamann, Greta (2015): China erobert Lateinamerika, in: Deutsche Welle (DW), 09.01.2015. <https://www.dw.com/de/china-erobert-lateinamerika/a-18180802>.
 - Serrichio, Sergio (2022): Odisea 2022: las exportaciones argentinas más afectadas por la invasión rusa y la guerra en Ucrania, in: infobae, 15.05.2022. <https://www.infobae.com/economia/2022/05/15/odisea-2022-las-exportaciones-argentinas-mas-afectadas-por-la-invasion-rusa-y-la-guerra-en-ucrania/>.
 - Stünkel, Oliver (2022): How Biden Can Get the Summit of the Americas Right, in: Americas Quarterly, 17.02.2022. <https://americasquarterly.org/article/how-biden-can-get-the-summitof-the-americas-right/>.
 - Weber, Hans (2023): US-Militär warnt vor „unerbittlichem Vormarsch“ Chinas in Lateinamerika, in: amerika21, 13.03.2023. <https://amerika21.de/2023/03/263060/us-militaer-warnt-vor-china-lateinamerika>.
 - Zuppello, Maria (2023): Tras su viaje a EEUU, Lula da Silva se ofrece al mundo como mediador y aspira al Nobel de la Paz, in: Infobae, 11.02.2023. <https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/02/11/tras-su-viaje-a-eeuu-lula-da-silva-se-ofrece-al-mundo-como-mediador-y-aspira-al-nobel-de-la-paz/>.



Welt Trends

Feministische Außenpolitik

bestellung@welttrends.de
welttrends.de/shop/
www.welttrends.de



Camilla Warnke / Ulrich Hedtke (Hrsg.)

Peter Ruben – Gesammelte philosophische Schriften

Peter Ruben (geb. 1933) kann gleichsam als enfant terrible der DDR-Philosophie gelten. Als Philosophiestudent solidarisch mit antistalinistischen Reformern, wurde er der Universität verwiesen. 1961 kehrte er ins akademische Leben zurück. Mit seinen Analysen zum Charakter der dialektischen, mathematischen und fachwissenschaftlichen Theoriebildung und seinen umfangreichen For-

schungen zur Widerspruchstheorie erwarb er sich einen über die DDR weit hinausreichenden Ruf als brillanter marxistischer Analytiker.

Als er mit Beginn der DDR-Krise Grundlagen der kommunistischen Wirtschaftsführung kritisch reflektierte, wurde er als „Revisionist“ attackiert und wissenschaftlich isoliert. Dem überaus produktiven Philosophen wurde dies zur Befreiung, konnte er sich doch nun ungehindert der sozialtheoretischen philosophischen Analyse widmen. Er erarbeitete einen eigenständigen Zugang zur Innovationstheorie wie zur Theorie der langen Wellen und warf die Frage nach Grundgrößen der Ökonomie auf. Im Anschluß an Tönnies' Analyse des Verhältnisses von Gemeinschaft und Gesellschaft fand er zu einer neuen Sicht auf Kommunismus und Marktwirtschaft.

1990 wurde der Außenseiter-Marxist zum Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR gewählt. Ruben thematisiert die notwendige Abkehr vom kommunistischen Entwicklungsweg und skizziert Konturen einer sozialistischen Perspektive.

Sie finden eine kurze Leseprobe inkl. der Inhaltsverzeichnisse der jeweiligen Bände. <https://welttrends.de/peter-ruben-gesammelte-philosophische-schriften/>

Die vierbändige Gesamtausgabe ist ein Gemeinschaftsprojekt von „Verlag am Park“ und WeltTrends.

Band 1

Zu den philosophischen Grundlagen

Band 2

Zu philosophischen Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft

Band 3

Zu philosophischen Fragen der Naturwissenschaften. Zur Geschichte der Philosophie

Band 4

Peter Ruben und Camilla Warnke: Zum philosophischen Denken in der DDR

Welt  Trends
Potsdamer Wissenschaftsverlag

bestellung@welttrends.de
welttrends.de/shop/
www.welttrends.de

Globaler Wirtschaftskrieg und Deutschlands Regierungsschwäche

Kai Kleinwächter und Lutz Kleinwächter

Die Weltpolitik und Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert ist geprägt durch eine widerspruchsvolle Multipolarität. Es entwickelt sich eine neuartige globale Lagerbildung des „Westens“ (G7, NATO, EU) unter der Ägide einer problematischen „USA-First-Politik“ in Konfrontation zum „Osten/Süden“ (BRICS, Shanghai-Gruppe) mit dem kontinentalen Kern- und Großraum China/Russland. Der globale Wirtschaftskrieg „Westen versus Osten/Süden“ ist, angesichts der Leistungspotentiale, der Größenordnung und des Durchhaltevermögens beider Seiten nicht gewinnbar. Die historische Grundtendenz, die ökonomisch-technologischen Entwicklungen sowie die politischen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten sind gegenläufig. Eine sich zuspitzende konfrontative Bipolarität der Hauptmächte USA vs. China sowie die zwischenimperialen Widersprüche auch innerhalb der Machtblöcke führen tendenziell zu Einflussverlusten Russlands, aber auch der Europäischen Union. (Tab. 1)

Ein kurzer Blick in die Geschichte des westlich-europäischen Aufstiegs in den vergangenen fünf Jahrhunderten zeigt: sie ging einher mit der kolonialen Eroberung und Ausplünderung der außereuropäischen Kontinente und Großstaaten (Afrika, Nord-/Südamerika, Indien, China, Australien) und gipfelte in der wirtschaftlichen Unterentwicklung dieser Weltregionen, in ihrer Verwüstung und schließlich in zwei katastrophalen Weltkriegen zur imperialen Neuaufteilung der Welt sowie dem Erhalt neokolonialer Abhängigkeiten.

Dennoch fand im 19./20. Jahrhundert ein globaler Zivilisationsfortschritt auf der Grundlage einer Wachstumsexplosion des Bruttoinlandsproduktes im Rahmen der Industrialisierung statt. UN-Statistiken weisen für die globale Entwicklung seit 1820 eine Verringerung der Bevölkerungsanteile in extremer Armut von ca. 90 auf knapp 10 Prozent, eine Reduzierung der Kindersterblichkeit von 43 auf 4 Prozent und des Analphabetismus von 88 auf 13 Prozent aus. In den Millenniumszielen von 2000 wird angestrebt, diese progressive Entwicklung fortzusetzen.

Hauptindikatoren im Vergleich

Die **Weltbevölkerung** nimmt überdimensional zu, von einer Milliarde Menschen am Beginn des 19. Jahrhunderts auf gegenwärtig 8; sie wird im 21. Jahrhundert auf ca. 9-10 Milliarden anwachsen. Der Schwerpunkt liegt in den „Süd-Regionen“ – Indien, Südostasien, insbesondere Afrika und auch Lateinamerika. Die Situation „West zu Ost/Süd“ mit ihrer jeweiligen Anhängerschaft weist für den „Westen“ schon heute ein drastisch ungünstiges Verhältnis hinsichtlich der Verfügung über die Hauptproduktivkraft „Mensch“ von circa 1 zu 4,5 Milliarden aus. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten verstärken und die „westliche Welt“ in eine dauerhafte Minderheitsposition versetzen sowie sie unter Berücksichtigung der „Überalterung“ mit einem deutlichen Mangel an Arbeitskräften und Konsumenten konfrontieren.

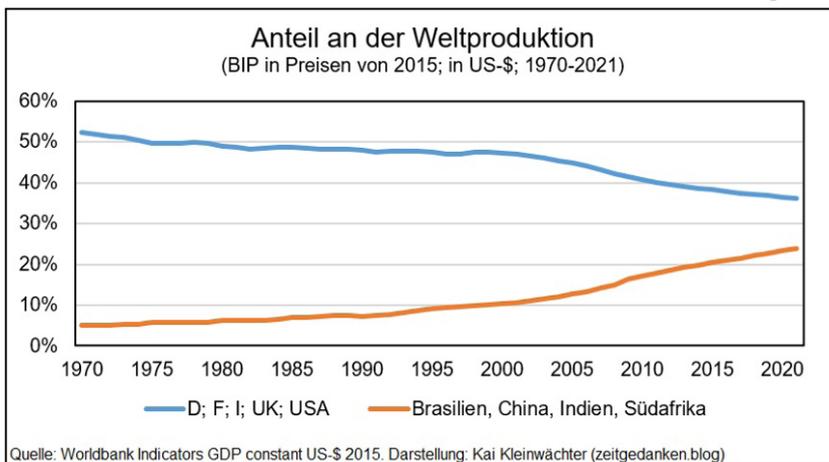
Tabelle 1

| Weltwirtschaftlicher „Block-Vergleich“ G7- vs. BRICS-Staaten (1990-2022) | | | | | | |
|--|--------------|---------------------|---------------|----------------|-------------|--------------|
| | Bevölkerung | Bruttoinlandprodukt | | | | Inflation |
| | 2022 | 1990 zu 2022 | | 2022 | 2022 | 2022 |
| | Mio. | Mrd.-\$ | Mrd.-\$ | \$ pro Kopf | % global | % |
| Gesamt-Welt | 7.980 | 22.640 | 100.140 | 12.549 | 100,0 | 8,7 |
| G7 „Westen“ | | | | | | |
| USA | 338 | 5.963 | 25.460 | 75.325 | 25,4 | 8,0 |
| Kanada | 38 | 596 | 2.138 | 56.268 | 2,1 | 6,8 |
| Großbritannien | 68 | 1.198 | 3.082 | 45.324 | 3,1 | 9,1 |
| Japan | 124 | 3.197 | 4.238 | 34.177 | 4,2 | 2,5 |
| (EU) Deutschland | 84 | 1.772 | 4.080 | 48.571 | 4,1 | 6,9 |
| (EU) Frankreich | 65 | 1.272 | 2.780 | 42.769 | 2,8 | 5,9 |
| (EU) Italien | 59 | 1.162 | 2.012 | 34.102 | 2,0 | 8,7 |
| G7 gesamt | 776 | 15.160 | 43.790 | Ø 48 T€ | 43,7 | Ø 6,8 |
| BRICS „Osten/Süden“ | | | | | | |
| Brasilien | 215 | 455 | 1.920 | 8.930 | 1,9 | 9,3 |
| Russland | 145 | 72 | 2.244 | 15.476 | 2,2 | 13,8 |
| Indien | 1.420 | 327 | 3.390 | 2.387 | 3,4 | 6,7 |
| China | 1.426 | 397 | 17.886 | 12.543 | 17,9 | 1,9 |
| Südafrika | 60 | 126 | 405 | 6.750 | 0,4 | 6,9 |
| BRICS gesamt | 3.266 | 1.377 | 25.845 | Ø 9 T€ | 25,8 | Ø 7,7 |

Quelle: Statista, eig. Berechnungen. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

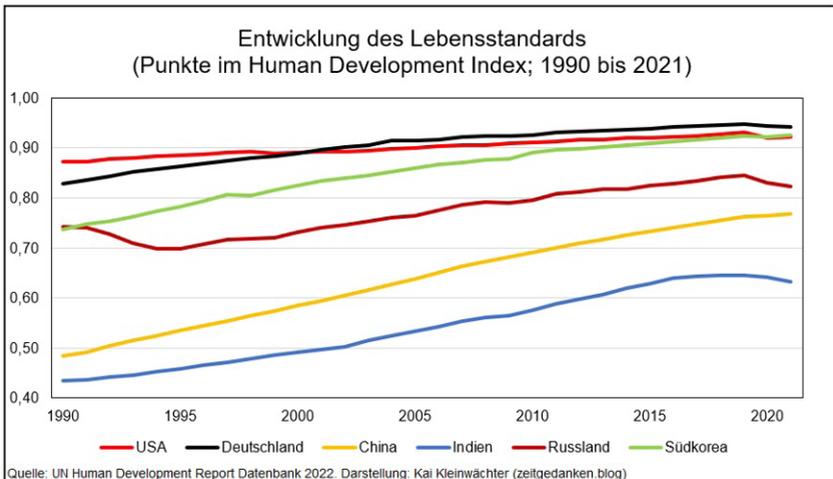
Gemessen am **Bruttoinlandprodukt (BIP)** hat sich die globale Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahrzehnten verlangsamt und weiter ausdifferenziert. Hauptursache ist das im Vergleich zu den 1950-80er Jahren schrumpfende, z.T. langfristig stagnierende Wirtschaftswachstum der hochentwickelten Industriestaaten USA (4-2 Prozent), EU (3-1) und Japan (2-1). Ihre globale Wirtschaftsleistung umfasst jedoch insgesamt noch ca. 44 Prozent und repräsentiert Hauptabsatzmärkte für Asien/China, die dadurch auch von „westlichen“ Wachstums- und Kaufkraftschwächen betroffen sind. Hervorzuheben ist die außerordentliche Dynamik der aufholenden Wirtschaftsentwicklung der BRICS-Staaten innerhalb einer Generation (Grafik 1/Tab. 1). Von 1990 bis 2022 betrug die Steigerung des BIP der BRICS im Verhältnis zum „Westen“ circa 6 zu 1. Ihr Anteil am Welt-BIP hat sich dabei von 6 auf 26 Prozent erhöht. Bemerkenswert ist auch das fast gleichhohe **Inflationsniveau**, das sich in beiden ökonomischen Großgruppen relativ moderat auf einem beherrschbaren Niveau zwischen 2 (China) bis 9-13 (Großbritannien, Russland) Prozent bewegt und im Wesen ihre Wirtschaftsentwicklung mitträgt. Die vorhandenen absoluten Lücken in der Wirtschaftskraft verdeutlichen allerdings auch die Langfristigkeit des Aufholprozesses. Der Rückstand der BRICS-Staaten beträgt 2022 beim absoluten BIP ca. 40 und beim BIP/pro Kopf ca. 80 Prozent.

Grafik 1



Anschaulich stellt sich diese Situation bei dem zentralen Faktor der **Lebensqualität**, einer komplexen Erfassung zusätzlicher „weicher“ Faktoren. Der seit 1990 jährlich von der UN weltweit ermittelte „Humane Entwicklungs-Index“ (HDI) schließt neben dem BIP pro Kopf nach Kaufkraft auch die Lebenserwartung und den Bildungsgrad (Alphabetisierung und Schulbesuch) ein (Grafik 2). Die Erfassung dieses Makro-Indikators veranschaulicht den Aufholprozess von Ost-/Süd-Ländern und das sich anbahnende Ende „westlicher“ Singularität im hohen Lebensstandard. Sichtbar werden aber auch vorhandene Entwicklungs-Lücken, inklusive retardierende Erscheinungen. Hervorzuheben ist dabei, dass in den letzten Jahrzehnten China über 800 Millionen und Indien ca. 400 Millionen Menschen durch eigenständige (!) sozio-ökonomische Politik aus der existentiellen Armut geführt und ihnen grundlegende Entwicklungschancen ermöglicht haben. Das schließt eine widersprüchliche Regulierung der Bevölkerungsentwicklung ein. Die wirtschaftliche Dynamik, das erfolgreiche Angehen von Überlebens- und Armutproblemen sowie die Bevölkerungsregulierung sind entscheidende Faktoren für eine wachsende Orientierung der Staatenmehrheit an der BRICS-Gruppe.

Grafik 2

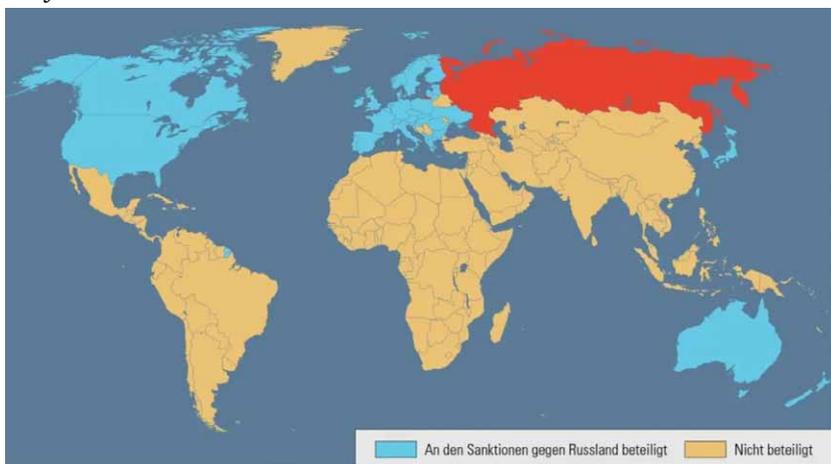


Der „entscheidende Zehn-Jahres Zeitraum“, den Biden und Putin (aber auch die „Letzte Generation“ und ihre Anhänger) mehrfach postulierten,

ist jedoch zu kurzfristig kalkuliert. Strategisch ist eine Aufhol-Dimension mehrerer Jahrzehnte (China, Russland), wenn nicht sogar des 21. Jahrhunderts insgesamt (Indien, Südostasien), in den Blick zu nehmen. Dennoch artikuliert sich ein „neues Selbstbewusstsein“ der Ost-/Süd-Staaten. Auf dem russisch-chinesische Gipfeltreffen im März 2022 bekräftigten Putin und Xi die strategische Partnerschaft beider Großmächte. Ein globales Sanktions-/Boykottregime zur „Isolation Russlands“ und zur „Entkopplung Chinas“ ist westliches Wunschdenken und entspricht nicht den realen Kräfteverhältnissen. Die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung folgt nicht der westlichen „regelbasierten“ Wertepolitik (Grafik 3).

Die Ergebnisse der jährlichen Gipfelkonferenzen – der G7- und G20-Staaten, die UN-Tagungen, des Weltwirtschaftsforums Davos, der regelmäßigen Klimatagungen, die Münchener Sicherheitskonferenzen usw., zugespitzt durch die restaurative Zeitenwende, weisen seit Jahren eine anhaltende Konfrontation, Erstarrung und Kompromisslosigkeit auf. Dies geht einher mit Verzögerungen und gezielten Blockaden bei der Lösung globaler Probleme: Hungerkatastrophen, Flüchtlingsströme, Wirtschaftskrisen, Klimaveränderungen, Energie- und Rohstoffknappheit, Pandemien, Massenverelendung, Regionalkriege. Ergebnis ist ihre Verschärfung mit drastischen Folgen, inklusive eines katastrophalen Scheiterns – Ursache für eine Eskalation multipler Wirtschaftskrisen in Richtung unkontrollierbarer Dimensionen.

Grafik 3



Quelle: Neuber, Harald (2022): Sanktionen gegen Russland. Wie der Globale Süden ausschert; telepolis.de.
<https://www.heise.de/tp/features/Sanktionen-gegen-Russland-Wie-der-Globale-Sueden-ausschert-7074581.html>

Kontinentaldrift - Neuausrichtung der globalen Handelsströme

Der Welthandel ist ein Hauptfaktor der Internationalisierung und verständlicher Maßstab für deren arbeitsteilige Dynamik. Betrag der Export im Warenhandel 1950 ca. 60 Mrd. US-\$, wurde er bis 1990 auf 3.500 Mrd. US-\$ gesteigert. Die westlichen Hauptmächte USA, EU und Japan dominierten während des Kalten Krieges den Welthandel mit ca. 70 Prozent. China, Indien und Brasilien hatten zusammen einen weltwirtschaftlich unbedeutenden Ex-/Import-Anteil von nur ca. 3-4 Prozent. Die 1990er Jahre brachten mit der Öffnung und wirtschaftlichen Expansion Chinas, Russlands und partiell der EU/Deutschlands gravierende Umbrüche in der Globalisierung. Der Warenexport steigerte sich bis 2022 auf 24.900 Mrd. US-\$ und wuchs zeitweilig um mehr als das Dreifache der Warenproduktion.

Der Aufstieg Chinas und die Relativierung der Rolle der USA bestimmte im Wesentlichen die Veränderung des Kräfteverhältnisses im internationalen Warenaustausch. Ohne den kriegerischen Einsatz militärischer Gewalt und ohne Schaffung eines massiven Sanktionsregimes gegen konkurrierende Wirtschaftsmächte wurde China eine führende Haupthandelsmacht der Welt, die ihren wirtschaftspolitischen Einfluss und die geografische Expansion nach 2000 gegenüber den USA deutlich stärkte (Grafik 4).

Grafik 4



Der Betrachtungswechsel auf eine kontinentale Makro-Ebene ermöglicht folgende Einschätzungen in Bezug auf die Exportströme: (Grafik 5). Der globale Warenhandel findet zu ca. 90 Prozent zwischen den drei Kontinenten der Nordhalbkugel statt. Dabei sind Asien und Europa die erfolgreichsten sowohl im „Binnenhandel“ als auch in den Beziehungen miteinander („EurAsien“) sowie im global-kontinentalen Warenhandel. Die Handelsbeziehungen Afrikas und Lateinamerikas sind weit hinter ihren potenziellen Möglichkeiten zurückgeblieben.

Asien. Der Schwerpunkt des Welthandels hat sich mit großem Abstand nach Asien verschoben. Schlüsselländer sind dabei China und Japan. Allein der asiatische „Binnenhandel“ umfasst über 6.000 Mrd. US-\$. Der Außenhandel wird dynamisch ausgebaut und weist aktive Bilanzen mit allen anderen Kontinenten aus (Gesamtumfang knapp 10.000 Mrd. US-\$, Überschuss >1.000 Mrd. US-\$). Die Hauptexportmärkte sind Europa und die USA.

Europa. Der „Binnenhandel“ Europas, mit dem 27-Staaten-Zentrum EU, umfasst über 5.000 Mrd. US-\$ und ist global ausgewogen aufgestellt. Im kontinentalen Warenaustausch hat Europa eine insgesamt stabile Situation des Ex-/Import-Ausgleichs (Gesamtumfang ca. 8.000 Mrd. US-\$). Die Defizite mit Asien werden durch die Überschüsse im USA-Handel ausgeglichen. Durch ein weltweites Netz verschiedener Handelsverträge wurde ein hohes Maß an Flexibilität geschaffen.

Nordamerika. Die USA sind der große Verlierer im Welthandel seit 1990. Ihre Handelsbilanzen weisen mit allen Kontinenten Defizite auf (insgesamt >1.000 Mrd. US-\$), besonders zugespitzt mit Asien/China (ca. 800 Mrd. US-\$). Das Netz ihrer Handelsverträge beschränkt sich auf wenige Einzelstaaten Mittel-/Südamerikas und Australien. Deutlich wird eine Tendenz zum Neo-Isolationismus, der nach außen mit ökonomischen Konfrontationsstrategien vor allem zur „Entkopplung“ des Hauptgegners China vom Weltmarkt einhergeht.

Grafik 5

| Kontinentalverschiebung im globalen Warenhandel 2021 | | | | | | |
|---|---------|-------|--------|---------|-----------|--------|
| Export-Bilanzen: aktiv (+ blau), passiv (- rot), Binnenhandel (grau) in Mrd. US-\$ Warenhandel global: 22.284 Mrd. US-\$ (< 50 Mrd. US-\$ in Tab. nicht erfasst) | | | | | | |
| | Gesamt | Asien | Europa | Nord-A. | Latein-A. | Afrika |
| 1. Asien | 9.972 | 6.140 | 1.633 | 1.464 | 385 | 350 |
| | + 1.240 | | + 261 | + 805 | + 60 | + 114 |
| 2. Europa | 7.946 | 1.372 | 5.529 | 673 | 171 | 201 |
| | 41 | -261 | | + 258 | + 40 | + 4 |
| 3. Nordamerika | 2.224 | 659 | 415 | 686 | 464 | |
| | -1.129 | -805 | -258 | | -66 | |
| 4. Lateinamerika | 1.161 | 325 | 131 | 530 | 175 | |
| | -34 | -60 | -40 | + 66 | | |
| 5. Afrika | 504 | 236 | 197 | | | 71 |
| | -118 | -114 | -4 | | | |

Quelle: UNCTAD (Febr. 2023), Statista. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

Lesbeispiel: 1. Asien exportiert nach Europa Waren im Wert von 1.633 Mrd. US-\$. 2. Europa exportiert nach Asien Waren im Wert von 1.372 Mrd. US-\$. Die Differenz von 261 Mrd. US-\$ ist eine aktive/positive (rot) Handelsbilanz für Asien bzw. eine passive/negative (blau) Handelsbilanz für Europa.

Lateinamerika. Der Warenhandel Lateinamerikas entwickelt sich dynamisch und ausgewogen. Hauptpartner sind die USA. Die dort erzielten Überschüsse gleichen die Defizite mit Asien aus. Insgesamt bleiben die binnen- und außenwirtschaftlichen Handelsaktivitäten weit unter dem möglichen Niveau. Mit Afrika wurden keine wesentlichen Handelsbeziehungen entwickelt.

Afrika. Insgesamt ist es der Kontinent mit den geringsten Binnen- und Außenwirtschaftsbeziehungen. Sie beschränken sich auf den schnell wachsenden, aber defizitären Handel mit Asien und relativ ausgeglichen mit Europa. Der Anteil am Welthandel beläuft sich auf 2,3 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent. Aufholende Entwicklungshorizonte Afrikas liegen voraussichtlich eher im späten 21. Jahrhundert.

Deutschland in der Führungskrise

Das deutsche Wirtschaftswachstum befindet sich seit den 1990er Jahren auf einem stabil niedrigen Niveau. Im Durchschnitt der vergangenen drei Dekaden wuchs das Bruttoinlandsprodukt nur um 1,2 Prozent. Diese Tendenz setzte sich 2021-2023 fort. (Tab. 2) Der Club of Rome hatte schon 2016 erklärt, dass in den hochentwickelten Staaten ein Prozent Wirtschaftswachstum ausreichen würde, um soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den Klimawandel zu managen.

Tabelle 2

| Wirtschaftswachstum Deutschlands 1991-2023 | | | | | | |
|--|-----------|-----------|-----------|------|------|-------|
| Jahre | 1991-2000 | 2000-2010 | 2010-2020 | 2021 | 2022 | 2023* |
| Bruttoinlandsprodukt (%) | 1,6 | 0,9 | 1,2 | 2,6 | 1,8 | 1,5 |

Quelle: Bundesstatistik, Änderungen zum Vorjahr, * Schätzung.
Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog)

In den Massenmedien wird gegenwärtig nahezu hysterisch und manipulativ die ökonomische Situation Deutschlands als negativ dargestellt. Stichworte sind: Stillstand, Niedergang, Talfahrt, Schrumpfung, Dauerkrise, Deindustrialisierung, „Letzter Platz der OECD-Staaten“, „Kranker Mann Europas“ und gipfeln in der ahistorischen Behauptung von der „Größten Existenzkrise seit 1949“ (DWN, 28.5.23). Parallel dazu meldete der Internationale Währungsfonds Ende 2023, dass Deutschland Japan überholt hat und nach den USA und China die drittgrößte Wirtschaft der Welt ist. Besonders seit 2000 ist Deutschland durch Expansion von einer führenden regional-europäischen zu einer global aufgestellten Wirtschafts- und Handelsmacht aufgestiegen. Das BIP und der Außenhandel wurden dabei mehr als verdoppelt, bei Erzielung eines dauerhaften Exportüberschusses.

Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und krisenhaften Zuspitzung. Die „Ampel“ ist nach zwei Jahren Regierungstätigkeit mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik im Wesentlichen selbstverschuldet gescheitert. Sie hat die sozio-ökonomische Kontinuität mit den deutschen Vorgängerregierungen seit den 1970er Jahren von Brandt/Schmidt, über Kohl, Schröder und Merkel nicht produktiv modifiziert, sondern diffamiert und abgebrochen. Ihre konzeptionelle Schwäche hat im Zuge einer neokonservativ-restaurativen

„Zeitenwende“ wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Probleme durch Fehlentscheidungen verstärkt. Anlass dazu war der Krieg Russland-Ukraine, den Kanzler Scholz nutzte, um – entgegen den deutschen Wirtschaftsinteressen – die jahrzehntelangen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland zu minimieren. Die verzögert angenommenen Strategien zur Nationalen Sicherheit (Juni 23), zur China-Politik (Juli 23) und die Verteidigungspolitischen Leitlinien (November 23) – eine angekündigte Rohstoffstrategie steht noch aus – sind im Wesen konfrontativ angelegt. Ihr Duktus ist Feindschaft zu Russland, Systemkampf mit China und Vasallentreue gegenüber den USA. Deutschland wird zurückgeworfen in eine ideologiegetriebene Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik fern jeglicher Realpolitik.

Schlüsselproblem: Energiesicherheit!

Die Hautursachen der gegenwärtigen deutschen Wachstumsschwäche und der Inflation liegen vor allem in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den politischen Fehlentscheidungen der Ampelregierung. Insbesondere geht es dabei um die Energie- und Rohstoffsicherheit Deutschlands, das selbst nicht über ausreichende Ressourcen für seine industriellen Produktionskapazitäten verfügt. Die entsprechende Importabhängigkeit der Wirtschaft nahm nach der deutschen Einheit weiter zu. Sie betrug 2021 bei Rohstoffen ca. 90 Prozent, bei Energie ca. 65 Prozent. „Sicherheit“ wird dabei im 21. Jahrhundert als umfassende Trinität von „Versorgung, Preisgestaltung und Ökologie“ verstanden.

Ein Blick in die Historie zeigt, mit dem Versorgungsproblem ist Deutschland seit der Einheit 1870/71 und dem folgenden Wirtschaftsaufschwung konfrontiert. Damit einher gingen aber auch katastrophale Brüche in der Weltordnung, die materielle und finanzielle Anpassungsprozesse und Opfer erzwangen. Zu verweisen ist auf die extrem negativen Erfahrungen mehrerer Generationen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit den zwei Weltkriegen und einer mehrfachen totalen Geldvernichtung – in der Hyperinflation der Kriegs- und Folgejahre (1914-23), der Weltwirtschaftskrise (1928-33) und den Kriegsjahren bis zur Geldentwertung in der Währungsreform (1939-48). Diese Großkrisen sind sowohl in die historischen Erfahrungen als auch in die Tiefenpsychologie der deutschen Bevölkerung eingegangen und spielen eine nachhaltige Rolle bis in die Gegenwart.

In der Neuzeit sind es drei qualitative Einschnitte in die Weltwirtschaft, die die Energieproblematik insbesondere für die westlichen, seit Jahrhunderten global dominanten Staaten, grundlegend veränderten.

Erstens: Weltwirtschaftskrise 1973-75. Ab den 1960er Jahren wurden mit der Bildung der OPEC (1960) und OAPEC (1968) Organisationen geschaffen, die auf eine Nationalisierung der Erdölindustrie und die Schaffung einer ökonomischen Unabhängigkeit ausgerichtet waren. Sie kontrollierten über 80 Prozent der Ölvorräte der westlichen Welt und begannen diese zur Durchsetzung ihrer sicherheitspolitischen Ziele einzusetzen. Symptomatisch war dafür die Erdölkrise 1973-74, die sich zur Weltwirtschaftskrise ausweitete. Die gesteuerte Öl-Verknappung wurde als ökonomisches Kampf-Instrument der OPEC-Staaten eingesetzt, um das Kräfteverhältnis im Nahen Osten zwischen Israel und den arabischen Staaten zu verändern. Der Öl-Preis am Weltmarkt verfünffachte sich und führte zu gravierenden Versorgungsengpässen, Regulierungsmaßnahmen und Staatsschulden. Infolge dessen wurden Gegenmaßnahmen der Industriestaaten eingeleitet, u.a. Diversifikation der Bezugsquellen, Neuaufschluss von Energieressourcen, Technologieprogramme für alternative Energien, Energiesparprogramme, Schaffung von Ölreserven sowie Installierung und Unterstützung prowestlicher Regime. Die langfristig notwendigen Konsequenzen der Krise wurden aber bis heute nicht verstanden, wie der aktuelle Krieg Israel-Palästina verdeutlicht.

Zweitens: Systemwende der 1990er Jahre. Durch die Beendigung des Ost-West-Konfliktes in den 1980er/90er Jahren war ein global neuartiges, politisches und ökonomisches Kräfteverhältnis entstanden. Die Marktwirtschaften bekamen eine weltweite Ausdehnung. Insbesondere die Situation auf dem Doppelkontinent EurAsien veränderte sich grundlegend:

* Russland agierte jetzt als globaler Rohstoff- und Energielieferant auf dem Weltmarkt, der über die Angebotsseite die Versorgung und Preisgestaltung wesentlich mitbestimmte. Nach gescheiterten marktwirtschaftlichen Versuchen wurde eine weitgehend staatliche Regulierung durchgesetzt.

* Die beschleunigte Wirtschaftsentwicklung Chinas (BIP-Wachstum 7-12 Prozent) und Indiens (3-5 Prozent) schuf an den Weltmärkten gigantische Nachfragekräfte. Auf den globalen Rohstoff- und Energiemärkten kam es bis 2010 zu bislang nicht dagewesenen, dauerhaften

Preissteigerungen (Energie über 1.000 Prozent, Metalle bis 600 Prozent, Nahrungsmittel bis 120 Prozent).

Außenwirtschaftlich profitierte Deutschland von den langfristig preisgünstigen Rohstoffverträgen mit Russland. Pipeline-Großprojekte (u.a. „Nord Stream 1“) wurden in Angriff genommen. China wurde zum Haupthandelspartner. Binnenwirtschaftlich wurden die Kosten der deutschen Einheit mit hoher Staatsverschuldung (Verdopplung 1990-2000: 538 auf 1.211 Mrd. Euro), jahrzehntelangen Zusatzsteuern/Solidarbeitrag und Lohn-/Rentendifferenzen West-Ost (bis 30 Prozent) sowie Massenarbeitslosigkeit (1990-2005: 2,6 bis 4,9 Mio.) abgefangen.

Drittens: Corona-Pandemie 2019-22 und der Russland-Ukraine-Krieg ab 2022. Die Pandemie hat weltweit über 700 Millionen Infektionen und ca. 7 Millionen Todesopfer (Deutschland 170.000) gefordert. Die Gesellschaften und Wirtschaft auf allen Kontinenten waren betroffen. Stochastische Lockdowns führten zu umfassenden Produktionsstilllegungen, dem Bruch wichtiger Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie einem Einbruch des Welthandels. Durch Mangelerscheinungen nahm die Inflation zu. Eine multiple globale Wirtschaftskrise entstand.

Offener Wirtschaftskrieg

Gleichzeitig spitzten sich die internationalen politisch-militärischen Konfliktfelder zu. Um die Jahreswende 2021/22 heizte sich die Gesamtsituation auf. Der Dialog zwischen der NATO und Russland scheiterte. Am 24. Februar 2022 eröffnete Russland den Krieg gegen die Ukraine. Die USA reagierten vorbereitet und unmittelbar, gefolgt von der EU, die seitdem zwölf Sanktionspakete gegen Russland verabschiedete. Im Mittelpunkt standen: Russland die Finanzierungsmittel des Krieges zu kappen, den Verantwortlichen für die Invasion spürbare Kosten aufzuerlegen sowie die Schwächung der russischen Wirtschaft insgesamt. Im Besonderen zielten die Sanktionen auf den russischen Banken-/Finanzbereich und den Erdöl-/Erdgashandel. Kanzler Scholz formulierte am 8. und 9. Mai 2022 die Grundsätze deutscher Politik zum Russland-Ukraine-Krieg: Nie dagewesene Sanktionen gegen Russland; keine deutschen Alleingänge; Erhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit; „nichts unternehmen, was uns und unseren Partnern mehr schadet als Russland“; die NATO darf keine Kriegspartei werden.

Die Realität zeigt Gegenteiliges: Der Sanktions- und Wirtschaftskrieg gegen Russland hat seitdem globale Dimensionen angenommen, ist Hauptinstrument der Systemgegnerschaft. Er fügt jedoch der EU, inklusive Deutschland große ökonomische und soziale Schäden zu. Gravierende Probleme zeigen sich für zentrale Wirtschaftsbereiche und Firmen, nach Abbruch der russischen Importe, durch die 3-2fach höheren Rohstoff- und Energiepreise am Weltmarkt. (Tab. 2) Die allgemeine Inflation verhält sich insgesamt volatil, bleibt aber bislang mit einem Niveau von 8-3 Prozent beherrschbar. Die deutschen Unternehmerverbände befürchten zu Recht eine anhaltende Stagnation der Wirtschaftsleistung. Russland dagegen hat deutlich bessere IMF-Wachstumsprognosen für 2023/24. Seine Einnahmen aus den Öl- und Gasexporten insbesondere mit China und Indien sind um ein Drittel gestiegen. Der russische Handelsüberschuss stieg 2023 auf über 300 Milliarden Euro – knapp 70 Prozent mehr als im Vorjahr.

Tabelle 3

| Inflationsraten Deutschlands und Ölpreise am Weltmarkt 1990 - 2024 | | | | | | | | | | |
|---|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-------|
| Jahre | 1990 | 1995 | 2000 | 2005 | 2010 | 2015 | 2020 | 2022 | 2023 | 2024* |
| Inflationsraten (%) | 2,6 | 1,9 | 2,0 | 1,6 | 1,0 | 0,5 | 0,5 | 6,9 | 5,9 | 2,9 |
| Öl-Preis (\$/p.B.) | 22 | 17 | 28 | 51 | 77 | 50 | 41 | 100 | 83 | 80 |
| Quelle: Bundesstatistik, Veränderungen zum Vorjahr, * 2024 Januar. Darstellung: Kai Kleinwächter (zeitgedanken.blog) | | | | | | | | | | |

Die kontinentale Insel-Großmacht USA, weit entfernt von den Zentren Eurasiens und Arabiens, gerät in eine zunehmend isolierte Lage. Aus dieser Situation und dem Versuch, eine überholte globale Dominanzposition durchzusetzen, erwachsen fortlaufend Konflikte.

Zu konstatieren ist, dass nach dem Zusammenbruch des Dollar-geprägten Bretton-Woods-Systems Mitte der 1970er Jahre der Anspruch der USA, als währungspolitischer Anker zu agieren, einer sich beschleunigenden Erosion unterliegt. In Folge dessen sind die USA zunehmend zum Ausgangsland destabilisierender Kapitalmarktkrisen geworden, wie die Weltfinanzkrise von 2007-10 und aktuelle Bankenturbulenzen zeigen. Die BRICS-Staaten und ihre Anhänger gehen zunehmend zu nationalen Währungsaustausch-Praktiken über.

Deutschland und die EU befinden in einer ambivalenten Situation. Einerseits verfügt Mittel- und Westeuropa nicht über ausreichend natürliche Energieressourcen für eine mittelfristige Eigenversorgung. Andererseits hat diese Region eine günstige geoökonomische Lage, mit ihrer Nähe zu den reichsten Energieregionen der Welt: im Norden bis zur Arktis eigene Öl- und Erdgasvorkommen, im Osten die Energie- und Rohstoff-Weltmacht Russland, im Südosten die Öl-Region Nahost und der Erdgasgigant Iran, im Süden das gas-, öl- und sonnenreiche Nordafrika sowie im Westen der offene Meereszugang. Um diese günstigen Faktoren zu nutzen, wäre jedoch eine aktive Kooperations- und Nachbarschaftspolitik der EU notwendig. Die Rahmenbedingungen dafür sind aber auf absehbare Zeit nicht gegeben, wegen der Aufrechterhaltung der gescheiterten Sanktionen gegen Russland sowie der dilettantischen Nahostpolitik, insbesondere der einseitigen Stützung der völkerrechtsbrüchigen Positionen Israels.

Schlussfolgerungen

(1) Die multipolare Weltwirtschaft befindet sich in einer prekären Situation. Durch die neokonservative „Zeitenwende“ wurde die Welt ökonomisch gespalten und ein erklärter Systemkampf in Gang gesetzt. Das verstärkt die multiplen Krisenprozesse und verhindert langfristig die Lösung globaler Probleme mit tragischen Folgen. Der Westen verliert drastisch an Einfluss und gerät zunehmend in eine Isolation gegenüber der wachsenden Mehrheit der Weltbevölkerung und der Staaten mit Orientierung auf die BRICS.

(2) Zur Lösung der Weltwirtschaftskonflikte ist die Durchsetzung der völkerrechtlichen Grundprinzipien, insbesondere das der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten (UN-Charta 1945, Bandung-Konferenz 1955, KSZE 1975, Charta von Paris 1990) konsequent umzusetzen. Die gravierenden kulturell-zivilisatorischen Andersartigkeiten der Staaten sind zu akzeptieren. Das westliche Demokratiemodell ist in der Vielfalt von Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen nur als eine Variante zu verstehen.

(3) Der hochentwickelte Westen unter Führung der USA ist ökonomisch in einer multiplen Krise, primär geprägt durch Instabilitäten der Energie- und Rohstoffmärkte, der Geld- und Kapitalmärkte sowie einer unkalkulierbaren Inflation. Letztere belastet überdimensional die Bevölkerung und die Unternehmen.

(4) Die Europäische Union mit ihrem Kern – Frankreich und Deutschland – muss ihre Souveränität und Handlungsfähigkeit international durchsetzen und die faktische Unterwerfung unter die Politik der USA beenden. Der für die EU/Deutschland schädliche Sanktions- und Wirtschaftskrieg ist im Prozess eines Waffenstillstands und russisch-ukrainischer Friedensverhandlungen schrittweise zu beenden.

(5) Die globalen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu den USA sind aufrecht zu erhalten. Die Energiebeziehungen zu Russland sollten partiell revitalisiert werden und die Kooperation mit den BRICS-Staaten, insbesondere Asiens, ist allseitig auszubauen.

(6) Deutschland befindet sich in einer anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation. Die multiple Krise ist selbstverursacht. Die „Ampel“ ist nach zwei Jahren Regierungstätigkeit mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik im Wesentlichen gescheitert. Sie hat die sozio-ökonomische Kontinuität mit den deutschen Vorgängerregierungen abgebrochen – ein schwerer strategischer Fehler zulasten der Bevölkerung und der Wirtschaft.

(7) Der Gesamtzustand Deutschlands ist durch die gegenwärtige Ampelregierung konfliktreicher als vorher. Die zunehmenden außen- und binnenwirtschaftlichen Probleme führen zu einer sich zuspitzenden gesellschaftspolitischen Instabilität. Diese Art neokonservativer deutscher Politikausübung durch offensichtlich inkompetentes Führungspersonal in Schlüsselpositionen kann die Zukunft nicht gestalten. Das wird sich in den Ergebnissen der anstehenden Wahlen 2024/25 widerspiegeln.

Literatur

Die im Artikel ausgewiesenen Zahlen fußen, sofern nicht anders ausgewiesen, auf Quellen der Bundesstatistik, Statista, IMF, UNCTAD, UNESCO, Worldbank und WTO.

- IWF-Hiobsbotschaft. Deutschlands Wirtschaft überholt Japans – und stürzt bald mit ihr ab. In: Handelsblatt, 25.11.2023.
- Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. N 032 vom 1. Juni 2023. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N032_81.html
- Kleinwächter, Kai/ Kleinwächter, Lutz (2022): Außenpolitische Strategie Deutschlands. In: Crome, Erhard: Zeitenwende? Der Ukraine-Krieg und die deutsche Außenpolitik. WeltTrends, Potsdam. <https://welttrends.de/?s=Zeitenwende%3F>

- Rieken, Jörn (2023): Sanktionen als Instrument des Weltwirtschaftskrieges. In: WeltTrends Nr. 198, Potsdam. <https://welttrends.de/?s=Globaler+Wirtschaftskrieg>
- van Scherpenberg, Jens (2023): Wirtschaftskrieg und „regelgebundene Weltordnung“. In: WeltTrends Nr. 198, Potsdam. <https://welttrends.de/?s=Globaler+Wirtschaftskrieg>
- Schreiber, Wilfried/ Kleinwächter, Lutz (2023): Deutsche Sicherheitsstrategien und alternative Überlegungen. In: WeltTrends Nr. 199, Potsdam. <https://welttrends.de/?s=Deutschlands+Strategien+der+Unsicherheit>
- Storz, Wolfgang (2017): Kapitale Schrumpfkur? In: OXI. Wirtschaft für Gesellschaft. Die Monatszeitung, Juni 2017.

Strategien:

- (1) Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Hrsg. Auswärtiges Amt Berlin, Juni 2023. <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>
- (2) China-Strategie der Bundesregierung, Hrsg. Auswärtiges Amt Berlin, Juli 2023. <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf>
- (3) Verteidigungspolitische Richtlinien 2023, Hrsg. Bundesministerium der Verteidigung Berlin, November 2023. <https://www.bmvg.de/resource/blob/5701724/5ba8d8c460d931164c7b00f49994d41d/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-data.pdf>

ANZEIGE



Hans-Georg Schleicher

Doppelte Zeitenwende Der Süden Afrikas und Deutschlands Osten

1989 war ein Jahr großer Veränderungen, nicht nur in Europa. Im November richtete sich die Aufmerksamkeit auch auf Namibia. Die letzte Kolonie Afrikas wurde unabhängig, der Kolonialismus auf dem Kontinent beendet. Zur selben Zeit ging im benachbarten Südafrika mit der Freilassung Nelson Mandelas die Apartheid ihrem Ende entgegen. Hans-Georg Schleicher beschreibt die Parallelität der Veränderungen im Süden Afrikas und im Osten Deutschlands sowie die Spuren, die die DDR im Befreiungskampf Afrikas hinterließ.

WeltTrends, Potsdam 2020 | ISBN 978-3-947802-53-1 | 10,00 € | Bestellung: <https://welttrends.de/shop/>

Globalstrategische Veränderungen

Erhard Crome

Bei Themen von Macht und Weltsystem spielt politikwissenschaftlich „Ordnung“ eine wichtige Rolle. Hegemonialmächte und Imperien bringen, wenngleich auf unterschiedliche Weise, eine gewisse Ordnung in die internationalen Beziehungen, aus der auch andere, kleinere Staaten Nutzen ziehen. Sie tun dies im Eigeninteresse, doch nützt das anderen Staaten ebenfalls – so eine verbreitete Lesart. Die Zyklen des Auf und Ab scheinen sich zu überlappen, „so dass sich idealtypisch aus den Blütezeiten verschiedener großer Mächte eine Kette bilden lässt. Deren Glieder markieren die Phasen der großen Mächte im Zenit, wenn sie ihre stärkste Macht entfaltet haben [...]. Wenn die Abstiegsphase der einen großen Macht sich mit der Aufstiegsphase einer anderen kreuzt, kommt es zum imperialen bzw. hegemonialen Übergang, bei dem auch die Ordnungsfunktion weitergereicht wird. Dieser Wechsel kann friedlichen oder kriegerischen Charakters sein.“ (Menzel 2013: 13f.) Ein friedlicher Übergang bedarf historischer Voraussetzungen. In der britischen Marineführung und Regierung wurde in den 1920er Jahren die Entwicklung der Marine der USA als Bedrohung der britischen Vorherrschaft zur See angesehen. Selbst Winston Churchill, damals britischer Finanzminister, schrieb 1928, ein Krieg zwischen Großbritannien und den USA wäre zwar „töricht und katastrophal“, aber nicht „undenkbar“ (Charmley 2005: 18). Am Ende war es der Kampf gegen Hitlerdeutschland, der Großbritannien und die USA auch im Zweiten Weltkrieg zu Verbündeten machte.

Bald nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 titelte *Der Tagesspiegel* (13.10.2023): „Iran und Russland wollen den Westen zermürben. Dieser Flächenbrand hat System“. Seine Sichtweise präsentierte er so: „Tote in der Ukraine, Tote in Israel, Tote im Mittelmeer: Der Westen kämpft mit existenziellen Krisen. Das ist kein Zufall, sondern wird auch gesteuert aus Moskau und Teheran.“ Weiter heißt es: „Die Gleichzeitigkeit der Krisen raubt einem schon beim Zuschauen fast den Verstand. Zehntausende Tote in der Ukraine, tausende Tote jetzt in Israel und auch in Palästina, hunderttausende Menschen auf der Flucht nach Europa, tausende Tote im Mittelmeer.“

Eric Gujer, Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* (13.10.2023) und ein eher renommierter Kommentator, meinte ebenfalls: „Der Krieg gegen Israel ist auch ein Mittel, um die Weltordnung zu destabilisieren.“ Es sei „kein Zufall, dass Teheran einen Schattenkrieg gegen Israel führt und gemeinsam mit Nordkorea Russland Waffen liefert. Die USA und ihre Verbündeten werden durch eine Staatengruppe herausgefordert, die an mehreren Fronten die Auseinandersetzung sucht.“ China unterstütze diese Länder politisch und wirtschaftlich. Da wollte sich Oberst a.D. Roderich Kiesewetter, Obmann der CDU im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, nicht lumpen lassen: Der Iran schaffe „in enger Kooperation mit Russland einen neuen Kriegsherd, um die Aufmerksamkeit von der Ukraine weg zu lenken und den Westen zu verunsichern“. Wir befänden uns „in einem Zeitalter, in dem es verschiedene Konflikte gibt, die vielfach miteinander zusammenhängen“; das sei vielleicht „eine neue Form des Dritten Weltkrieges“ (*Hamburger Abendblatt*, 10.10.2023). Historisch war es eine Vorgehensweise des Stalinismus, „objektive“ Probleme in der Wirtschaft oder im Militärwesen umzudeuten in „subjektive“ Feindsätigkeit oder Verrat. Das hat nun die Lagebewertungen des Westens ergriffen.

Übergangsphänomene

Wird heute die Frage nach den Beziehungen zwischen China und den USA oder der EU und den USA gestellt, steht im Hintergrund, dass wir uns seit Anfang des 21. Jahrhunderts wieder in einer Phase hegemonialen Übergangs befinden. Der ist durch den Abstieg der USA als globale Hegemonialmacht gekennzeichnet. Sie sind nicht mehr die „unilaterale Supermacht“, wie in den 1990er Jahren mancher meinte. Das Fiasko im Irak-Krieg und das im Afghanistan-Krieg markieren das globalstrategisch und militärisch. Die Frage aber, ob nun China als Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie viele Analytiker im Westen gern fragen, ist falsch gestellt. Eher entsteht ein globales „Konzert der Mächte“. Hier ringen mehrere mächtige Zentren um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht. Die USA haben nach wie vor eine der größten Volkswirtschaften der Welt und verfügen über die unstrittig mächtigste Militärmaschinerie. Weder die eine noch die andere versetzt sie jedoch in die Lage, der Welt nach Belieben ihren Willen aufzwingen zu können. Politisch, wirtschaftlich sowie technologisch und in der Konsequenz auch

militärisch agieren China und Indien auf einer vergleichbaren Ebene. Die EU wirtschaftlich ebenfalls, militärisch eher nicht; dagegen Russland militärisch, aber wirtschaftlich nicht. Insofern haben wir es in der Welt des 21. Jahrhunderts wieder mit fünf unterschiedlichen Großmächten, einer „Pentarchie“ zu tun, wie einst zwischen den Stadtstaaten Oberitaliens Anfang der Neuzeit oder im Europa des beginnenden 20. Jahrhunderts.

In Medien, Politik und politikwissenschaftlicher Literatur wird gern der Terminus „Multipolarität“ benutzt. Der trifft die Charakterisierung der heutigen internationalen Beziehungen jedoch nicht wirklich. Es existiert ein Machtgefälle, bereits zwischen diesen fünf Machtpolen und der nächsten Reihe, zu der die BRICS-Staaten Brasilien und Südafrika zu rechnen sind sowie Staaten wie Japan, Südkorea, Türkei, Indonesien, Pakistan, Saudi-Arabien oder Mexiko. Da es die alte „ordnende“ Hegemonialmacht nicht mehr gibt, eine neue nicht in Sicht ist, und die Pentarchie ohnehin eine Gefüge ständiger Machtkonkurrenzen ist, ist die derzeitige Welt eine der Instabilitäten. Der Wechsel vollzieht sich tendenziell unfriedlich. Er kann nur im Rahmen der Pentarchie sowie des Rechtsrahmens der UNO eingehgt und verfriedlicht werden.

So sind drei Grundgestalten des Krieges zu unterscheiden: (1) Die Kriege, die die USA selbst führen: als direkt kriegsführende Macht mit mehr oder weniger hilfswilligen Foederaten, wie gegen Jugoslawien, in Afghanistan und gegen Irak sowie Libyen, oder als Princeps, der Stellvertreter seine imperialen Kriege führen lässt, wie im Falle der Ukraine. (2) Kriege, die aufstrebende Mächte direkt oder indirekt führen, wie die Türkei in Syrien, Aserbajdschan und Syrien; oder Iran und Saudi-Arabien in Jemen gegeneinander. (3) Kriege, die regionale Kräfte für eine neue Selbständigkeit oder Unabhängigkeit führen, wie die Huthi in Jemen, die „Volksbefreiungsfront“ in Tigray (Äthiopien), die Kurden in der Türkei und Syrien. Dem Grunde nach gehört auch der derzeitige Gaza-Krieg in diese Kategorie.

Die Zahl der Kriege, global betrachtet, ihre Härte und Schärfe nimmt zu. Das ist ein Zeichen dafür, dass das kurze „unipolare“ Zeitfenster, da die USA im Zenit ihrer Macht standen, sich schließt, aber ein neues noch nicht geöffnet ist. Inzwischen will selbst Venezuela, ein Staat der dritten oder vierten Reihe in der globalen Machthierarchie, weite Teile eines Nachbarlandes – Guyana – annektieren; was die USA und Brasilien auf den Plan ruft, die sich eigentlich machtpolitisch in Gegensatz zueinander befinden.

Verschiedene Ebenen

Der Ukraine-Krieg wird – das gilt in verschiedener Hinsicht auch für die anderen Kriegsgestalten – auf drei Ebenen geführt: des Schießkrieges im Feld, des Wirtschaftskrieges zwischen dem „kollektiven Westen“ und Russland und des Propagandakrieges. Dabei besteht stets ein enger Zusammenhang von realem Krieg vor Ort und der Propagandaschlacht um den Krieg.

Der Ukraine-Krieg Russlands prägt in erheblichem Maße die politische Tagesordnung in Europa (Crome 2022). Er ist völkerrechtswidrig – es gibt gemäß dem Kriegsächtungspakt von 1928 und der UNO-Charta von 1945 kein Recht auf einen Angriffskrieg, auch wenn die russische Regierung behauptet, einen Präventivkrieg zu führen. Deutschland verstrickt sich seinerseits immer weiter in diesen Krieg. Es hat sich ohne Not der geopolitischen Linie der Biden-Administration der USA untergeordnet. Eine ausufernde Propaganda im Innern und nach außen flankiert eine fehlgeleitete deutsche Außen- und Militärpolitik, die in der Ukraine die Opfer, die Zerstörungen und die Zahl der Flüchtlinge immer weiter vergrößert. Von einem „Siegfrieden“ der Ukraine und des Westens ist realistischweise nicht auszugehen.

Dabei haben wir es zunächst mit einer wechselseitigen Fehldarstellung zu tun. Moskau behauptet, der Westen führe einen Krieg gegen Russland, führt in der Tat aber einen Regionalkrieg in der Ukraine. Der Westen beharrt darauf, dass es ein lokaler Krieg der Ukraine zu ihrer Verteidigung sei, den er lediglich unterstütze, führt tatsächlich jedoch einen breit angelegten Krieg gegen Russland, in Gestalt von Waffenlieferungen, logistischer Unterstützung und Ausbildungsleistungen für die ukrainischen Streitkräfte und eines Wirtschaftskrieges, um Russland dauerhaft als relevante Macht in der internationalen Politik auszuschalten.

Krieg und Propaganda

Jacques Baud, Oberst der Schweizer Armee, hatte für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst, die UNO – darunter in unterschiedlichen Friedensmissionen – sowie für die NATO gearbeitet. Er erklärte im Februar 2023, Russland gehe es nicht in erster Linie um Territorium, sondern um die Vernichtung des militärisch relevanten Potenzials der Ukraine. Die Hauptkapazitäten der ukrainischen Streitkräfte wurden 2022

zerstört. Danach sei die ukrainische Armee „eine bunte Ansammlung von Material unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Logistikketten.“ Das Problem der Ukrainer sei nicht der Mangel an Waffen, sondern die fehlende Fähigkeit, „diese in eine optimale und effiziente Führungsstruktur zu integrieren“. Die Ukraine habe bereits seit 1990 einen Großteil ihrer Bevölkerung verloren. Kriegsverluste und Flucht würden die Zukunftsperspektiven des Landes weiter verbauen.

Ende März 2023 betonte Baud, dass die Ukraine nie Gelände erobert habe, „aus dem die russische Armee nicht schon früher absichtlich abgezogen war“. Seit Beginn des Krieges habe „die ukrainische Armee kein Territorium durch Kampf erobert.“ Im Sommer 2022 hatte Russland sein Ziel der „Entmilitarisierung“ der Ukraine erreicht. Deren Armee hatte „fast ihre gesamte Einsatzfähigkeit verloren und begann, von westlicher Militärhilfe abhängig zu werden. Selenskij musste die Territorialverteidigung mobilisieren und bat den Westen um Waffen.“ Was die Zahl der Verluste anbetrifft, würden beide Seiten die geheim halten. Im Westen würden stets die Zahlen der ukrainischen Propaganda angegeben. Deshalb seien die Zahlen für die Russen so hoch, für die Ukraine so niedrig; wer die anzweifeln gelte als „Verschwörungstheoretiker“. Die westlichen Journalisten würden die Informationen ohne Überprüfung weitergeben „und wie Papageien arbeiten“.

Tatsächlich verlor die Ukraine bei der Schlacht um Bachmut im Frühjahr 2023 täglich ein Bataillon an Toten und Verwundeten, das waren an jedem Tag 200 bis 300 Mann. Die Zahl der Toten auf russischer Seite lag etwa zehnmal niedriger, als von der ukrainischen Propaganda angegeben, und deutlich niedriger als die ukrainischen Verluste. Die Russen hätten mehr Waffen, als der Westen der Ukraine offerieren kann. Die russische Armee habe eine Artillerieüberlegenheit von 10 zu 1. Die NATO „war überhaupt nicht darauf vorbereitet, der Ukraine etwas zu liefern, weil sie in der Vergangenheit ganz andere Kriege geführt hat“ (Baud 2023a).

Aufschlussreich war die Äußerung Selenskij zum Kampf um Bachmut. In einem Interview für die Nachrichtenagentur AP antwortete er auf den Einwand, westliche Militäranalysten meinten, die Stadt sei nicht von großer strategischer Bedeutung, im Fall eines russischen Sieges im Kampf um Bachmut könnte der Rückhalt in der ukrainischen Bevölkerung für den Krieg nachlassen. „Unsere Gesellschaft könnte müde werden und mich zu einem Kompromiss mit Russland drängen.“ Zugleich könnte dann die westliche Unterstützung nachlassen. (*www.tagesspiegel.*

de, 29.03.2023). Das wiederum bestätigte eine Grundeinschätzung von Jacques Baud: „In der Ukraine führt im Grunde genommen Selenskij den Krieg. In Russland führen hohe Militärs wie Gerassimow und Surowikin den Krieg. Das ist etwas ganz anderes. Es sind militärische Leute, die den Krieg führen. Putin sagt kein Wort zu militärischen Operationen. Er hat die politischen Richtlinien gegeben. Das ist normalerweise so, und das Militär muss diese in militärische Operationen umsetzen. In der Ukraine ist das eine rein politische Führung. Das Militär führt das aus, was Selenskij sagt, und deshalb ist die Propaganda so wichtig für die Ukraine. Das Ziel ist nicht einmal, im Feld zu siegen. Das wichtige Element für die Ukraine ist, dass Russland verliert.“ (Baud 2023a)

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, Walerij Saluschnij, sah im Herbst 2023 sein Land auf dem Schlachtfeld in einer Pattsituation und verglich die Lage mit den Grabenkämpfen des 1. Weltkrieges. Damit räumte er das Scheitern der großangekündigten ukrainischen Gegenoffensive des Sommers ein (*www.economist.com*, 01.11.2023). Selenskij konterte, es gebe keine Pattsituation, und versuchte, den Westen dafür verantwortlich zu machen. Die Offensive war von Anfang an schlecht aufgestellt, meinte das polnische Magazin „*Wprost*“ (03.11.23). Die Ukrainer seien „Opfer ihres eigenen Erfolgs in der ersten Phase des Krieges geworden, als eine beispiellose Mobilisierung der Bevölkerung und die Unterstützung der Nato es ermöglichten, die schwerfällige Kriegsmaschinerie Moskaus aufzuhalten und sie sogar aus einigen Gebieten zurückzudrängen.“ Dann begann jedoch der Strom der Militärhilfe für die Ukraine zu versiegen. „Um ihn aufrechtzuerhalten, veranlasste Präsident Selenskij eine Offensive, deren Sinnhaftigkeit selbst seine Generäle angezweifelt haben sollen. Ohne angemessene Luft- und Artillerieunterstützung war das Ergebnis leicht vorauszusehen: Die Ukrainer würden in schweren Kämpfen ausbluten.“

Als Selenskij am 12. Dezember 2023 in Washington war, sagte US-Präsident Joe Biden, die USA würden die Ukraine „so lange wir können“ militärisch unterstützen. Bisher hieß es „so lange wie nötig“. Dass Deutschland, Frankreich und die sonstige EU sowie Großbritannien das Ausscheren der USA ausgleichen können, dürfte unwahrscheinlich sein. Man könnte auch sagen, die USA sind nicht nicht mehr in der Lage, den von ihnen angezettelten Stellvertreterkrieg in der Ukraine weiter zu bestimmen und erfolgreich für sich zu entscheiden.

Unterschiedliche Kontexte

Der völkerrechtswidrige Ukraine-Krieg Russlands ist das Ergebnis von Moskauer Entscheidungen und seiner Bedrohungsperzeptionen angesichts der NATO-Osterweiterung, die unter Bruch der Zusagen des Westens an Moskau von 1990 durchgezogen wurde. Der mörderische, terroristische Angriff von Hamas-Kämpfern auf israelische Zivilpersonen, auch Frauen, Kinder und Greise, am 7. Oktober 2023 ist von der Hamas im Gaza-Streifen vorbereitet und geführt worden – einen Zusammenhang gibt es höchstens insofern, als im Westen dieselben globalistischen Strategen sich damit befassen.

Die Hamas-Leute erfüllen weithin die Kriterien des „Partisanen“, wie ihn Herfried Münkler in Anlehnung an Carl Schmitt als Gestalt des asymmetrischen Krieges beschrieben hat (Münkler 1990). Gewalttätige Verbrechen gegen zivile Angehörige der als „Kolonialmacht“ angesehenen europäisch-stämmigen Siedlerbevölkerung, deren Tötung und Verschleppung gehörten in Algerien und Kenia zu den Methoden des antikolonialen Kampfes der 1950er und 1960er Jahre. Dort hatte die französische bzw. britische Armee zunächst ebenfalls mit äußerster Brutalität, auch gegen die eingeborene Zivilbevölkerung reagiert.

In einer zeitgenössischen Publikation der DDR, die den antikolonialen Kampf in ein positives Licht rückte, hieß es zu Algerien: Die FLN (Front des Libération National) „begann den Aufstand in den Städten mit Sprengstoff- und anderen Anschlägen“. In der Nacht zum 1. November 1954 wurden in den Städten 30 Anschläge verübt, dazu gehörten Anschläge auf Vertreter der französischen Kolonialmacht, Grundbesitzer, Gendarmen und Soldaten, aber auch Anschläge auf Restaurants, die von Franzosen besucht wurden, und „Ansammlungen von Europäern“. Das wurde in der DDR allerdings mit einer Relativierung versehen: Lenin habe terroristische Aktionen abgelehnt, weil „die Volksmassen“ nicht beteiligt waren (Meinicke-Kleint 1965: 225f.).

Die Anschläge der FLN auf Zivilpersonen in Algerien als Taktik, um die bestehende Macht zu verunsichern und zu unterminieren, liegen lange zurück und wurden in den Geschichten des antikolonialen Kampfes oft verklärt oder gerieten in Vergessenheit. Der entscheidende Unterschied ist, die Franzosen konnten aus Algerien nach Frankreich „nach Hause“ ziehen, auch wenn sie bereits in der dritten Generation in Algerien geboren waren, und die Briten aus Kenia nach Großbritannien, während die

israelischen Juden nur in Israel ihre Heimstatt haben. Die Anschläge der Hamas jedoch haben historische Vorbilder, gerade auch im Nahen und Mittleren Osten.

Zugleich erfüllt die wechselseitige Brutalität des Kampfes der Hamas und der israelischen Streitkräfte das Kriterium der „totalen Entwertung des Feindes“, das Carl Schmitt besonders hervorgehoben hatte: „In einer Welt, in der sich die Partner [...] gegenseitig in den Abgrund der totalen Entwertung hineinstoßen, bevor sie sich physisch vernichten, müssen neue Arten der absoluten Feindschaft entstehen. Die Feindschaft wird so furchtbar werden, dass man vielleicht nicht einmal mehr von Feind oder Feindschaft sprechen darf und beides sogar in aller Form vorher geächtet und verdammt wird, bevor das Vernichtungswerk beginnen kann. Die Vernichtung wird dann ganz abstrakt und ganz absolut. Sie richten sich überhaupt nicht mehr gegen einen Feind, sondern dient nur noch einer angeblich objektiven Durchsetzung höchster Werte, für die angeblich kein Preis zu hoch ist. Erst die Ablehnung der wirklichen Feindschaft macht die Bahn frei für das Vernichtungswerk einer absoluten Feindschaft.“ (Schmitt 1963: 95.)

Nach israelischen Angaben wurden am 7. Oktober 2023 1.200 Israelis ermordet, seither über 5.400 israelische Bürger in den Kämpfen verletzt (*de.statista.com*, 11.12.2023). Der Sender *El Jazeera* (Doha) hat am 13. Dezember gemeldet, dass im Gefolge der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen 1,9 Millionen Palästinenser aus ihren Wohnungen und ihren Wohngebieten vertrieben wurden. Es gab 18.600 tote Palästinenser, 50.600 Palästinenser wurden verwundet; 7.729 Kinder und 5.193 Frauen wurden im Gaza-Streifen durch israelische Bombenangriffe und durch den Bodenkrieg getötet. Gezählt wurden bisher 134 getötete UNO-Mitarbeiter, 300 ermordete Mediziner. Am 15. Dezember wurde im Gefolge der israelischen Kriegshandlungen ein Kameramann von *El Jazeera* getötet; das war der 90. Journalist. Auf der anderen Seite waren 115 tote israelische Soldaten seit Beginn der Bodenoffensive zu beklagen.

Palästina wieder im Krieg

Zum Hintergrund des aktuellen Konflikts hat der israelische Historiker Moshe Zuckermann darauf verwiesen, dass das Israel Netanjahus „Geburtshelfer der Hamas“ war. Sie verhinderte die Gründung eines palästinensischen Staates, weil er eine Zweistaatenlösung unter Führung

der PLO – der traditionellen palästinensischen Befreiungsorganisation, die in der Westbank die Autonomie-Behörde stellt – als „die eigentliche politische Bedrohung Israels“ ansah. (*Berliner Zeitung*, 20.10.2023) Moshe Zimmermann, ebenfalls Historiker, betonte, dass 2014 der Friedensprozess formal am Ende war und niemand in Israel etwas für die Fortsetzung dieses Prozesses getan hat. Die Netanjahu-Regierung habe die Hamas als „islamistische Terrororganisation nicht ernst genommen“ und deshalb „die Orte im Kernland Israel nicht beschützt“. Die Regierung habe sich „in erster Linie um die jüdischen Siedlungen im Westjordanland gekümmert und nicht um den Schutz der israelischen Staatsbürger im Kernland Israel, für den der Staat gegründet wurde.“ (<https://taz.de>, 01.11.2023) Laut *New York Times* kannten Geheimdienstleute Israels bereits vor einem Jahr die Angriffspläne der Hamas (allerdings nicht den Termin), nahmen die jedoch nicht ernst, weil sie die Hamas dafür nicht für fähig hielten. Israel wusste auch um die Geldzahlungen Katars an die Hamas. Bei einem inoffiziellen Besuch des Mossad-Chefs im September 2023 in Doha wurde dieser gefragt, ob die Zahlungen fortgesetzt werden sollten. Er bejahte – den Quellen nach im Auftrage Netanjahus – und meinte, dies würde zu Frieden und Stabilität in der Region beitragen (*Berliner Zeitung*, 13.12.2023).

Der israelische, in den USA lehrende Historiker Omer Bartov betonte ebenfalls, dass Ministerpräsident Netanjahu „sich bewusst dafür entschieden“ habe, „die Hamas zu unterstützen und die Palästinensische Autonomiebehörde im Westjordanland zu schwächen, weil er glaubte, dass dies der beste Weg sei, um die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Er hat den Wind gesät, den die israelische Gesellschaft nun als den Sturm dieser Katastrophe ernten musste.“ Israel sei „zu der Überzeugung gelangt, dass es die palästinensische Frage ‚managen‘ könne, indem es gelegentlich durch massive Bombenangriffe das Gras im Gazastreifen ‚mäht‘ und das besetzte Westjordanland in isolierte Gemeinden unter einem System von Kontrollpunkten und Überwachung aufteilt.“ Militärisch lasse sich der Israel-Palästina-Konflikt nicht lösen. „Der verabscheuungswürdige Angriff der Hamas muss als Versuch gewertet werden, die Aufmerksamkeit auf die Notlage der Palästinenser zu lenken.“ (*Berliner Zeitung*, 15.10.2023)

António Guterres war Premierminister Portugals, Präsident der Sozialistischen Internationale und bis 2015 zehn Jahre Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, bis er 2017 UNO-Generalsekretär

wurde. Hier hat er sich stets bemüht, in den sich ausweitenden Krisen der Weltpolitik die Rolle der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und zur Einhaltung des Völkerrechts zu stärken. In diesem Sinne hielt er im UN-Sicherheitsrat am 24. Oktober 2023 eine kurze Ansprache zur aktuellen Lage im Nahen Osten. Darin verurteilte er erneut „die schrecklichen und beispiellosen Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober“ und betonte die Prinzipien des Völkerrechts, „angefangen beim Grundprinzip der Achtung und des Schutzes der Zivilbevölkerung“. Zugleich mahnte er: „Es ist wichtig zu erkennen, dass die Angriffe der Hamas nicht im luftleeren Raum stattfanden. Das palästinensische Volk war 56 Jahre lang einer erdrückenden Besatzung ausgesetzt. Es hat miterlebt, wie sein Land ständig durch Siedlungen verschlungen und von Gewalt heimgesucht wurde. Seine Wirtschaft kam zum Stillstand; seine Menschen wurden vertrieben und seine Häuser zerstört. Seine Hoffnungen auf eine politische Lösung ihrer Notlage sind geschwunden.“ Dann stellte er unmissverständlich klar: „Aber die Beschwerden des palästinensischen Volkes können die entsetzlichen Angriffe der Hamas nicht rechtfertigen. Und diese entsetzlichen Angriffe können die kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes nicht rechtfertigen.“ An die Adresse Israels gerichtet unterstrich er: „Der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutet nicht, mehr als eine Millionen Menschen zur Evakuierung in den Süden zu befehlen, wo es keine Unterkunft, keine Nahrung, kein Wasser, keine Medikamente und keinen Treibstoff gibt, und dann den Süden selbst weiter zu bombardieren. Ich bin zutiefst besorgt über die eindeutigen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die wir in Gaza beobachten.“ (*www.die-presse.com*, 25.10.2023)

Israel reagierte verärgert. Der Botschafter bei der UNO, Gilad Erdan, drehte Guterres das Wort im Mund um und behauptete, die Aussage, dass „der mörderische Terrorangriff der Nazi-Hamas nicht im luftleeren Raum stattfand“, sei eine Rechtfertigung von Terror und Mord, Guterres habe eine „verzerrte und unmoralische Sicht“ auf die Masaker vom 7. Oktober. Israels Außenminister Eli Cohen sagte ein Treffen mit dem UNO-Generalsekretär ab. (*www.zeit.de*, 24.10.2023)

Ab 2005 war Christoph Heusgen außen- und sicherheitspolitischer Berater von Angela Merkel; 2017 wurde er Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, auch weil Deutschland 2019/20 nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrates wurde. Seit 2022 ist er Chef der

Münchener „Sicherheitskonferenz“ – weder dort noch hier ist er bisher als friedenspolitische Taube aufgefallen. Gleichwohl versuchte er jetzt, sozusagen mit diplomatischer Professionalität, die Position von Guterres zu verteidigen. Im ZDF sagte er am 24. Oktober, man müsse „verhindern, dass es einen Flächenbrand gibt, also keinen Einmarsch der israelischen Truppen im Gazastreifen“, und er forderte die Zwei-Staaten-Lösung. Die Masaker der Hamas am 7. Oktober nannte er eine „Hamas-Aktion“. Israels Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, bezeichnete Heusgens Äußerungen als „ungeheuerlich“, der habe den Terrorangriff der Hamas verharmlost. Worauf sich dieser mit diplomatischen Worten entschuldigte. (*www.tagesspiegel.de*, 25.10.2023)

Gehen wir davon aus, dass Heusgen als früherer Sicherheitsberater seine Worte ursprünglich richtig gewählt hat, so sind die Angriffe der Hamas in einen militärischen Kontext zu stellen. Ein wichtiger Hinweis findet sich bei Herfried Münkler: „Der Pilot eines Kampfbombers oder die Besatzung eines Kriegsschiffes, von dem aus Tomahawk-Raketen abgefeuert werden, befinden sich außerhalb der Reichweite gegenerischer Waffen. Der Krieg hat hier alle Charakteristika der klassischen Duellsituation verloren und sich, zynisch gesagt, gewissen Formen von Schädlingsbekämpfung angenähert.“ (Münkler 2002: 234.)

Israel hat seit dem Sechstage-Krieg 1967 eine klare militärische Überlegenheit seiner Streitkräfte und Waffen gegenüber allen anderen Akteuren in der Region; die wurde durch das militärische Patt im Jom-Kippur-Krieg 1973 nicht infrage gestellt und mit dem Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten (1979) faktisch sanktioniert. In allen militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten seither war die militärisch-technische Überlegenheit der „Schädlingsbekämpfer“ offensichtlich und uneinholbar. Eine militärische Gegen-Aktion konnte am Ende nur im terroristischen Meuchelmord bestehen: Die einen morden mit den neuesten technischen Mitteln und inzwischen unter Nutzung der „künstlichen Intelligenz“, die anderen atavistisch „händisch“. Dafür brauchte es fanatisierte, gut ausgebildete Kämpfer, ausgeführt mit Handfeuerwaffen und MACHETEN, und in Geiselnahmen; getragen von der Bereitschaft, selbst zu sterben.

Selbstmordattentäter gehören seit Jahrzehnten zum Kriegsgeschehen im Nahen Osten. Die Hamas hat die jetzt im Einsatz befindlichen Kräfte offenbar seit Jahren vorbereitet. Während die israelischen Geheimdienste das relative Stillhalten der Hamas im Gaza-Streifen als Schwäche deuteten.

Israel, Gaza und das Völkerrecht

Der bereits zitierte Jacques Baud hat zu dem jetzigen Gaza-Krieg betont, dass die Besatzungsmacht „kein Recht auf Selbstverteidigung gegen die Besetzten“ hat. Gemäß Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates von 1967 ist Israel in den palästinensischen Gebieten illegal und eine Besatzungsmacht. Alle durch Israel dort getroffenen Maßnahmen sind null und nichtig und es ist verpflichtet, sich aus diesen Gebieten zurückzuziehen. Widerstand gegen die Besatzung ist – so Baud – legal. (Baud 2023b). Dabei bezieht er sich zugleich auf die Resolution 45/130 (1990) der UNO-Vollversammlung. Die forderte – nach dem Ende des Kalten Krieges und unter Bezugnahme auf die UNO-Deklaration „über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker“ vom 14. Dezember 1960 – die „universelle Realisierung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung“. Hier geht es um die Beseitigung der verbliebenen Kolonialregimes, so das Apartheid-Regime in Südafrika, in Namibia und auf den Komoren. Explizit genannt wird aber auch Palästina: Das palästinensische Volk habe „das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität, Unabhängigkeit und auf die Rückkehr nach Palästina“. Das schliesse – hier wieder verallgemeinert – „die Legitimität des Kampfes der Völker für Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von kolonialer Herrschaft, Apartheid und ausländischer Besetzung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein, einschließlich dem bewaffneten Kampf“ (<https://documents-dds-ny.un.org>).

Die Baudsche Argumentation ist eine strikt völkerrechtliche. Die Verurteilung der Mordaktionen der Hamas-Kämpfer am 7. Oktober ist eine moralische. Sie darf aber das Ausmaß der Kriegaaktionen der israelischen Streitkräfte, die sich inzwischen gegen die zwei Millionen Einwohner des Gaza-Streifens insgesamt richten und in keinerlei Verhältnis zu den Verbrechen am 7. Oktober stehen, nicht kaschieren. Baud betont: „Würde – ironischerweise – Israel die Existenz eines palästinensischen Staates anerkennen, könnte es einen Verteidigungskrieg gegen ihn führen. Israels international anerkannter Status ist jedoch der einer Besatzungsmacht, und als solche ist es seine Verantwortung, die palästinensische Bevölkerung zu schützen, nicht sie zu zerstören.“ (Baud 2023b).

Die „deutsche Staatsräson“ gehört zuallererst dem Grundgesetz. Dort heißt es im Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Da gibt es keine Differenzierung zwischen Juden und Palästinensern.

Einsame Rache

Premierminister Benjamin Netanjahu hat die israelische Kriegsführung „gewaltige Rache“ genannt (Der Spiegel, 42/2023). Aber Rache ist keine Kategorie des geltenden Völkerrechts, sie gehört eher in die „Heilige Schrift“, ins Alte Testament. Der frühere iranische Außenminister Ali Akbar Salehi sagte dazu gegenüber Al Jazeera: „Die Israelis haben ihre Rationalität verloren.“ Selbst die westlichen Staaten, die Israel unterstützen, folgen dem Pfad der Rache nicht.

International ist es seit Monaten erklärtes Ziel, eine Ausweitung des Krieges und weitere zivile Opfer zu vermeiden. Die Außenminister der G7 verurteilten auf ihrem Treffen am 8. November in Tokio die Gewalttaten der Hamas, bezeichneten aber auch die Zunahme der Gewalt durch extremistische israelische Siedler im Westjordanland als „inakzeptabel“. Sie forderten humanitäre Korridore und Feuerpausen, um die Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu ermöglichen. Der „einzige Weg zu einem gerechten, dauerhaften und sicheren Frieden“ im Nahen Osten sei die Zweistaatenlösung, also die Schaffung eines palästinensischen Staates, der friedlich mit Israel koexistiert. US-Außenminister Blinken erteilte Netanjahus Gaza-Plänen eine Abfuhr. Für einen Frieden in Gaza dürfe es weder eine Vertreibung der Palästinenser noch eine erneute Besetzung des Gaza-Streifens geben. Zu den Voraussetzungen für einen „dauerhaften Frieden und Sicherheit“ gehöre, dass „die Palästinenser nicht gewaltsam aus dem Gazastreifen vertrieben werden, nicht jetzt und nicht nach dem Krieg“.

Die EU-Außenminister betonten auf ihrem Treffen am 13. November entsprechende Bedingungen. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nannte dies „drei Jas und drei Neins“. Die Neins sind, dass (1) die Palästinenser nicht aus dem Gazastreifen zwangsumgesiedelt und das Gebiet des Gazastreifens nicht verkleinert wird; (2) dass die israelische Armee das Gebiet nicht wieder besetzt und die Hamas dorthin nicht wieder zurückkehrt; (3) dass die Frage des Gazastreifens nicht von der Gesamtlösung des Palästinaproblems abgetrennt wird. Die drei Jas sollen sein, vor Ort Akteure zu finden, die zum Aufbau von Institutionen beitragen, arabische Länder sich an der Suche nach Lösungen beteiligen und dass die EU sich stärker in der Region engagiert.

Nachdem frühere Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates durch Veto der USA verhindert wurden, kam der am 15. November endlich zu

einem Beschluss. Die vom Ratsmitglied Malta eingebrachte Resolution verlangte „dringende und ausgedehnte humanitäre Pausen und Korridore im gesamten Gazastreifen für eine ausreichende Anzahl von Tagen“, um humanitäre Hilfe zu gewährleisten. Die Resolution formulierte die „tiefe Besorgnis über die humanitäre Lage im Gazastreifen und ihre schwerwiegenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, insbesondere die unverhältnismäßigen Auswirkungen auf Kinder“. Alle Beteiligten wurden zur Einhaltung des Völkerrechts aufgefordert, eine „Zwangsumsiedlung der Zivilbevölkerung“ wird abgelehnt, lebensnotwendige Dienste dürften den Menschen im Gazastreifen nicht vorenthalten werden.

Die USA verzichteten auf ein Veto, sie enthielten sich, wie auch Großbritannien und Russland, die anderen zwölf Ratsmitglieder – auch China und Frankreich – stimmten zu. Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates sind völkerrechtlich bindend. Israel lehnte die Resolution ab. Es konnte sich dem zunächst nicht entziehen. Die zeitweilige Waffenruhe hielt jedoch nur einige Tage, am 1. Dezember wurden die Kriegshandlungen wieder aufgenommen. Eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates für einen dauerhaften Waffenstillstand scheiterte am 8. Dezember vom Veto der USA; 13 Rats-Mitglieder stimmten dafür, Großbritannien enthielt sich.

Am 12. Dezember forderte die UNO-Vollversammlung einen sofortigen humanitären Waffenstillstand. Von den 193 UNO-Mitgliedsstaaten stimmten 153 Länder dafür; 10 dagegen, darunter Israel und die USA; 23 enthielten sich, darunter Deutschland und Großbritannien. Die EU hatte keine gemeinsame Position: Frankreich und Griechenland stimmten für die Resolution, Österreich dagegen. Am Ende zeigt sich an der Abstimmung über diese Resolution, dass die Weltverhältnisse nicht mehr den Wünschen des Westens folgen. Unabhängig davon, was die Hamas-Führer im Sinn hatten, trägt Israels Krieg in Gaza objektiv zu den globalstrategischen Veränderungen zuungunsten des Westens bei.

(Redaktionsschluss: 15. Dezember 2023.)

Literatur

- Baud, Jacques (2023a): Die westlichen Waffen verlängern den Konflikt, ohne die Situation der Ukraine zu verändern (*Interview*), in: *Zeitgeschehen im Fokus*,

Nr. 5 vom 29. März 2023. <https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-5-vom-29-maerz-2023.html>.

- Baud, Jacques (2023b): Eine Besatzungsmacht hat kein Recht auf Selbstverteidigung gegen die Besetzten. Das Vorgehen Israels verstößt gegen das Kriegsrecht (Interview), in: *Zeitgeschehen im Fokus*, Nr. 16/17 vom 17. November 2023. <https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-16-17-vom-17-november-2023.html>.
- Charmley, John (2005): *Der Untergang des Britischen Empires*, Graz: Ares Verlag.
- Crome, Erhard (2022): *Russlands ukrainischer Krieg. Die Ursachen und die Folgen*, Berlin: edition ost.
- Meinicke-Kleint, Heinz (1965): *Algerien–Marokko–Tunesien. Unterjochung und Befreiung*, Berlin: Dietz Verlag.
- Menzel, Ulrich (2013): *Internationale öffentliche Güter und die Kontrolle der globalen Allmenden*, in: Crome, Erhard/ Krämer, Raimund (Hrsg.) (2013): *Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert*, Potsdam: WeltTrends Verlag.
- Münkler, Herfried (Hrsg.) (1990): *Der Partisan: Theorie, Strategie, Gestalt*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*, Berlin: Rowohlt Verlag.
- Schmitt, Carl (1963): *Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen*, Berlin: Duncker & Humblot.

ANZEIGE



Yuru Lian / Raimund Krämer (Hrsg.)

China und Deutschland in einer turbulenten Welt

Vor 50 Jahren nahmen die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen auf. Das ist der Anlass für diesen Sammelband. Er umfasst chinesische und deutsche Autoren und gibt dem deutschen Publikum profunde Einblicke in die aktuellen Entwicklungen in China und die chinesische Diplomatie auf den verschiedenen Feldern der Weltpolitik. Sie vermitteln chinesische Weltansichten, die hierzulande wahrgenommen und respektiert werden sollten. In einer Zeit, in der auch das Verhältnis zwischen China und Deutschland schwieriger ist, ist es wichtig, offen für das Andere zu sein.

Autorenverzeichnis

Dr. habil. Erhard Crome



Geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, Promotion und Habilitation am Institut für Internationale Beziehungen der DDR (IIB) in Potsdam-Babelsberg, 2002-2016 Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik.

Dr. Petra Erler



Geb. 1958, Politikwissenschaftlerin, 1990 Staatssekretärin für Europafragen im Amt des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière; 2006-2010 Chefin des Kabinetts von EU-Kommissar Günter Verheugen. Seit 2010 Geschäftsführerin von The European Experience, Potsdam.

Kerstin Kaiser



Geb. 1960, Studium der Russischen Sprache und Literatur, Diplomslawistin. Bis 2016 Abgeordnete des Brandenburgischen Landtages für die Linkspartei, 2016 bis zu dessen Schließung durch die russischen Behörden 2022 Leiterin des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau.

Kai Kleinwächter, M.A.



Geb. 1980, Studium Volkswirtschaft, Politik, Geschichte, Internationales Management, Geographie an den Universitäten Potsdam, Hagen und Vaasa/Finnland. Dozent für Wirtschaft. Mitarbeiter in der Redaktion und Verlagsleiter von WeltTrends.

Prof. Dr. Lutz Kleinwächter



Geb. 1953, Studium an der Offiziershochschule der NVA in Löbau sowie Außenpolitik am IIB in Potsdam. Tätigkeit im Außenministerium der DDR und bei der UNO in Genf. 1989/90 Teilnehmer am „Runden Militärtisch“. 2008–2021 Professor für Wirtschaftspolitik/Außenwirtschaft, bbw Hochschule der Wirtschaft in Berlin. Seit 2004 Vorsitzender von WeltTrends e.V.

Prof. Dr. Karin Kulow

Geb. 1940, Arabistin und Islamwissenschaftlerin, langjährige Forschungs- und Lehrstätigkeit in Berlin zu politischen Systemen in arabischen Nahostländern und zum israelisch-palästinensischen Konflikt.

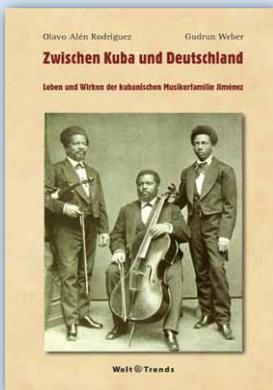
Dr. Alexander Neu

Geb. 1969, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der OSZE im ehemaligen Jugoslawien, von 2013 bis 2021 Mitglied der Bundestagsfraktion der Linken und deren Obmann im Verteidigungsausschuss und stellvertretend im Auswärtigen Ausschuss sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO, zuvor acht Jahre Referent für Sicherheitspolitik der Fraktion.

Prof. Dr. Raina Zimmering

Geb. 1951, Promotion und Habilitation zur Außenpolitik lateinamerikanischer Staaten, Professorin an der Universidad Nacional de Colombia an Bogotá und an der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich. Senior Research Fellow am WeltTrends-Institut für Internationale Politik.

ANZEIGE



Olavo Alén Rodríguez / Gudrun Weber
Zwischen Kuba und Deutschland
 Leben und Wirken der kubanischen
 Musikerfamilie Jiménez

Der kubanische Musikwissenschaftler Olavo Alén Rodríguez aus Havanna und Gudrun Weber aus Berlin haben eine Biografie über die berühmte kubanische Musikerfamilie Jiménez geschrieben. Herausgekommen ist eine transnationale Musikgeschichte, die Europa, Afrika und Nordamerika miteinander verbindet. Die Autoren arbeiten die transnationale Dynamik heraus, die die Mobilität, die Leistung und die Beiträge im musikalischen Schaffen und Leben der Familie auf den verschiedenen Ebenen bestimmt hat.



WeltTrends im Abo

- 4 Heft-Ausgaben im Jahr
- im E-Abo, inkl. WT-Publikationen und Archiv
- oder als Print-Ausgabe + PDF



Nutzen Sie den Preisvorteil!!

www.welttrends.de/abo



Der WeltTrends e. V. hat 2017 ein Forschungsinstitut gegründet. Nach der gleichnamigen außenpolitischen Zeitschrift und dem Wissenschaftsverlag war dies ein weiterer Schritt für die Profilierung des Potsdamer Vereins.

Selbstverständnis

Das „Institut für Internationale Politik“ (IIP) ist eine parteipolitisch unabhängige wissenschaftliche Einrichtung. Schwerpunkte der Arbeit sind die Friedens- und Sicherheitspolitik, Weltwirtschaft und Integration, Globalisierung und Nachhaltigkeit sowie politische Entwicklungen in der Europäischen Union und in einzelnen Staaten, insbesondere die deutsche Außenpolitik. 2020 kam „Corona“ als Herausforderung für die internationale Politik hinzu, seit 2022 der Krieg Russlands in der Ukraine, 2023 der Krieg in Gaza.

Das IIP soll seinen Beitrag leisten, um eine kritische Analyse der derzeitigen internationalen Beziehungen vorzunehmen. Es hat sich stets auch inhaltlich positioniert, jedoch grundsätzlich davon abgesehen, sich an parteipolitischen Bekundungen zu beteiligen. Das Institut will Denkanstöße geben, alternative Denkweisen fördern und einen Gegenpol zu den machtpolitisch orientierten, Deutschland- und europazentrierten Diskursen bilden. Es versteht sich als intellektuelle und logistische Heimstatt für Wissenschaftler*innen, die Forschungsprojekte und Publikationen auf den oben genannten Feldern planen und umsetzen wollen.

Vorstand

Dem Vorstand des IIP gehören Dr. habil. Erhard Crome, als geschäftsführender Direktor, und Prof. Dr. Lutz Kleinwächter an. Pressesprecher des Instituts ist Dr. Hubert Thielicke.

Fellows

Das IIP besteht aus Senior Research Fellows, Research Fellows und Honorary Research Fellows. Ein erstes Treffen der Fellows fand im September 2018 an der Universität Potsdam statt. Zu den Arbeits-Schwerpunkten gehören: Eine Weltordnung des Friedens für das 21. Jahrhundert; eine Europäische Union, die auf gleichberechtigter Zusammenarbeit beruht; ein stabiles Europa auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit. Den Entwicklungen in Eurasien wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Kontakt: Dr. Erhard Crome (crome.institut@welttrends.de)

Welt Trends



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BRANDENBURG

ISBN 978-3-949887-37-6 | 9,80 €

